



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

3

# Staatsrechnung

Zusatzerläuterungen  
und Statistik

2015

## **Impressum**

### **Redaktion**

Eidg. Finanzverwaltung  
Internet: [www.efv.admin.ch](http://www.efv.admin.ch)

### **Vertrieb**

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern  
[www.bbl.admin.ch/bundespublikationen](http://www.bbl.admin.ch/bundespublikationen)  
Art.-Nr. 601.300.15d

# INHALTSÜBERSICHT

## **Band 1 Bericht zur Bundesrechnung**

Zahlen im Überblick und Zusammenfassung  
Kommentar zur Jahresrechnung  
Jahresrechnung  
Kennzahlen  
Bundesbeschluss

## **Band 2A Rechnung der Verwaltungseinheiten – Zahlen**

Rechnungspositionen  
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

## **Band 2B Rechnung der Verwaltungseinheiten – Begründungen**

Rechnungspositionen  
Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen  
Zusätzliche Informationen zu den Krediten

## **Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik**

Zusatzerläuterungen  
Statistik

## **Band 4 Sonderrechnungen**

Fonds für die Eisenbahngrossprojekte  
Infrastrukturfonds  
Eidgenössische Alkoholverwaltung

### **Aufbau der Finanzberichterstattung**

*Band 1* informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung des Zahlenwerks.

In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Rechnungspositionen (Erfolgs- und Investitionsrechnung) ausgewiesen. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Zahlen die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten enthalten. Band 2A enthält die Zahlen, Band 2B die Begründungen.

*Band 3* geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein und erläutert Querschnittsthemen (u.a. Personal, Investitionen, Informations- und Kommunikationstechnologien, Bundestresorerie, FLAG-Steuerung und Leistungsverrechnung). Der Statistikteil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

*Band 4* enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1–3) geführt werden.



**Zusatzerläuterungen und Statistik**

Seite

<b>Zusatzerläuterungen</b>	<b>7</b>
<b>1 Zusätzliche Erläuterungen zu ausgewählten Einnahmen</b>	<b>9</b>
11 Direkte Bundessteuer	11
12 Verrechnungssteuer	13
13 Stempelabgaben	15
14 Mehrwertsteuer	16
15 Mineralölsteuer	17
16 Schwerkverkehrsabgabe	18
17 Qualität der Einnahmenschätzungen	19
<b>2 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten</b>	<b>21</b>
21 Soziale Wohlfahrt	23
22 Finanzen und Steuern	25
23 Verkehr	27
24 Bildung und Forschung	29
25 Landesverteidigung	31
26 Landwirtschaft und Ernährung	32
27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit	33
28 Übrige Aufgabengebiete	34
<b>3 Querschnittsthemen</b>	<b>35</b>
31 Personal	35
32 Investitionen	37
33 Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)	40
34 Beratung und Auftragsforschung	42
35 Öffentlichkeitsarbeit	43
36 Bundestresorerie	45
37 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG	49
38 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung	53
39 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten	56
<b>4 Subventionsüberprüfung EDI</b>	<b>57</b>
<b>Statistik</b>	<b>69</b>
<b>A Übersicht</b>	<b>71</b>
A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)	71
A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)	72
A03 Vorgaben der Schuldenbremse	73
<b>B Finanzierungsrechnung</b>	<b>75</b>
Einnahmen nach Kontengruppen	
B11 Einnahmen nach Kontengruppen	75
B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen	76
B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen	77
Ausgaben nach Kontengruppen	
B21 Ausgaben nach Kontengruppen	78
B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen	80
B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen	81



	Seite
Ausgaben nach Aufgabengebieten	
B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten	82
B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	84
B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten	85
B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2015/2014	86
Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds	
B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	88
B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	90
B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr	91
<b>C Erfolgsrechnung</b>	<b>93</b>
C01 Ertrag nach Kontengruppen	93
C02 Aufwand nach Kontengruppen	94
C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	96
C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	97
C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2015/2014	98
<b>D Bilanz</b>	<b>101</b>
D01 Bilanz im Detail	101
D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten	104
D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten	107
D04 Kurz- und langfristige Schulden	110
<b>E Bundestresorerie</b>	<b>111</b>
E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze	111
E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden	112
E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen	113
E04 Nettozinslast	114
E05 Derivative Finanzinstrumente	114
<b>F Personal</b>	<b>115</b>
F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand	115
F02 Personalaufwand im Detail	116
F03 Höchstbezüge 2015 nach Lohnklassen	117



## ZUSATZERLÄUTERUNGEN





Die ordentlichen Einnahmen wuchsen gegenüber dem Vorjahr um 5,8 Prozent. Während die Einnahmen aus den konjunkturabhängigen Verbrauchssteuern zurückgingen, legten die direkte Bundessteuer, die Verrechnungssteuer und die Stempelabgaben kräftig zu. Gemessen an den Einnahmenanteilen hat insbesondere die direkte Bundessteuer an Bedeutung gewonnen.

**Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen**

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014	
				absolut	%
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>63 876</b>	<b>67 527</b>	<b>67 580</b>	<b>3 704</b>	<b>5,8</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>60 197</b>	<b>63 755</b>	<b>63 192</b>	<b>2 994</b>	<b>5,0</b>
Direkte Bundessteuer	17 975	20 369	20 125	2 150	12,0
Verrechnungssteuer	5 631	5 314	6 617	986	17,5
Stempelabgaben	2 148	2 425	2 393	245	11,4
Mehrwertsteuer	22 614	23 770	22 454	-159	-0,7
Übrige Verbrauchssteuern	7 342	7 328	7 029	-313	-4,3
Mineralölsteuer	4 972	5 045	4 717	-255	-5,1
Tabaksteuer	2 257	2 170	2 198	-59	-2,6
Biersteuer	113	113	114	1	0,7
Verkehrsabgaben	2 212	2 290	2 224	12	0,6
Automobilsteuer	354	390	393	40	11,2
Nationalstrassenabgabe	364	370	373	9	2,4
Schwerverkehrsabgabe	1 493	1 530	1 457	-36	-2,4
Zölle	1 068	950	1 056	-13	-1,2
Spielbankenabgabe	285	300	272	-14	-4,8
Lenkungsabgaben	919	1 006	1 019	100	10,8
Übrige Fiskaleinnahmen	3	3	3	0	-1,1
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>591</b>	<b>677</b>	<b>1 202</b>	<b>611</b>	<b>103,4</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	236	241	230	-6	-2,7
Gewinnausschüttung SNB	–	167	667	667	–
Zunahme des Münzumsatzes	89	67	68	-21	-23,7
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	239	180	206	-34	-14,1
Übrige Regalien und Konzessionen	26	22	32	6	22,1
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 068</b>	<b>1 047</b>	<b>1 218</b>	<b>150</b>	<b>14,1</b>
Zinseinnahmen	230	243	282	52	22,6
Beteiligungseinnahmen	781	804	802	21	2,7
Übrige Finanzeinnahmen	57	1	135	77	134,7
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>1 747</b>	<b>1 838</b>	<b>1 738</b>	<b>-10</b>	<b>-0,6</b>
Entgelte	1 290	1 322	1 182	-108	-8,4
Wehrpflichtersatzabgabe	174	165	173	-1	-0,4
Gebühren	247	249	260	12	5,0
Rückerstattungen	113	120	–	-113	-100,0
EU Zinsbesteuerung	115	118	71	-43	-37,8
Übrige Entgelte	641	670	678	37	5,7
Verschiedene Einnahmen	457	516	556	99	21,6
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>272</b>	<b>209</b>	<b>231</b>	<b>-41</b>	<b>-15,2</b>

Die *Mehrwertsteuer* (Anteil: 33,2 %) und die *direkte Bundessteuer* (Anteil: 29,8 %) sind die wichtigsten Einnahmenquellen des Bundes. Diese beiden Steuern machen für sich allein genommen knapp zwei Drittel der Bundeseinnahmen aus (63,0 %; siehe nachstehende Grafik). Die Einnahmen aus der MWST stehen weitgehend unter dem Einfluss der nominellen BIP-Entwicklung (-0,4 %); entsprechend wiesen sie gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang von 0,7 Prozent auf. Der Ertrag aus der direkten Bundessteuer ist hingegen im Vorjahresvergleich um 12 Prozent angestiegen. Die Einnahmen aus der Einkommens- und der

Gewinnbesteuerung haben gleichermassen zu diesem kräftigen Wachstum beigetragen. Einerseits haben sich unter dem Einfluss der relativ guten Konjunktorentwicklung in den massgebenden Steuerjahren 2013 und 2014 die steuerbaren Einkommen und Gewinne gut entwickelt. Andererseits haben die Negativzinsen einen starken Anstieg von vorzeitigen Steuerzahlungen bewirkt. Aufgrund des starken Ertragswachstums steigt der Anteil der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer gegenüber 2014 um beinahe zwei Prozentpunkte auf 29,8 Prozent.

Gegenüber dem Vorjahr nahm der Ertrag aus der *Verrechnungssteuer* (Anteil: 9,8%) um knapp 1 Milliarde (+17,5%) zu. Der Anteil dieser Steuer an den Gesamteinnahmen wuchs im Jahr 2015 um 1 Prozentpunkt. Die Eingänge, zur Hauptsache durch höhere Aktiendividenden beeinflusst, nahmen um 4,3 Milliarden zu. Die Rückerstattungen stiegen hingegen lediglich um 3,3 Milliarden an. Ein Grund dafür ist, dass viele Firmen die Rückforderung der Verrechnungssteuer aufgeschoben haben, um den Negativzinsen zu entgehen. Die Einnahmen aus der *Mineralölsteuer* hingegen verringerten sich um 5,1 Prozent. Damit hat sich die rückläufige Tendenz weiter fortgesetzt. Zusätzlich zu dem dafür verantwortlichen tieferen Durchschnittsverbrauch neuer Fahrzeuge hat sich 2015 auch die Frankenstärke ausgewirkt, welche zu tieferen Einnahmen aus dem Tanktourismus geführt hat.

Ebenfalls einen markanten Einnahmenanstieg verzeichneten die *Stempelabgaben* (+11,4%). Dazu beigetragen haben sowohl

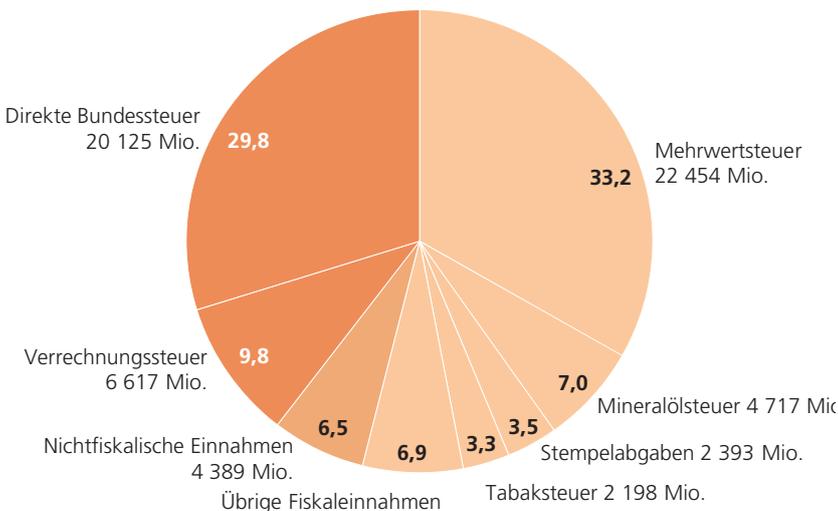
die Emissionsabgabe auf Eigenkapital (+183 Mio.) als auch die Umsatzabgaben (+59 Mio.). Die Einnahmen aus der *Tabaksteuer* (Anteil: 3,3%) verringerten sich 2015 um 2,6 Prozent. Ausschlaggebend dafür ist in erster Linie der zunehmende Einkaufstourismus ins angrenzende Ausland, sowie die Frankenstärke.

Die übrigen Einnahmen sind im Einzelnen von untergeordneter Bedeutung, in der Summe dennoch gewichtig: *Übrige Fiskaleinnahmen* (6,9%), *nichtfiskalische Einnahmen* (6,5%). Im Vergleich zu 2014 nahm das Gewicht der ersteren leicht ab (-0,3 Prozentpunkte), während letztere einen Anstieg um 0,7 Prozentpunkte aufwiesen, der vor allem auf die doppelte Gewinnausschüttung der SNB zurückzuführen ist.

Im Folgenden wird die Entwicklung einzelner Komponenten der ordentlichen Bundeseinnahmen ausführlich kommentiert und die Qualität der Einnahmenschätzung analysiert.

### Einnahmen 2015 Anteile in %

Ordentliche Einnahmen



Für 2015 fällt insbesondere auf, dass der Anteil der Mehrwertsteuer an den ordentlichen Einnahmen um 2,2 Prozentpunkte gesunken, derjenige der direkten Bundessteuer jedoch um 1,7 Prozentpunkte gestiegen ist. Auch die Verrechnungssteuer hat merklich an Bedeutung gewonnen (+1,0 %-Pkt.).

## 11 Direkte Bundessteuer

Mio. CHF	Rechnung	Voranschlag	Rechnung	Differenz zu R 2014	
	2014	2015	2015	absolut	%
<b>Direkte Bundessteuer</b>	<b>17 975</b>	<b>20 369</b>	<b>20 125</b>	<b>2 150</b>	<b>12,0</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	28,1	30,2	29,8		
Steuer auf Reingewinn juristischer Personen	8 559	9 821	9 806	1 247	14,6
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	9 567	10 708	10 474	908	9,5
Pauschale Steueranrechnung	-150	-160	-155	-5	3,4

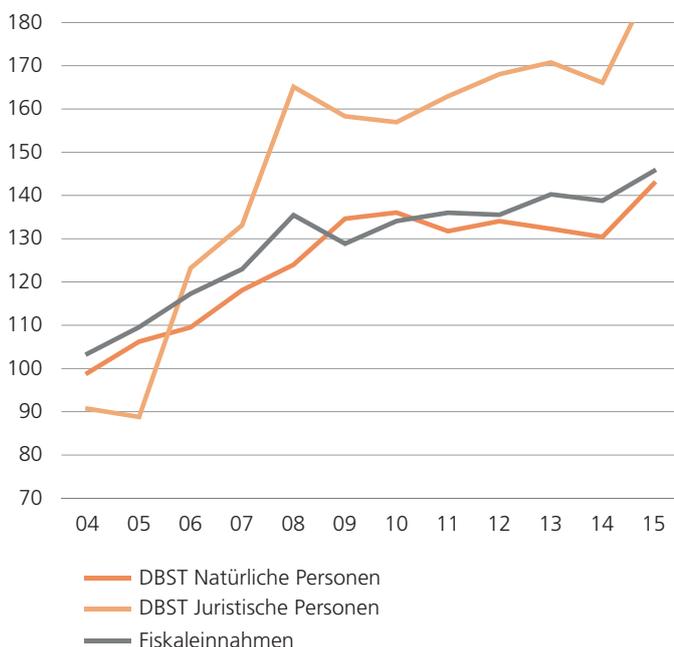
Die direkte Bundessteuer wird auf dem Einkommen der natürlichen Personen sowie auf dem Reingewinn juristischer Personen erhoben. Die Vereinnahmung der Steuer aus einem bestimmten Steuerjahr kann sich aber über mehrere Jahre erstrecken. Der Grund dafür liegt im Veranlagungs- und Ablieferungsverfahren: Zwischen der ersten provisorischen Rechnungsstellung aufgrund der letzten Steuererklärung und der definitiven Veranlagung beziehungsweise dem nachfolgenden Eingang der direkten Bundessteuer bei den Kantonen vergehen meist ein bis zwei Jahre (vgl. Schema am Ende der Ziffer). Das Rechnungsjahr 2015 war das sogenannte «Hauptfälligkeitsjahr» für die Steuerperiode 2014. Im Hauptfälligkeitsjahr stammen in der Regel rund 75 Prozent der Einnahmen aus dem Vorjahr. Der Rest rührt aus früheren Steuerperioden und zu einem kleineren Teil aus frühzeitigen Fälligkeiten (z.B. Quellensteuern, ratenweiser Vorausablieferungen). Aufgrund dieser Erfahrungswerte werden Annahmen über die Verteilung auf die Jahre getroffen, die zusammen mit der Prognose der Sollerträge eine wichtige Rolle bei der Schätzung der Einnahmen der direkten Bundessteuer spielen.

Im Rechnungsjahr 2015 belaufen sich die Einnahmen der direkten Bundessteuer auf 20 125 Millionen. Der Budgetwert wurde insgesamt um 244 Millionen oder 1,2 Prozent verfehlt. Betrachten wir nur die Gewinnsteuern, dann resultierte mit einer Überschätzung von lediglich 15 Millionen praktisch eine Punktlandung. Damit handelt es sich um eine der genauesten Budgetprognosen seit Einführung der Schuldenbremse.

Bezogen auf die verschiedenen Steuerperioden wurden einzig die Eingänge aus dem Jahr 2014 sowohl bei den Gewinnsteuern als auch bei den Einkommenssteuern unterschätzt. In absoluten Zahlen ausgedrückt lagen die *Einnahmen aus der Steuerperiode 2014* im Vergleich zum Voranschlag 286 Millionen (-1,9 %) tiefer. Dabei wurden die Gewinnsteuern stärker überschätzt (-2,8%) als die Einkommenssteuer (-1,0 %). Auch die *Eingänge aus früheren Steuerperioden* blieben mit insgesamt 67 Millionen (-2,1 %) nur knapp hinter den Erwartungen zurück. Allerdings unterscheiden sich hier die Prognosefehler zwischen Gewinn- (+6,1 %) und Einkommenssteuern (-8,1 %) stark. Unterschätzt

### Direkte Bundessteuer

Indexiert; 2003=100



Insgesamt betrachtet stagnierten die Einnahmen der direkten Bundessteuer während sechs Jahren praktisch auf dem gleichen Niveau, bevor sie im Rechnungsjahr 2015 ein kräftiges Wachstum von über 2 Milliarden verzeichneten.

wurden hingegen die *vorzeitig abgelieferten Beträge*. Mit insgesamt 2211 Millionen lagen die Einnahmen aus der Steuerperiode 2015 um 205 Millionen oder 5,0 Prozent über dem budgetierten Betrag. Damit machen die bereits frühzeitig abgelieferten Beträge bereits 11 Prozent der Gesamteinnahmen bei der direkten Bundessteuer aus.

Die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer stehen dem Bund nicht vollumfänglich zur Verfügung. 17 Prozent oder rund 3,1 Milliarden der gesamten Erträge der natürlichen und juristischen Personen, vor Abzug der pauschalen Steueranrechnung (150 Mio.), gehen an die Kantone.

### Direkte Bundessteuer: Veranlagungsverfahren



*Die provisorische Veranlagung erfolgt zum Grossteil noch aufgrund der Angaben über die Einkommenslage von 2013. Die Steuererklärung über die im Jahr 2014 erwirtschafteten Einkommen wird erst im späteren Verlauf von 2015 (oder im Jahr 2016) ausgewertet.*

## 12 Verrechnungssteuer

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
<b>Verrechnungssteuer</b>	<b>5 631</b>	<b>5 314</b>	<b>6 617</b>	<b>986</b>	<b>17,5</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	8,8	7,9	9,8		
Verrechnungssteuer (Schweiz)	5 608	5 300	6 588	980	17,5
Steuerrückbehalt USA	23	14	29	6	25,6

Die Rechnung 2015 schliesst mit finanzierungswirksamen 6,6 Milliarden hohen Einnahmen aus der Verrechnungssteuer ab. Das entspricht einem Zuwachs von 17,5 Prozent gegenüber 2014 und Mehreinnahmen von 24,5 Prozent gegenüber dem Voranschlagswert. Der Saldo der Verrechnungssteuereinnahmen ergibt sich als Differenz aus den Eingängen und den Rückerstattungen. Sowohl die Eingänge wie auch die Rückerstattungen nahmen 2015 deutlich zu. Die Rückerstattungsquote, welche das Verhältnis zwischen Eingängen und Rückerstattungen ausweist, blieb mit 77,5 Prozent (2014: 77,6%) faktisch unverändert.

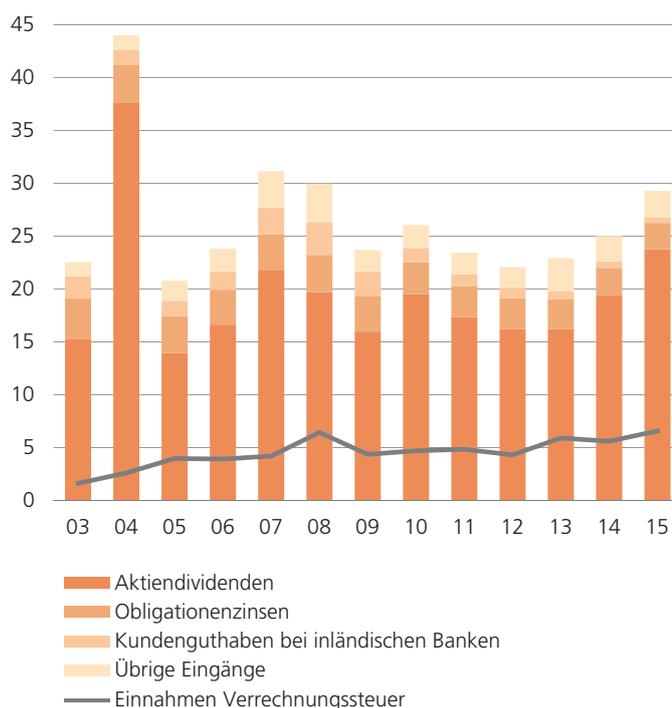
Der grösste Teil der Mehreinnahmen ist auf den Anstieg der Verrechnungssteuer auf Dividendenzahlungen und Gewinnanteilen zurückzuführen. Sie stiegen um 23 Prozent an. Die Verrechnungssteuereinnahmen aus zinstragenden Anlagen wie Obligationen und Geldmarktpapieren gingen hingegen erneut zurück. Die festverzinslichen Vermögenswerte trugen damit nur noch 10 Prozent zu den Eingängen bei, während es im Vorjahr

noch 13 Prozent waren. Damit setzt sich der seit längerem von den niedrigen Zinsen ausgelöste Trend fort.

Die Rückerstattungen stiegen um 16,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr, wobei Rückerstattungen an juristische Personen (durch den Bund) mit 40 Prozent den stärksten Anstieg verzeichneten. Aufgrund der zusätzlichen Eingänge aus Dividenden und Gewinnanteilen ist diese Entwicklung wenig erstaunlich. Die Rückerstattungen an natürliche Personen erfolgen durch die Kantone. Erstmals seit 2012 waren die Rückerstattungen hier tiefer als im Vorjahr. Damit beliefen sich die Rückerstattungen an natürliche Personen auf lediglich 27 Prozent aller Rückerstattungen (2014: 34 %). Der Anteil der an ausländische Steuerschuldner zurückerstattete Betrag (Rückerstattungen infolge Doppelbesteuerungsabkommen, DBA) sank von 20 auf 18 Prozent.

In der Regel schwanken die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer sehr stark. Üblicherweise lassen sich diese Schwankungen zumindest vorab keinen eindeutigen Ursachen zuordnen. Die

**Verrechnungssteuer** in Mrd.  
Einnahmen und Struktur der Eingänge



Die Steuereingänge stiegen 2015 als Reaktion auf die Einführung der Negativzinsen stark an. Durch den Verzicht auf das Meldeverfahren und verzögerte Rückforderungen kann überschüssige Liquidität auf den Konten des Bundes ohne Belastung durch Negativzinsen vorgehalten werden. Die Eingänge aus Dividenden nahmen zu, während sie bei den Obligationen sanken.

Rechnungsergebnisse spiegeln definitionsgemäss lediglich die Ertragslage der mobilen Vermögensanlagen wider, welche nicht vorhersehbar sind. Das Rechnungsergebnis 2015 bildet insofern eine Ausnahme, als der wesentliche Grund für die aussergewöhnliche Entwicklung der Geldpolitik zugeordnet werden kann.

Die Einführung der Negativzinsen hat dazu geführt, dass die Steuerschuldner möglichst viele überschüssige liquide Mittel auf den Konten des Bundes halten, da auf diese Guthaben keine negativen Zinsen erhoben werden. Die Entstehung und Erhal-

tung entsprechender Guthaben kann durch die vorzeitige Ablieferung, den Verzicht auf die vereinfachte Abrechnung im Rahmen des Meldeverfahrens, sowie die Verzögerung der Rückforderung erreicht werden. Alle diese Verhaltensweisen liessen sich 2015 beobachten.

Die Eingänge liegen um 4,3 Milliarden über dem Vorjahreswert; bei den Rückerstattungen sind es 3,3 Milliarden. Unter dem Strich wurde die Rückstellung für zukünftige Rückforderungen der Verrechnungssteuer um 500 Millionen erhöht. Insgesamt betragen die Rückstellungen nunmehr 9,7 Milliarden Franken.

#### Verrechnungssteuer - Komponenten und Rückerstattungsquote

Mio. CHF	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
<b>Eingänge</b>	<b>31 152</b>	<b>29 980</b>	<b>23 702</b>	<b>26 056</b>	<b>23 449</b>	<b>22 081</b>	<b>22 923</b>	<b>25 037</b>	<b>29 297</b>
Veränderung in %	30,8	-3,8	-20,9	9,9	-10,0	-5,8	3,8	9,2	17,0
<b>Rückerstattungen</b>	<b>26 941</b>	<b>23 534</b>	<b>19 329</b>	<b>21 342</b>	<b>18 600</b>	<b>17 757</b>	<b>17 004</b>	<b>19 429</b>	<b>22 709</b>
Veränderung in %	35,4	-12,6	-17,9	10,4	-12,8	-4,5	-4,2	14,3	16,9
Bund	19 690	16 140	11 249	12 211	9 809	8 052	8 552	8 987	12 598
Kantone	3 277	4 042	4 683	5 693	5 271	5 349	5 570	6 539	6 088
DBA	3 974	3 351	3 397	3 439	3 521	4 356	2 881	3 903	4 022
<b>Verrechnungssteuer (Schweiz)</b>	<b>4 211</b>	<b>6 446</b>	<b>4 373</b>	<b>4 714</b>	<b>4 849</b>	<b>4 324</b>	<b>5 920</b>	<b>5 608</b>	<b>6 588</b>
Veränderung in %	7,2	53,1	-32,2	7,8	2,9	-10,8	36,9	-5,3	17,5
<b>Rückerstattungsquote in %</b>	<b>86,5</b>	<b>78,5</b>	<b>81,6</b>	<b>81,9</b>	<b>79,3</b>	<b>80,4</b>	<b>74,2</b>	<b>77,6</b>	<b>77,5</b>

### 13 Stempelabgaben

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014	
				absolut	%
<b>Stempelabgaben</b>	<b>2 148</b>	<b>2 425</b>	<b>2 393</b>	<b>245</b>	<b>11,4</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	3,4	3,6	3,5		
<b>Emissionsabgabe</b>	<b>177</b>	<b>220</b>	<b>360</b>	<b>183</b>	<b>102,9</b>
<b>Umsatzabgabe</b>	<b>1 260</b>	<b>1 500</b>	<b>1 319</b>	<b>59</b>	<b>4,6</b>
Inländische Wertpapiere	183	215	195	12	6,7
Ausländische Wertpapiere	1 077	1 285	1 123	46	4,3
<b>Prämienquittungsstempel und Übrige</b>	<b>711</b>	<b>705</b>	<b>715</b>	<b>4</b>	<b>0,5</b>

Die Erträge aus den Stempelabgaben stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 245 Millionen (+11,4 %), unterschritten jedoch den budgetierten Ertrag um 32 Millionen. Während die Einnahmen aus der Emissionsabgabe eine deutliche und diejenigen aus der Umsatzabgabe eine mässige Zunahme verzeichneten, stiegen die Einnahmen aus dem Prämienquittungsstempel im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig.

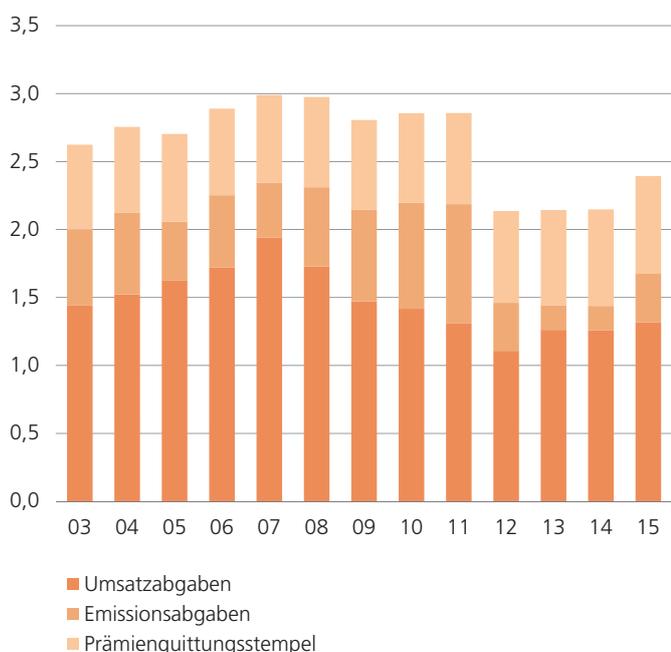
#### Emissionsabgabe

Der Ertrag aus der Emissionsabgabe stammt aus der Schaffung von Eigenkapital (Beteiligungsrechten), d.h. im Wesentlichen

von Aktienkapital. Die Einnahmen sind eine volatile Einkommensquelle, da sie von der Gründung neuer Unternehmen und des Refinanzierungsbedarfs bestehender Unternehmen abhängen. Der Ständerat hat am 14.12.2015 die Unternehmenssteuerreform III als Erstrat verabschiedet und dabei auf die geplante Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital verzichtet.

Der Ertrag aus den Emissionsabgaben stieg im Jahr 2015 um 103 Prozent auf 360 Millionen, insbesondere in der zweiten Hälfte des Dezembers 2015 wurde ein hohes Emissionsvolumen verzeichnet.

Stempelabgaben in Mrd.



Die Entwicklung der Stempelabgaben ist stark von der Umsatzabgabe geprägt, auf die über die Hälfte der Einnahmen entfällt. Nach Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2007 sank der Ertrag aus der Umsatzabgabe mehrere Jahre in Folge, bevor er 2013 wieder anstieg. 2015 erfolgte ein Anstieg von 4,6 Prozent.

## 14 Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
<b>Mehrwertsteuer</b>	<b>22 614</b>	<b>23 770</b>	<b>22 454</b>	<b>-159</b>	<b>-0,7</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	35,4	35,2	33,2		
<b>Allgemeine Bundesmittel</b>	<b>17 430</b>	<b>18 320</b>	<b>17 307</b>	<b>-123</b>	<b>-0,7</b>
<b>Zweckgebundene Mittel</b>	<b>5 184</b>	<b>5 450</b>	<b>5 147</b>	<b>-36</b>	<b>-0,7</b>
Krankenversicherung 5%	917	960	911	-6	-0,7
Finanzierung AHV	2 342	2 470	2 326	-16	-0,7
Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	480	500	476	-3	-0,7
MWST-Zuschlag 0.4% für die IV	1 128	1 190	1 120	-8	-0,7
Finanzierung Bahninfrastruktur	316	330	314	-2	-0,7

Die Einnahmen der Mehrwertsteuer liegen mit 22,5 Milliarden unter dem Vorjahresergebnis. Insgesamt resultiert im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang von 0,7 Prozent. Die Mehrwertsteuereinnahmen gingen somit etwas stärker zurück als das nominale Bruttoinlandsprodukt (-0,4%) im gleichen Zeitraum. Insbesondere die Importsteuer verzeichnete aufgrund der Frankenstärke einen starken Rückgang von 14,3 Prozent, der durch die Zunahmen der Inlandsteuer (+13,9%) nicht vollständig kompensiert werden konnte.

Wie die untenstehende Grafik verdeutlicht, ist das Wachstum der Mehrwertsteuereinnahmen grundsätzlich eng mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung verbunden. Daher werden auch die Prognosen für das nominale BIP als Grundlage für die Schätzung der Mehrwertsteuereinnahmen verwendet. Allerdings werden die Einnahmen aus verschiedenen Gründen nie perfekt dem Wirtschaftswachstum folgen.

Einerseits wird die Steuerbasis der Mehrwertsteuer nur unvollständig durch das BIP abgebildet. So wird die Steuer grundsätzlich auf der inländischen Wertschöpfung erhoben sowie auf Importen (nicht Teil des BIP), aber nicht auf Exporten (Teil des BIP).

Andererseits entspricht die besteuerte Zeitperiode nicht genau dem Kalenderjahr. Die Steuer wird in der Regel 60 Tage nach einer abgelaufenen Abrechnungsperiode fällig. Die Einnahmen eines Kalenderjahres entstammen deshalb zum grössten Teil aus den ersten drei Quartalen des betreffenden Jahres sowie aus dem letzten Quartal des vorangehenden Jahres und nicht – wie das jährliche BIP – alleine aus dem Rechnungsjahr.

Entwicklung Mehrwertsteuer und nominales BIP in %



Die Entwicklung der Mehrwertsteuer ist eng an das nominale BIP-Wachstum geknüpft, wobei Steuersatzänderungen und Unterschiede zwischen der Bemessungsgrundlage der MWSt und dem nominalen BIP auch zu Abweichungen führen können.

## 15 Mineralölsteuer

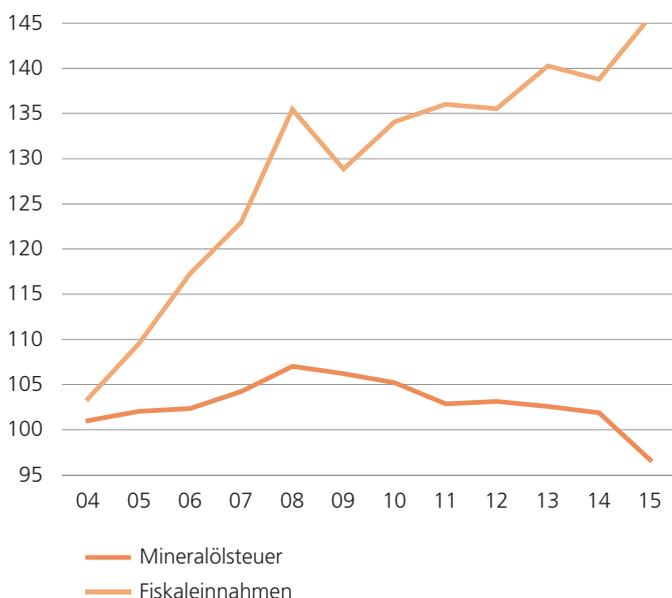
Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
<b>Mineralölsteuern</b>	<b>4 972</b>	<b>5 045</b>	<b>4 717</b>	<b>-255</b>	<b>-5,1</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	7,8	7,5	7,0		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	2 971	3 015	2 821	-150	-5,1
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 983	2 010	1 877	-106	-5,4
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	17	20	19	2	9,2

Mit einem Minus von 5,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr sind die Einnahmen bei der Mineralölsteuer deutlich rückläufig. Trotz neuerlicher Zunahme der immatrikulierten Strassenmotorfahrzeuge haben vor allem der Rückgang des Tanktourismus sowie die fehlende Kompensation aus der Förderung umweltschonender Treibstoffe zum negativen Ergebnis beigetragen. Tendenziell sind die Einnahmen aus der Mineralölsteuer seit dem Rechnungsjahr 2008 rückläufig. Ein wichtiger Grund dafür ist der seit Jahren sinkende durchschnittliche Treibstoffverbrauch der Neuwagen, welcher durch die Vorschriften zur Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Personenwagen (gemäss CO<sub>2</sub>-Gesetz; SR 641.71) verstärkt wird. Nebst der Wechselkursentwicklung zum Euro sind für den Ertrag aus den Mineralölsteuern der Fahrzeugbestand, die durchschnittliche jährliche Anzahl zurückgelegter Kilometer, der durchschnittliche Treibstoffverbrauch sowie die Wirtschaftsentwicklung die wichtigsten Einflussfaktoren.

- 2015 waren 5,9 Millionen Strassenmotorfahrzeuge in der Schweiz immatrikuliert. Der Bestand hat im Rechnungsjahr um 1,8 Prozent zugenommen. 2015 wurden insgesamt 427 168 Neuwagen verkauft (+7,7% ggü. Vorjahr).
- Mit dem Fahrzeugbestand nimmt generell auch die Anzahl der zurückgelegten Kilometer zu. Der Durchschnitt pro Fahrzeug war bei den Personenwagen allerdings in den vergangenen Jahren leicht rückläufig.
- Der durchschnittliche Verbrauch neuer Fahrzeuge ist meist geringer als derjenige der alten Fahrzeuge derselben Kategorie. Er betrug im Jahr 2014 noch 6,11 l/100 km (bei CO<sub>2</sub>-Emissionen von im Mittel 142 g/km). Im Rahmen des ersten Massnahmenpakets zur Energiestrategie 2050 werden die CO<sub>2</sub>-Emissionsvorschriften für neue Personenwagen bis 2020 auf 95 g/km gesenkt. Zudem werden die Vorschriften auf Lieferwagen und leichte Sattelschlepper ausgeweitet (bis 2020 auf 147 g/km). Von einer Fortsetzung des Rückgangs ist daher auszugehen.

### Mineralölsteuer und Fiskaleinnahmen

Indexiert; 2003=100



Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer haben im Jahr 2008 ihr Maximum erreicht. Seitdem gehen die Einnahmen in der Tendenz zurück. Der Hauptgrund dafür ist der sinkende durchschnittliche Treibstoffverbrauch der Fahrzeuge. Vor diesem Hintergrund nimmt der Anteil der Mineralölsteuereinnahmen an den Fiskaleinnahmen stetig ab.

## 16 Schwerverkehrsabgabe

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014	
				absolut	%
<b>Schwerverkehrsabgabe</b>	<b>1 493</b>	<b>1 530</b>	<b>1 457</b>	<b>-36</b>	<b>-2,4</b>
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	2,3	2,3	2,2		
Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte	830	764	721	-109	-13,2
Ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	140	225	225	85	60,6
Kantonsanteile	485	494	473	-12	-2,5
Übrige	38	47	39	0	1,3

Die Einnahmen aus der Schwerverkehrsabgabe (LSVA) liegen um 36 Millionen oder 2,4 Prozent unter dem Vorjahreswert. Verantwortlich für diese Entwicklung sind in erster Linie die Einnahmehausfälle, die aus der Erneuerung des Fahrzeugparks resultieren. Der Rückgang ist bei den inländischen Fahrzeugen (-3,0%) ausgeprägter als bei den ausländischen Fahrzeugen (-1,2%).

Die Umstellung des Fahrzeugparks auf emissionsärmere und damit weniger stark besteuerte Fahrzeuge ist im vergangenen Jahr weiter fortgeschritten. Der Anteil der stärker belasteten Fahrzeuge (EURO 0 bis 3) am Total der Verkehrsleistung (gemessen in Bruttotonnenkilometern) beträgt im Jahresdurchschnitt lediglich noch 8 Prozent. Die häufigste Emissionsklasse der EURO 5-Fahrzeuge vereint rund 60 Prozent der Tonnenkilometer auf sich. Der Anteil der EURO 6-Fahrzeuge, die seit dem 1.7.2012 eine Tarifermässigung von 10 Prozent erhalten, ist in den letzten zwei Jahren von 4 auf 26 Prozent angestiegen. Der Abgabesatz, den die Fahrzeughalter für die 2015 geleisteten Tonnenkilometer im Durchschnitt bezahlen, ist damit gegenüber dem Vorjahr um 1,9 Prozent zurückgegangen. Insgesamt ergeben sich aus dem vermehrten Einsatz von emissionsärmeren Fahrzeugen Mindereinnahmen von rund 30 Millionen.

Weitere Mindereinnahmen resultieren aus dem Rückgang der Verkehrsleistung, die der Abgabe unterliegt (-0,4%). Der Frankenschock sowie die nach wie vor schwierige Konjunkturlage in Europa und der damit verbundene, wenig dynamische internationale Handel haben ebenfalls zu dieser Entwicklung beigetragen. Allerdings darf von der Veränderung der Verkehrsleistung

nicht abgeleitet werden, dass sich die transportierte Menge im gleichen Ausmass verändert, denn die LSVA bemisst sich unabhängig von der Ladung nach dem höchstzulässigen Gesamtgewicht des Fahrzeugs.

Gegenüber dem Voranschlag sind die Einnahmen aus der LSVA um 73 Millionen tiefer ausgefallen. Zum einen beruhte der Voranschlag auf einer Schätzung für das Jahr 2014, die sich im Nachhinein als um 25 Millionen zu hoch herausstellte. Zum anderen wurde bei der Budgetierung ein Zuwachs der Verkehrsleistung um 2,6 Prozent erwartet. Dies entsprach der damaligen Annahme über die Entwicklung des realen BIP, das der Schätzung der Einnahmen aus der LSVA zugrunde lag. Rund 40 Millionen der Budgetunterschreitung sind darauf zurückzuführen. Die verbleibende Abweichung resultiert aus der Umrüstung des Fahrzeugbestands mit modernsten Fahrzeugen, die dynamischer ausfiel als angenommen.

Der Ertrag aus der Schwerverkehrsabgabe ist zweckgebunden. Nach Abzug der Debitorenverluste sowie der Entschädigung der Kantone für den Vollzug der LSVA und die polizeilichen Kontrollen wird ein Drittel den Kantonen und zwei Drittel dem Bund zugewiesen. Der Bundesanteil floss bis 2010 vollständig in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte. Seit 2011 wird ein Teil (nach Art. 85 Abs. 2 BV) zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten (externen) Kosten verwendet und den Mitteln zugewiesen, welche für den Bundesbeitrag an die individuelle Prämienverbilligung bestimmt sind.

## 17 Qualität der Einnahmenschätzungen

Mit einer Budgetabweichung von lediglich 54 Millionen gelang mit den Einnahmenschätzungen zum Voranschlag 2015 praktisch eine Punktlandung. Dies ist bemerkenswert, weil sich die Wirtschaft seit der Budgeterstellung im Sommer 2014 deutlich schlechter entwickelt hat als erwartet. Die Mindereinnahmen bei den stark konjunkturabhängigen Steuerarten (bspw. direkte Bundessteuer, Mehrwertsteuer) konnten durch Mehreinnahmen bei der volatilen Verrechnungssteuer sowie einer höheren Gewinnausschüttung durch die SNB kompensiert werden.

### Prognosefehler im zeitlichen Verlauf

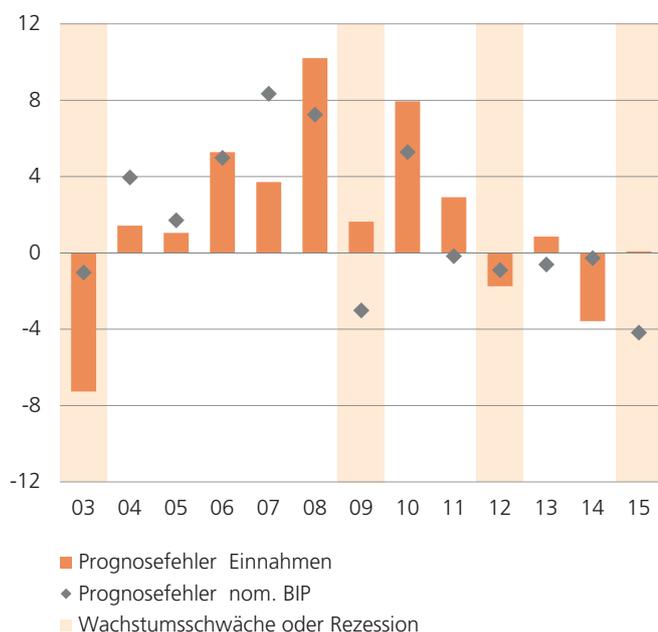
Die nachfolgende Grafik veranschaulicht die Fehler bei der Prognose der ordentlichen Einnahmen des Bundes seit Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003. Die Prognosefehler sind in Prozent des Voranschlagswertes ausgedrückt, um einen unverzerrten Vergleich über die Zeit zu ermöglichen. Ein positiver Prognosefehler bedeutet, dass die Einnahmen unterschätzt worden sind beziehungsweise dass die effektiven Einnahmen den Budgetwert übertroffen haben. Ein negativer Prognosefehler signalisiert eine Überschätzung der Einnahmen. Im Jahr 2003 ereignete sich im betrachteten Zeitraum mit einem negativen Prognosefehler von 7,3 Prozent die grösste Überschätzung der ordentlichen Einnahmen. Hingegen wurden die Einnahmen im Jahr 2008 mit einem positiven Prognosefehler von 10,2 Prozent am stärksten unterschätzt. Die starken Schwankungen der Prognosefehler sind nicht zuletzt Ausdruck der zahlreichen

Schwierigkeiten und Unsicherheiten, welchen die Schätzungen der ordentlichen Einnahmen des Bundes unterliegen. So müssen neben der Einschätzung der volkswirtschaftlichen Entwicklung und deren Einfluss auf das Steueraufkommen des Bundes auch Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, deren finanziellen Auswirkungen oftmals nur schwer voraussehbar sind. Die Einnahmenschätzungen werden durch den relativ langen Prognosehorizont von bis zu 20 Monaten bis zum Abschluss des entsprechenden Rechnungsjahres zusätzlich erschwert. Die Qualität der Einnahmenschätzungen wird mit jedem Rechnungsergebnis neu evaluiert. Dabei interessiert sowohl die Schätzqualität der Gesamteinnahmen wie auch jene der einzelnen Einnahmenkategorien. Es wird besonders Wert darauf gelegt, dass die Einnahmen des Bundes weder systematisch über- noch unterschätzt werden.

### Prognosefehler nach Einnahmenart

Um die Qualität der Einnahmenschätzung über einen längeren Zeitraum zu untersuchen, eignet sich der durchschnittliche absolute Prognosefehler als einfaches Mass. Seit Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003 beträgt dieser für die ordentlichen Einnahmen des Bundes 3,7 Prozent. Somit werden die Einnahmen jedes Jahr durchschnittlich um 3,7 Prozent des Voranschlagswertes über- oder unterschätzt. Hinter dieser Zahl verbergen sich allerdings grosse Unterschiede zwischen den verschiedenen Einnahmenkategorien. Von den grossen Fiskaleinnahmen

**Prognosefehler der ordentlichen Einnahmen** in %  
der Einnahmen resp. des nom. BIP gemäss VA



Die Fehler der Einnahmen- und Wirtschaftsprognosen sind eng miteinander verbunden. Beide weisen ein konjunkturelles Muster auf: Die Entwicklung des BIP bzw. der Einnahmen wird insbesondere in wachstumsschwachen Phasen überschätzt. In konjunkturell günstigeren Zeiten hingegen sind die Prognosefehler fast durchwegs positiv.

waren im selben Zeitraum die Schätzungen der Mineralölsteuereinnahmen am genauesten: Hier wurden die Einnahmen durchschnittlich nur um 1,8 Prozent des Voranschlagswertes über- oder unterschätzt. Dicht dahinter folgen die Schätzungen der Mehrwertsteuereinnahmen mit einem durchschnittlichen absoluten Prognosefehler von 2,0 Prozent. Während die Genauigkeit der Einnahmenschätzungen der direkten Bundessteuer (4,1 %) im Vergleich zu den Gesamteinnahmen nur wenig schlechter ausfällt, sind bei den Stempelabgaben und insbesondere bei der Verrechnungssteuer deutliche Ausreisser zu beobachten: Die durchschnittlichen absoluten Prognosefehler betragen bei diesen Einnahmen 7,8 Prozent beziehungsweise 36,9 Prozent. Sie widerspiegeln die starke Volatilität dieser Einnahmen.

#### Konjunkturelles Muster der Prognosefehler

Die hinterlegten Flächen in der Grafik markieren die Jahre, in denen sich die Schweizer Volkswirtschaft in einer Wachstumsschwäche oder Rezession befand, also in Phasen, in denen sich die Schweiz in einer gesamtwirtschaftlichen Unterlastung befand und die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandprodukts unter ihrem langfristigen Potenzial – oder im Fall der Rezession sogar im negativen Bereich – lag. Mit dieser Darstellung lässt sich ein Muster in der Entwicklung der Prognosefehler erkennen: So werden die Bundeseinnahmen während eines wirtschaftlichen Abschwungs tendenziell überschätzt (negativer Prognosefehler) und in der nachfolgenden Aufschwungsphase eher unterschätzt (positiver Prognosefehler). Über einen Konjunkturzyklus hinweg dürften sich diese Schätzfehler gegenseitig aufwiegen. Dies war auch seit Einführung der Schul-

denbremse annähernd der Fall. So summieren sich die negativen und positiven Prognosefehler bei den ordentlichen Einnahmen auf rund 12,8 Milliarden. Dies entspricht, bezogen auf die insgesamt vereinnahmten ordentlichen Einnahmen des Bundes in dieser Zeitperiode (rund 770 Mrd.), einem durchschnittlichen Prognosefehler von rund 1,7 Prozent. Mit anderen Worten wurden die ordentlichen Einnahmen seit 2003 durchschnittlich um 1,7 Prozent zu tief geschätzt. Allerdings ist dieser Mittelwert statistisch gesehen nicht signifikant von null verschieden, das heisst die Einnahmen wurden nicht systematisch über- oder unterschätzt.

#### Abhängigkeit von Wirtschaftsprognosen

In der Grafik sind ebenfalls die Fehler bei der Prognose des nominalen Bruttoinlandproduktes eingetragen (graue Quadrate). Diese berechnen sich als prozentuale Differenz zwischen dem zum Zeitpunkt der Budgetierung erwarteten nominalen Bruttoinlandprodukt (Niveau in Mrd.) und dem tatsächlich realisierten nominalen Bruttoinlandprodukt gemäss der vorläufigen Schätzung des Seco (2015) respektive der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Bundesamtes für Statistik. Hier zeigt sich, wie stark die Güte der Einnahmenschätzungen von den Wirtschaftsprognosen abhängt. Dies lässt sich auch statistisch mit einem Korrelationskoeffizienten zwischen den beiden Reihen von 0,68 erfassen. Das davon abgeleitete Bestimmtheitsmass (Quadrat des Koeffizienten) zeigt, dass in der vergangenen Dekade rund die Hälfte der Streuung der Einnahmenschätzfehler in Zusammenhang mit Schätzfehlern bei den Wirtschaftsprognosen steht.

Im Vorjahresvergleich nahmen die Ausgaben des Bundes um 1,2 Milliarden (1,9 %) zu, dies bei einem leicht schrumpfenden nominalen BIP (-0,4 %). Fast die Hälfte des Zuwachses entfällt auf die soziale Wohlfahrt (insbesondere Migration, Krankenversicherung, Altersversicherung). Auch die Beziehungen zum Ausland und die Ausgaben im Zusammenhang mit der CO<sub>2</sub>-Abgabe wuchsen stark.

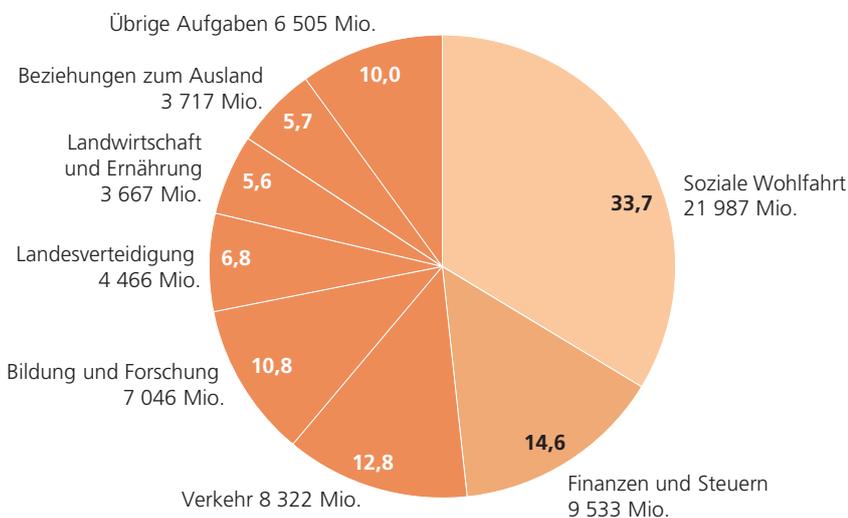
### Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014	
				absolut	%
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>64 000</b>	<b>67 116</b>	<b>65 243</b>	<b>1 243</b>	<b>1,9</b>
Δ in % Vorjahr	0,5	4,9	1,9		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 605	2 744	2 644	39	1,5
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1 023	1 119	1 046	23	2,2
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	3 508	3 702	3 717	210	6,0
Landesverteidigung	4 348	4 710	4 466	119	2,7
Bildung und Forschung	6 952	7 357	7 046	94	1,4
Kultur und Freizeit	490	507	509	19	4,0
Gesundheit	226	234	227	1	0,3
Soziale Wohlfahrt	21 414	22 367	21 987	572	2,7
Verkehr	8 429	8 542	8 322	-108	-1,3
Umwelt und Raumordnung	1 210	1 459	1 363	153	12,6
Landwirtschaft und Ernährung	3 693	3 683	3 667	-25	-0,7
Wirtschaft	634	740	716	83	13,1
Finanzen und Steuern	9 469	9 951	9 533	64	0,7

Die ordentlichen Ausgaben des Bundes beliefen sich 2015 auf 65,2 Milliarden. Sie lagen damit um 1,2 Milliarden höher als im Vorjahr. Der wichtigste Ausgabentreiber war die soziale Wohlfahrt (+572 Mio.); die Migration (+269 Mio.), die Krankenversicherung (+202 Mio.) und die Altersversicherung (+146 Mio.) sind hier die Hauptgründe für das Wachstum. Auch die verschiedenen Verwendungen der CO<sub>2</sub>-Abgabe (+212 Mio., Aufgabengebiete Umwelt und Raumordnung sowie Wirtschaft) und die

Beziehungen zum Ausland (+210 Mio.) verzeichneten einen namhaften Zuwachs. Aufgrund höherer Einnahmen bei der direkten Bundessteuer und der Verrechnungssteuer wuchsen bei den Finanzen und Steuern auch die Anteile der Kantone an Bundeseinnahmen (+468 Mio.). Demgegenüber gingen die Ausgaben für die Kapitalbeschaffung (Passivzinsen) aufgrund hoher Agios um 457 Millionen zurück.

### Ausgaben nach Aufgabengebieten 2015 Anteile in % Ordentliche Ausgaben



Jene zwei Aufgabengebiete mit dem grössten Anteil an gebundenen Ausgaben – soziale Wohlfahrt sowie Finanzen und Steuern – binden knapp die Hälfte der Ausgaben des Bundes.

Diese Entwicklungen widerspiegeln sich in den Anteilen der Aufgabengebiete am Gesamthaushalt: Die soziale Wohlfahrt (33,7%) und die Beziehungen zum Ausland (5,7%) beanspruchten im Rechnungsjahr einen grösseren Teil des Haushalts als im Vorjahr, während die Anteile der Landwirtschaft (5,6%) und der Finanzen und Steuern (14,6%) rückläufig waren. Auch der Anteil des Verkehrs (12,8%) ging zurück; er wird allerdings im Jahr 2016 mit der Einführung des Bahninfrastrukturfonds abrupt zunehmen.

## 21 Soziale Wohlfahrt

Die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt haben im Rechnungsjahr deutlich zugenommen. Dies lag vor allem an den beiden Aufgabengebieten Migration und Krankenversicherung. Gleichzeitig hatte der Rückgang der Mehrwertsteuererträge einen dämpfenden Effekt auf die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt: Er spiegelt sich in einem Rückgang des Mehrwertsteuerprozents für die AHV und des an die Mehrwertsteuererträge gekoppelten Bundesbeitrags an die Invalidenversicherung.

### Soziale Wohlfahrt

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>21 414</b>	<b>22 367</b>	<b>21 987</b>	<b>572</b>	<b>2,7</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	33,5	33,3	33,7		
Altersversicherung	10 748	11 078	10 894	146	1,4
Invalidenversicherung	4 920	5 160	4 856	-64	-1,3
Krankenversicherung	2 273	2 456	2 475	202	8,9
Ergänzungsleistungen	1 435	1 496	1 460	25	1,7
Militärversicherung	210	223	214	4	1,9
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	499	512	506	6	1,2
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	96	97	82	-15	-15,1
Migration	1 174	1 285	1 443	269	22,9
Soziale Hilfe und Fürsorge	58	60	57	-1	-1,7

Die Ausgaben des Bundes für die Soziale Wohlfahrt nahmen 2015 um 2,7 Prozent auf knapp 22 Milliarden zu. Zur Hälfte entfielen sie auf das Aufgabengebiet der *Altersversicherung*. Hier leistet der Bund zur Hauptsache drei Zahlungen an die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV):

- Erstens zahlt er einen Beitrag von 19,55 Prozent der AHV-Ausgaben. 2015 erhöhte sich dieser Bundesbeitrag um 184 Millionen auf 8,17 Milliarden. Dies war zum einen die Folge der zweijährlichen Anpassung der Renten (+0,4 %). Zum anderen nahm die Anzahl ausgezahlter Renten im Einklang mit der demografischen Entwicklung um 1,8 Prozent zu.
- Zweitens überweist der Bund 83 Prozent der Erträge aus dem Mehrwertsteuerprozent zu Gunsten der AHV an die Versicherung. Dieser Betrag reduzierte sich um 17 Millionen (-0,75 %) auf 2,31 Milliarden.
- Drittens erhält die AHV die Erträge der Spielbankenabgabe, die 2015 um 6,6 Prozent rückläufig waren und noch 308 Millionen ausmachten.

Die Ausgaben des Bundes für die *Invalidenversicherung (IV)* setzen sich während der Zeitdauer der IV-Zusatzfinanzierung (bis Ende 2017) ebenfalls zur Hauptsache aus drei Zahlungsströmen zusammen:

- Der Bundesbeitrag an die Invalidenversicherung ist an die Entwicklung der Mehrwertsteuererträge gekoppelt. Zusätzlich wird mit einem Diskontfaktor die Entwicklung der Löhne und der Preise berücksichtigt. Angesichts der rückläufigen Mehr-

wertsteuererträge und des deflationären Umfelds ergab sich ein Rückgang des Bundesbeitrags um 43 Millionen (-1,2 %) auf 3,53 Milliarden.

- Im Rahmen der bis 2017 befristeten IV-Zusatzfinanzierung erhält die IV zudem die Erträge aus der befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent (1,11 Mrd.; -0,75 %).
- Ausserdem übernimmt der Bund die Zinskosten der IV-Schuld gegenüber dem AHV-Ausgleichsfonds. Dieser Sonderbeitrag des Bundes an die IV-Zinsen reduzierte sich dank der rückläufigen Verschuldung der IV um 6,9 Prozent auf 160 Millionen. Die IV-Schuld betrug Ende 2015 gemäss provisorischen Schätzungen noch 12,1 Milliarden.

Bei den *Ergänzungsleistungen (EL)* zahlt der Bund 5/8 des Betrags, der für die Existenzsicherung geleistet wird. Die Kantone tragen die restlichen 3/8 sowie alle EL-Ausgaben für die Mehrkosten aus einem Heimaufenthalt sowie für Krankheits- und Behindernungskosten. Die Beiträge des Bundes entfallen je zur Hälfte auf EL zur IV und EL zur AHV, wobei letztere wegen der Zunahme der AHV-Rentnerinnen und Rentner ein höheres Wachstum aufweisen (+1,9 % versus +1,6 %).

Um die gesetzlich festgelegten Beiträge an AHV, IV und EL zu finanzieren, stehen dem Bund die zweckgebundenen Einnahmen aus der Alkohol- und Tabakbesteuerung sowie 17 Prozent des Ertrags aus dem Mehrwertsteuerprozent zu Gunsten der AHV zur Verfügung. Diese Einnahmen betragen im Rechnungsjahr insgesamt 2,89 Milliarden und lagen somit 74 Millionen (-2,5 %) unter dem Vorjahr. Insbesondere die Erträge aus der

Tabaksteuer waren um 59 Millionen rückläufig. Mit diesen zweckgebundenen Einnahmen konnten 2015 21,7 Prozent der Bundesbeiträge an die AHV, IV und EL (einschliesslich IV-Zinsen) abgedeckt werden. 2013 hatte der Anteil noch 22,5 Prozent betragen.

Die Ausgaben des Bundes für die *Krankenversicherung* fallen vor allem im Bereich der individuellen Prämienverbilligung an. Die Krankenversicherungsausgaben legten 2015 um rund 202 Millionen oder fast 9 Prozent gegenüber der Rechnung 2014 zu. Dieses sehr hohe Wachstum ist zu etwas mehr als zur Hälfte auf den Anstieg der Gesundheitskosten respektive der Durchschnittsprämie in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) sowie das Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Der Beitrag des Bundes an die Prämienverbilligung beläuft sich gemäss Artikel 66 Absatz 2 des Krankenversicherungsgesetzes auf 7,5 Prozent der OKP-Bruttokosten. Zudem fällt der erstmals im Jahr 2015 fällig gewordene Sonderbeitrag des Bundes an den Krankenkassen-Prämienausgleich von rund 90 Millionen ins Gewicht. Die Aufwendungen des Bundes für die Prämienverbilligung sind zum Teil zweckfinanziert: 5 Prozent des Ertrags aus der Mehrwertsteuer (ohne AHV-/IV- und FinöV-Anteile) wurden zu diesem Zweck verwendet, was im Jahr 2015 rund 911 Millionen ausmachte. Zudem trugen die Einnahmen für die ungedeckten Kosten des Strassenverkehrs mit rund 225 Millionen zur Finanzierung der Prämienverbilligung bei. Damit sind etwa 48 Prozent der Bundesausgaben für die Prämienverbilligung durch zweckgebundene Erträge gedeckt.

Der Bund trägt die gesamten Kosten der *Militärversicherung*. Die Ausgaben nahmen gegenüber dem Vorjahr um etwa 4 Millionen oder 1,9 Prozent zu. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die stark gestiegenen Behandlungskosten (+9,8%) und auch Barleistungen (+5,3%) zurückzuführen. Die Rentenleistungen nahmen dagegen um rund 2,8 Prozent ab. Die Versicherungsausgaben wurden im Voranschlag 2015 um rund 8 Millionen oder 4 Prozent überschätzt.

In der *Arbeitslosenversicherung/Arbeitsvermittlung* ist der Zuwachs um 6 Millionen im Wesentlichen auf den gesetzlich gebundenen Bundesbeitrag an die Arbeitslosenversicherung zurückzuführen. Dieser wächst in Abhängigkeit der beitragspflichtigen Lohnsumme und macht mit 464 Millionen den grössten Anteil der Ausgaben in diesem Bereich aus.

Die Ausgaben im Bereich der *Migration* stiegen gegenüber 2014 stark an. Der Zuwachs betrug 269 Millionen (+23%). Dies ist eine Folge des markanten Zustroms von Schutzsuchenden nach Europa im letzten Jahr. Entsprechend erhöhte sich insbesondere die Abgeltung der Sozialhilfeausgaben der Kantone für Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene (+201 Mio. bzw. +26%). Zudem ergab sich ein starker Anstieg der Betriebsausgaben für die Empfangs- und Verfahrenszentren (+27 Mio. bzw. +36%). Auch im Bereich der Integrationsmassnahmen waren gegenüber 2014 markant höhere Ausgaben zu verzeichnen (+48 Mio. bzw. +57%). Dies, weil – wegen der hohen Zahl von Flüchtlingsanerkennungen und vorläufigen Aufnahmen in den Vorjahren – 2015 Ausgleichszahlungen an die Kantone bei den Integrationspauschalen ausbezahlt werden mussten. Dem steht ein Minderaufwand bei den Vollzugskosten von 6 Millionen gegenüber, weil insbesondere die Anzahl der Ausreisen im Asylbereich (sowohl selbstständige Ausreisen als auch Rückführungen) abgenommen hat.

Die grössten Anteile der Ausgaben für den *sozialen Wohnungsbau* entfielen 2015 auf die Zusatzverbilligungen von Mietzinsen (65%) sowie die Darlehen zur Förderung gemeinnütziger Wohnbauträger (25%). Die Ausgaben für diese Aufgabe nahmen um rund 14,5 Millionen oder etwa 15 Prozent gegenüber 2014 ab. Dieser markante Rückgang ist vor allem Folge der um rund 9,6 Millionen geringeren Wohnbaurdarlehen des Bundes zugunsten der gemeinnützigen Wohnbauträger und der stetig abnehmenden altrechtlichen Verpflichtungen im Bereiche der Zusatzverbilligungen für die Mietzinsen (-4,9 Mio.).

## 22 Finanzen und Steuern

Im Jahr 2015 entfielen auf diesen Aufgabenbereich 14,6 Prozent der ordentlichen Ausgaben gegenüber 14,8 Prozent im Vorjahr. Dieser leichte Rückgang ist durch die Entwicklung des Aufgabenbereichs (+0,7 %) bedingt, die primär wegen den aus der Schuldenbewirtschaftung resultierenden Entlastungen deutlich hinter der durchschnittlichen Entwicklung der Gesamtausgaben zurückblieb.

### Finanzen und Steuern

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>9 469</b>	<b>9 951</b>	<b>9 533</b>	<b>64</b>	<b>0,7</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	14,8	14,8	14,6		
Anteile an Bundeseinnahmen	4 335	4 724	4 803	468	10,8
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	1 949	1 989	1 492	-457	-23,5
Finanzausgleich	3 185	3 238	3 238	53	1,7

### Steigende Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen insbesondere wegen den Einnahmen aus der direkten Bundessteuer

Die steigenden Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen (+468 Mio. oder +10,8%) gegenüber dem Vorjahr erklären sich im Wesentlichen durch den Überschuss bei den Anteilen an den Einnahmen aus der direkten Bundessteuer (+366 Mio. oder +11,9%) sowie aus der Verrechnungssteuer (+100,8 Mio. oder +18,5%). Die Zunahme dieser beiden Einnahmekategorien hängt mit den negativen Zinssätzen zusammen (siehe Band 3, Ziff. 11 und 12). Der Anteil Dritter an der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) verzeichnet einen Rückgang um 12 Millionen (-2,5%) und ist damit mitverantwortlich, dass die Zunahme der Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen leicht gedämpft wird.

### Deutliche Verringerung des Schuldendienstes dank vorteilhafter Zinssituation

Die Abnahme der Zinslast bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung (-457 Mio. oder -23,5%) ist generell Ausdruck eines geringeren Finanzierungsbedarfs aufgrund der guten Ertragslage der Vorjahre; sie widerspiegelt aber vor allem die rückläufige Zinsentwicklung. Der Rückgang der Passivzinsen wird hauptsächlich durch zwei Faktoren bestimmt:

- Zum einen durch die hohen Agios (863 Mio.), die aus der Verringerung der Zinslast resultieren. Die Verringerung der Zinslast bei den Agios im 2015 fiel gegenüber 2014 um 338 Millionen höher aus. Das Rechnungsjahr 2015 zeichnet sich dadurch aus, dass es dank anhaltend tiefem Zinsniveau Agios in einem Wert verzeichnet, der deutlich über dem Mittel der letzten Jahre liegt (ca. 500 Mio.). Einzig 2012 wurden noch höhere Agios verzeichnet (968 Mio.).

- Zum andern durch die sinkende Zinslast (-130 Mio.), die ebenfalls zum Rückgang der Passivzinsen beiträgt. Ursache der sinkenden Zinslast ist die Verringerung der finanziellen Grundlast, namentlich infolge der Rückerstattung von Obligationen mit einem im Schnitt grösseren Coupon im Umfang von 6,3 Milliarden.

Zu diesen zwei Hauptfaktoren kommt hinzu, dass die Zinslast bei den Depotkonten und bei der Sparkasse im Berichtsjahr um total beinahe 30 Millionen gesunken ist, hauptsächlich infolge der Zinssätze in der Nähe von Null. Ein Gegengewicht zu den sinkenden Passivzinsen stellt der durch die Volatilität der Wechselkurse bedingte Mehraufwand für Währungsverluste dar (+61,0 Mio.). Die Kursverluste betreffen Fremdwährungskonten. Gewinne und Verluste auf diesen Konten werden im Laufe des Rechnungsjahres verbucht (FHG, Art. 35).

### Leichter Zuwachs der Ausgleichszahlungen an die Kantone

2015 war das letzte Rechnungsjahr der zweiten Vierjahresperiode des neuen Finanzausgleichs (NFA). Die Transferzahlungen des Bundes im Rahmen der verschiedenen Instrumente des Finanzausgleichs beliefen sich auf insgesamt 3238 Millionen. Gegenüber 2014 sind sie um 53,0 Millionen (+1,7%) gestiegen. Dieser Anstieg resultiert ausschliesslich aus dem Beitrag des Bundes an den vertikalen Ressourcenausgleich, der sich auf 2273 Millionen beläuft und somit um 2,4 Prozent (+53 Mio.) gewachsen ist. Der Beitrag des Bundes an den Lastenausgleich beträgt 726 Millionen: Je 363 Millionen sind für den geografisch-topografischen und den soziodemografischen Lastenausgleich bestimmt. Da im April 2014 keine Teuerung verzeichnet wurde, blieb dieser Gesamtbetrag gegenüber 2014 unverändert. Der für 2015 eingestellte Betrag für den Härteausgleich (239 Mio.) ist ebenfalls derselbe wie für 2014, weil 2015 kein einziger ressourcenschwacher Kanton, der Härteausgleichszahlungen bezieht, zur Kategorie der ressourcenstarken Kantone wechselte.

---

### Zweckgebundenheit der Ausgaben für «Finanzen und Steuern»

Der Aufgabenbereich «Finanzen und Steuern» weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. Er zeichnet sich dadurch aus, dass er von den finanzpolitischen Prioritäten ausgenommen ist (die Anteile an den Bundeseinnahmen beispielsweise sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab) und dass er durch zahlreiche äussere Faktoren (Finanzmärkte, Zinssätze, Finanzierungsbedarf, Strategie der Bundestresorerie) beeinflusst wird.

17 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer entfallen auf die Anteile an den Bundeseinnahmen. Ausserdem umfassen sie fast ein Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) sowie 20 Prozent des Ertrags aus dem Wehrpflichtersatz. Schliesslich enthalten sie die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer und die übrigen Debitorenverluste (Zoll, LSVA).

Die Ausgaben für die Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung umfassen im Wesentlichen die Passivzinsen (Zinslast der lang- und mittelfristigen Anleihen, der Depotkonten usw.) sowie die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie.

Der Finanzausgleich (NFA) besteht aus drei Elementen:

- Der Ressourcenausgleich als zentrales Element hat zum Ziel, Kantone mit unterdurchschnittlichen eigenen Ressourcen, die sogenannten ressourcenschwachen Kantone, mit genügend frei verfügbaren Finanzmitteln auszustatten. Er wird durch den Bund und die ressourcenstarken Kantone finanziert.
- Kantone, die durch ihre Bevölkerungsstruktur oder Zentrumsfunktion übermässig belastet sind, werden durch den soziodemografischen Lastenausgleich (SLA) entlastet. Kantone, die bedingt durch ihre Höhenlage, die Steilheit des Geländes oder aufgrund ihrer spezifischen Besiedlungsstruktur übermässig Lasten zu tragen haben, werden durch den geografisch-topografischen Lastenausgleich (GLA) entlastet. SLA und GLA werden vollständig durch den Bund finanziert.
- Dank Härteausgleich als drittem Element lassen sich Härtefälle bei den Kantonen beim Übergang vom alten zum neuen Finanzausgleich vermeiden. Der Härteausgleich bleibt bis längstens 2036 in Kraft und wird ab 2016 jährlich um 5 Prozent verringert.

Die Beiträge des Bundes werden jährlich an die Wirtschaftslage angepasst.

---

## 23 Verkehr

Die Verkehrsausgaben sanken um 1,3 Prozent. Der Rückgang beim Strassenverkehr von 1,4 Prozent ist hauptsächlich auf tiefere Ausgaben für die Nationalstrassen zurückzuführen. Im öffentlichen Verkehr trugen insbesondere Minderausgaben im schienengebundenen Agglomerationsverkehr zu einem Rückgang von 1,5 Prozent bei. Die Ausgaben für die Luftfahrt stiegen hingegen um 8 Prozent.

### Verkehr

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014	
				absolut	%
<b>Verkehr</b>	<b>8 429</b>	<b>8 542</b>	<b>8 322</b>	<b>-108</b>	<b>-1,3</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	13,2	12,7	12,8		
Strassenverkehr	3 117	3 061	3 075	-42	-1,4
Öffentlicher Verkehr	5 158	5 284	5 080	-78	-1,5
Luftfahrt	155	197	167	12	8,0

### Strassenverkehr

Für den Strassenverkehr wurden gegenüber dem Vorjahr 42 Millionen resp. 1,4 Prozent weniger aufgewendet.

- Die Ausgaben für die Nationalstrassen nahmen im Vergleich zu 2014 um 28 Millionen respektive 1,2 Prozent ab. Bei den zu lasten der Rechnung des Bundes verbuchten Ausgaben für Nationalstrassen zeigte sich gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang (-76 Mio.). Dies ist einerseits auf einen tieferen budgetierten Wert für 2015 zurückzuführen. Andererseits war der Vorjahreswert infolge Auflösung von Abgrenzungen aus dem Jahr 2013 zusätzlich erhöht. Der Anteil der für Nationalstrassen bestimmten Mittel an der Einlage in den Infrastrukturfonds nahm demgegenüber zu (43 Mio.). 2015 erfolgte zudem erstmals eine Einlage in den Infrastrukturfonds zugunsten der Nationalstrassen aus dem Ertrag der Sanktion im Zusammenhang mit der CO<sub>2</sub>-Verminderung bei Personenzug (5 Mio.).
- Die einnahmenabhängigen Beiträge des Bundes an die allgemeinen Strassenkosten der Kantone sind gegenüber dem Vorjahr gesunken (-16 Mio.). Ausschlaggebend sind in erster Linie der sinkende Treibstoffverbrauch des Motorfahrzeugparks und ein Rückgang des Tanktourismus infolge der Frankenstärke.
- Die Beiträge an die Hauptstrassen und die übrigen Strassen nahmen geringfügig zu (2 Mio.). Ein Rückgang war bei den letztmals ausgerichteten Beiträgen an die Verkehrstrennung Strasse/Schiene zu verzeichnen (-0,6 Mio.).

### Verkehrsausgaben gemäss Staatsrechnung

Die Ausgabenentwicklung beim Verkehr wird massgeblich beeinflusst durch die Ausgaben der Verkehrsfonds. Ziffer 32 gibt einen Überblick über die gesamten Investitionen gemäss Staatsrechnung, das heisst Bundesrechnung inklusive Verkehrsfonds (Sonderrechnungen).

### Öffentlicher Verkehr

Die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr, wozu auch die Ausgaben für die Bahninfrastruktur und den Schienengüterverkehr gezählt werden, sanken gegenüber dem Vorjahr um 78 Millionen (-1,5 %). Diese Entwicklung ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Die Ausgaben für den Bau, Betrieb und den Substanzerhalt der Bahninfrastruktur blieben mit einem Wachstum von lediglich 0,5 Prozent (+12 Mio.) in etwa auf Vorjahresniveau. Im Einzelnen waren jedoch unterschiedliche Entwicklungen zu verzeichnen: Die Ausgaben für Schienenprojekte des Agglomerationsverkehrs (S-Bahnen, Trambahnen) sanken vor allem wegen des Auslaufens der Beiträge an die weitgehend fertiggestellten dringlichen Projekte um 80 Millionen. Demgegenüber wurden 2015 für den Betrieb und den Substanzerhalt der Bahninfrastruktur gegenüber dem Vorjahr 93 Millionen (+4 %) mehr ausgegeben, um einen angemessenen Unterhalt der Bahninfrastruktur sicherzustellen.
- Die Einlagen in den Fonds für die Eisenbahngrossprojekte lagen rund 91 Millionen unter dem Vorjahreswert. Ausschlaggebend dafür waren tiefere Einlagen aus der LSVA (-109 Mio.). Zum einen fiel die Verkehrsleistung des Strassengüterverkehrs niedriger aus als erwartet, zum anderen wurde ein höherer Anteil der Einnahmen im Bundeshaushalt zurückbehalten (zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten externen Kosten gemäss Art. 85 Abs. 2 BV). Die Einnahmen aus dem MWST-Promille fielen leicht tiefer aus als im Vorjahr (-2 Mio.), diejenigen aus Mineralölsteuermitteln hingegen höher (+21 Mio.).
- Die Abgeltungen für den regionalen Personenverkehr stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 2 Prozent (+18 Mio.). Diese Zunahme ist im Wesentlichen auf höhere Folgekosten von Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen im Bereich Rollmaterial zurückzuführen.

- Für die Güterverkehrsverlagerung wurden 18 Millionen weniger aufgewendet als im Vorjahr. Hauptgrund hierfür waren tiefere Verkehrsabgeltungen (-14 Mio.) und ein Minderbedarf für Anschlussgleise und Terminals (-4,1 Mio.).

#### **Luftfahrt**

Die Ausgaben für die Luftfahrt stiegen gegenüber dem Vorjahr um 12 Millionen (8 %). Dies erklärt sich namentlich durch das Wachstum der über die Spezialfinanzierung Luftverkehr finanzierten Ausgaben (+10 Mio.). Insbesondere für Vorhaben im Bereich Umweltschutz (+5,7 Mio.), aber auch in den Bereichen technische (+2,5 Mio.) und nicht-hoheitliche Sicherheit (+2 Mio.) konnte ein höherer Anteil der zweckgebunden Mittel verwendet werden.

## 24 Bildung und Forschung

Bildung und Forschung blieb auch 2015 ein prioritäres Aufgabengebiet des Bundes. Das Ausgabenwachstum von 1,4 Prozent floss hauptsächlich in die Forschung. Die Entwicklung bleibt geprägt von der im 2014 weggefallenen Vollbeteiligung der Schweiz an den EU-Forschungsprogrammen. Die Ausgaben für die Ersatzmassnahmen fallen zu einem grossen Teil erst verzögert an.

### Bildung und Forschung

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>6 952</b>	<b>7 357</b>	<b>7 046</b>	<b>94</b>	<b>1,4</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	10,9	11,0	10,8		
Berufsbildung	857	890	869	12	1,4
Hochschulen	2 121	2 125	2 118	-3	-0,2
Grundlagenforschung	2 749	2 769	2 744	-5	-0,2
Angewandte Forschung	1 193	1 540	1 283	90	7,6
Übriges Bildungswesen	31	33	32	0	1,3

Die Entwicklung des Aufgabengebiets ist grösstenteils durch die vom Parlament gefällten Beschlüsse zur BFI-Botschaft 2013–2016 und zur Energieforschungsbotschaft sowie durch die weggefallene Vollbeteiligung bei den EU-Forschungsprogrammen geprägt.

Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Ausgaben für «Bildung und Forschung» um 94 Millionen (+1,4%). Schwerpunktmässig wurden diese zusätzlichen Mittel für die Forschung ausgegeben. Das geringere Wachstum bei den Hochschulen erklärt sich mit einem Nachtrag im Vorjahr.

#### Steigerung bei der Berufsbildung

Bei den Ausgaben für die Berufsbildung handelt es sich fast ausschliesslich um Pauschalbeiträge an die Kantone. Gegenüber dem Jahr 2014 fand ein Anstieg von 12 Millionen statt (+1,4%). Der im Berufsbildungsgesetz als Richtgrösse definierte Bundesanteil von 25 Prozent wird damit gehalten.

#### Konstanz bei den Hochschulen

Die Ausgaben des Bundes für die Hochschulen betragen 2,1 Milliarden und betrafen zu 38 Prozent die kantonalen Universitäten, zu 27 Prozent die Fachhochschulen und zu 35 Prozent die Bundeshochschulen; letzteren werden die gesamten Beiträge an das Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung (EHB) sowie ein Teil der Beiträge an den ETH-Bereich zugerechnet (vgl. Box).

#### Schlüsselung der Beiträge an den ETH-Bereich

Die Beiträge an den Bereich der Eidg. Technischen Hochschulen machen 37 Prozent der Ausgaben für Bildung und Forschung aus. Sie werden zu rund 26 Prozent auf den Aufgabenbereich «Hochschulen», zu 59 Prozent auf «Grundlagenforschung» und zu 15 Prozent auf «Angewandte Forschung» aufgeteilt.

Die Ausgaben für den Hochschulbereich blieben gegenüber dem Vorjahr konstant, weil in der Rechnung 2014 ein Nachtragskredit von 50 Millionen für die Investitionen bei den Fachhochschulen enthalten ist. Ohne diesen einmaligen Effekt betrug die Zunahme 47 Millionen (+2,2%). Dieses Wachstum verteilte sich etwa gleichmässig auf die kantonalen, die Fach- und die Bundeshochschulen.

#### Forschungsausgaben geprägt von internationalen Abkommen

Zu der Forschung zählen namentlich ein Grossteil der Ausgaben für den ETH-Bereich, die Beiträge an die Institutionen der Forschungsförderung (Schweizerischer Nationalfonds SNF) und die Ausgaben für das EU-Forschungsprogramm Horizon 2020.

Es wird unterschieden zwischen *Grundlagenforschung* und *angewandter Forschung*. Gesamthaft betrachtet, nahmen die Ausgaben in den beiden Forschungsbereichen gegenüber dem Vorjahr um 85 Millionen zu (+2,2%). Die beiden Forschungsbereiche entwickelten sich gegenläufig infolge der weggefallenen Vollbeteiligung der Schweiz an den EU-Forschungsprogrammen:

- Wegen der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative besteht derzeit lediglich eine Teillasozierung. Die Mehrheit der Forschungsprojekte wird mit Ersatzmassnahmen direkt durch den Bund finanziert, und zwar über die gesamte Projektdauer anstatt in Form von jährlichen Mitgliederbeiträgen an die Europäische Union. In der Startphase 2014 fielen noch geringere Zahlungen für die Projekte an, was einen Grossteil der starken Zunahme bei der angewandten Forschung erklärt.
- Ferner hat der SNF einmalige Ersatzmassnahmen getroffen. Sie wurden im Bereich der Grundlagenforschung als Ausgaben verbucht und über einen kompensierten Nachtrag im Jahr 2014 finanziert (94 Mio.). Darin liegt die Hauptursache für das geringe Wachstum der Grundlagenforschung.

Ferner bestehen die Forschungsausgaben aus der Innovationsförderung der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) und der Ressortforschung. Dazu kommen Mitgliederbeiträge an verschiedene internationale Forschungsorganisationen, wie die europäische Weltraumorganisation (ESA), das europäische Laboratorium für Teilchenphysik (CERN) oder die Satellitennavigationsprogramme Galileo und EGNOS.

Die Ausgaben der KTI nahmen primär aufgrund eines (nur teilweise ausgeschöpften) Nachtrags im Jahr 2015 für die Sondermassnahmen zur Frankenstärke um 19 Millionen zu (+12,1%). Der Beitrag an die europäischen Satellitennavigationsprogramme Galileo und EGNOS ging hingegen um 113 Millionen zurück; dieser markante Rückgang ist mit der Nachzahlung von älteren Jahresbeiträgen in der Rechnung 2014 zu erklären. Ohne diesen einmaligen Effekt betrug das Mittelwachstum in der Forschung rund 200 Millionen (+5,2%).

---

#### **Das Aufgabengebiet und die BFI-Botschaft**

Der überwiegende Teil (90 %) der Ausgaben im Aufgabenbereich Bildung und Forschung ist Bestandteil der BFI-Botschaft oder für die europäischen Bildungs- und Forschungsprogramme bestimmt. Das Aufgabengebiet beinhaltet weitere Ausgaben im Umfang von gut 700 Millionen, namentlich die Unterbringungsbeiträge an Institutionen des Bundes, Ressortforschung und Personalaufwand sowie Beiträge an internationale Organisationen, welche nicht mit den BFI-Botschaften beantragt werden.

---

## 25 Landesverteidigung

Die Ausgaben für die Landesverteidigung nahmen gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittlich zu. Der Hauptteil der Zunahme von 2,7 Prozent verzeichnete der Sach- und Betriebsaufwand der Armee, nicht zuletzt weil im Bereich des Ersatzmaterials und der Munition mehr Beschaffungen getätigt werden.

### Landesverteidigung

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014	
				absolut	%
<b>Landesverteidigung</b>	<b>4 348</b>	<b>4 710</b>	<b>4 466</b>	<b>119</b>	<b>2,7</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	6,8	7,0	6,8		
Militärische Landesverteidigung	4 226	4 590	4 351	126	3,0
Nationale Sicherheitskooperation	122	120	115	-7	-5,8

Die Ausgaben für die militärische Landesverteidigung stiegen gegenüber der Rechnung 2014 um 126 Millionen (+ 3,0%). Dies hat insbesondere folgende Gründe:

- Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die Sach- und Betriebsausgaben der Armee um gut 70 Millionen zu. Die Ausgaben für das Ersatzmaterial und die Instandhaltung stiegen um 32 Millionen. Das VBS hat im Jahr 2014 den grössten Teil der Querschnittskürzungen auf diesen beiden Positionen vorgenommen, was die Ausgaben dämpfte. Im Jahr 2015 standen wieder mehr Mittel zur Verfügung und die Armee konnte die Projekte wie geplant vorantreiben. Die Ausgaben für die Beschaffung von Munition nahmen gegenüber dem Vorjahr um 27 Millionen zu, weil die Armee grössere Munitionsbeschaffungen plante und zudem mehr Mittel für Entsorgungen und Liquidationen benötigte.
- Die Ausgaben für die Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung (PEB) erhöhten sich gegenüber der Rechnung 2014 um 39 Millionen (+38,1%). Nach dem Volks-Nein zum Gripen-Kampfflugzeug am 18.5.2014 hat der Bundesrat – bereits im Hinblick auf die Erneuerung der Kampfflugzeugflotte Anfang der 20er Jahre – entschieden, andere Rüstungsbeschaffungen vorzuziehen und neue in die Planung aufzunehmen, was zu einem Mehrbedarf für die PEB führte. Da die Überarbeitung der Beschaffungsplanung erst nach dem Volksentscheid in Angriff genommen werden konnte, war dieser Mehrbedarf bei der Erstellung des Voranschlags 2015 noch nicht restlos bekannt. Deshalb bewilligte das Parlament mit dem Nachtrag II 2015 zusätzliche Mittel für die PEB von 22 Millionen.

- Die Investitionsausgaben von armasuisse Immobilien stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 36 Millionen. Mit den zusätzlichen Mitteln wurden insbesondere aufgelaufene Instandhaltungsmassnahmen bei bestehenden Gebäuden finanziert.

Neben der militärischen Landesverteidigung umfasst das Aufgabengebiet Landesverteidigung auch die Nationale Sicherheitskooperation. Dazu zählen insbesondere die Ausgaben des Bundesamts für Bevölkerungsschutz BABS im Eigenbereich sowie die Ausgaben für den Zivilschutz. Gegenüber dem Vorjahr gingen die Ausgaben in diesen Bereichen um 7 Millionen zurück (-5,8%). Dies ist vornehmlich auf abgeschlossene Arbeiten für das Projekt POLYALERT zurückzuführen.

Gegenüber dem Voranschlag 2015 sind Minderausgaben von 244 Millionen zu verzeichnen. Kreditreste entstanden u.a. bei den Investitionsausgaben von armasuisse Immobilien und bei der Informatik der Armee (detaillierte Begründungen siehe Band 2B).

#### Verhältnis Betriebs- zu Rüstungsausgaben

Bei der Militärischen Landesverteidigung lag das Verhältnis zwischen Betriebs- (Sach-, Transfer- und Personalausgaben inkl. Arbeitgeberbeiträge) und Rüstungsausgaben (Rüstungs- und Investitionsausgaben) bei 72 zu 28 Prozent. 2014 belief sich dieses Verhältnis noch auf 73 zu 27 Prozent. Damit kam die Armee ihrem mittelfristigen Ziel, ein Verhältnis zwischen Betriebs- und Rüstungsausgaben von 60 zu 40 zu erreichen, etwas näher. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Betriebs- und die Rüstungsausgaben. Die Zunahme bei den Rüstungsausgaben fiel aber prozentual etwas höher aus, weshalb sich das Verhältnis leicht verbesserte.

## 26 Landwirtschaft und Ernährung

Die Ausgaben für das Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung nehmen im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozent ab. Die Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen sowie die Direktzahlungen weisen tiefere Ausgaben aus, wohingegen die übrigen Ausgaben angestiegen sind.

### Landwirtschaft und Ernährung

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3 693</b>	<b>3 683</b>	<b>3 667</b>	<b>-25</b>	<b>-0,7</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	5,8	5,5	5,6		
Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen	184	167	160	-25	-13,3
Produktion und Absatz	431	440	431	0	0,0
Direktzahlungen	2 815	2 809	2 795	-20	-0,7
Übrige Ausgaben	263	267	282	19	7,3

Der Grossteil der Ausgaben (rund 92 %) im Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung wird über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Sie stellen einen Höchstbetrag für die Zahlungskredite dar und werden vom Parlament für vier Jahre festgelegt. Bis zum Jahr 2017 gelten die folgenden Zahlungsrahmen der Agrarpolitik 2014–2017: «Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen» 798 Millionen, «Produktion und Absatz» 1776 Millionen und «Direktzahlungen» 11 256 Millionen.

Über die *Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen* werden insbesondere Anpassungen der Betriebe und der landwirtschaftlichen Infrastrukturen sowie die Pflanzen- und Tierzucht gefördert. Die Ausgaben nahmen im Vergleich zum Vorjahr um rund 25 Millionen (-13,3 %) ab. Dieser Rückgang ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Ausgaben für die Investitionskredite Landwirtschaft um rund 30 Millionen tiefer ausgefallen sind, da die Querschnittskürzung im Jahr 2015 auf schwach bis mittelstark gebundenen Ausgaben im Bereich Landwirtschaft vor allem auf diesem Kredit umgesetzt wurde. Im Gegenzug stiegen die Ausgaben für die Strukturverbesserungen um rund 5 Millionen an.

Der Zahlungsrahmen *Produktion und Absatz* setzt sich aus Stützungsmaßnahmen zugunsten der Milch- und Viehwirtschaft, des Pflanzenbaus sowie der Absatzförderung zusammen. Gegenüber dem Vorjahr haben sich die Ausgaben in der Summe nicht verändert. Die Minderausgaben der Beihilfen Pflanzenbau von 1,3 Millionen und die Mehrausgaben der Qualitäts- und Absatzförderung von 1 Million heben sich gegenseitig auf. Im Übrigen ist zu erwähnen, dass das Parlament im Rahmen des Nachtrags I beschlossen hat, auf diesen beiden Krediten eine Kompensation für die Erhöhung des Kredits Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte (EZV/A2310.0211) von insgesamt 5,6 Millionen vorzunehmen, was die Abweichung zum Voranschlag 2015 weitgehend erklärt. Davon entfallen 3 Millionen auf die Qualitäts- und Absatzförderung und 2,6 Millionen auf die Beihilfen Pflanzenbau.

Die *Direktzahlungen* dienen der Förderung gemeinwirtschaftlicher Leistungen der Landwirtschaft wie der Versorgungssicherheit, der Biodiversität und dem Tierwohl. Sie machen mit 2795 Millionen oder rund 76 Prozent den Grossteil der Ausgaben im Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung aus. Im Vergleich zum Vorjahr fallen die Ausgaben rund 20 Millionen (-0,7 %) tiefer aus. Rund drei Viertel der Differenz (14,8 Mio.) sind darauf zurückzuführen, dass die Kreditüberschreitung vom Vorjahr in der Höhe von 7,4 Millionen aufgrund einer unerwartet hohen Beteiligung an den freiwilligen Programmen (z.B. graslandbasierte Milch- und Fleischproduktion, Landschaftsqualität, Biodiversität) im Rechnungsjahr 2015 aufgefangen wird.

Die *übrigen Ausgaben*, die ausserhalb der Zahlungsrahmen gesteuert werden, setzen sich aus den Bereichen Verwaltung, Forschung, Beratung, Vollzug und Kontrolle zusammen. In diese Ausgabenkategorie fallen zudem die Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte «Schoggigesetz» (95,6 Mio.) sowie die Familienzulagen Landwirtschaft (66,3 Mio.). Die Mehrausgaben von 19,1 Millionen (+7,3 %) setzen sich vor allem aus der Aufstockung im Bereich «Schoggigesetz» in der Höhe von 25,6 Millionen, die im Rahmen des Nachtrags I von Parlament beschlossen wurde, sowie den Minderausgaben bei den Familienzulagen Landwirtschaft im Umfang von 5,2 Millionen zusammen. Letztere Ausgaben sind tiefer ausgefallen, da es aufgrund des Strukturwandels weniger Bezugsberechtigte gibt und die Bauernfamilien vermehrt nach dem Familienzulagengesetz (FamZG) abrechnen. Die restlichen Minderausgaben in der Höhe von rund 1,3 Millionen verteilen sich auf die zuvor genannten Bereiche der übrigen Ausgaben.

## 27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Die Ausgaben im Bereich Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit sind 2015 gegenüber dem Vorjahr um 6,0 Prozent (+210 Mio.) gewachsen. Der Bereich wies damit im bundesweiten Vergleich eine der höchsten Wachstumsraten auf. Der Anstieg entfiel hauptsächlich auf die Entwicklungszusammenarbeit.

### Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014	
				absolut	%
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>3 508</b>	<b>3 702</b>	<b>3 717</b>	<b>210</b>	<b>6,0</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	5,5	5,5	5,7		
Politische Beziehungen	766	735	730	-37	-4,8
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	2 491	2 667	2 732	241	9,7
Wirtschaftliche Beziehungen	251	301	256	6	2,2

#### Sinkende Ausgaben bei den politischen Beziehungen

Die wichtigste Ursache für den Rückgang der Ausgaben im Bereich der *politischen Beziehungen* (-4,8 %; -37 Mio.) war technischer Natur: Die Ausgaben für die beiden Genfer sicherheitspolitischen Zentren GICHD (Geneva International Centre for Humanitarian Deminig) und DCAF (Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces) können der APD-Quote angerechnet werden und wurden deshalb ab der Staatsrechnung 2015 dem Bereich der *Entwicklungshilfe* zugeordnet (-21 Mio.). Weitere massgebliche Einflussfaktoren waren Minderausgaben beim Personalaufwand (-7 Mio.) – hauptsächlich aufgrund der tieferen Anzahl Pensionierungen von Angehörigen besonderer Personalkategorien (Art. 33 Abs. 3 BPV alt) – sowie tiefere Beiträge an die UNO aufgrund der nicht linearen Zahlungsperioden für die Pflichtbeiträge an die friedenserhaltenden Operationen (-5 Mio.).

#### Ausbau der Entwicklungshilfe zur Erreichung der APD-Quote von 0,5 Prozent

Die Ausgaben für die *Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)* wuchsen gegenüber dem Vorjahr um 9,7 Prozent (+241 Mio.). Der Hauptgrund dafür war der vom Parlament vorgegebene Wachstumspfad zur Erreichung einer APD-Quote von 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Zum Anstieg beigetragen haben jedoch auch die im Jahr 2015 erstmals berücksichtigten Drittmittel (+54 Mio.), der Nachtragskredit zur Linderung der Krisen in Syrien/Irak und in Afrika (+31 Mio.) sowie die Integration der beiden Genfer Zentren GICHD und DCAF (+21 Mio., siehe oben). Der Zuwachs konzentrierte sich auf die technische

Zusammenarbeit und Finanzhilfe (+149 Mio.), die humanitäre Hilfe (+89 Mio.) und die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (+16 Mio.). Die Beiträge an multilaterale Organisationen waren hingegen rückläufig (-13 Mio.), hauptsächlich aufgrund des tieferen Beitrags an die Wiederauffüllung des Fonds der internationalen Entwicklungsorganisation (IDA).

#### Wachstum beim Erweiterungsbeitrag an die EU

Das Ausgabenwachstum von 2,2 Prozent (+6 Mio.) im Aufgabebereich *wirtschaftliche Beziehungen* ist hauptsächlich auf die steigenden Beiträge der Schweiz an die erweiterte EU zurückzuführen. Dabei waren die Beiträge der DEZA rückläufig (-30 Mio.) und dürften somit ihre Zahlungsspitze im Jahr 2014 erreicht haben. Die Beiträge des SECO waren 2015 hingegen noch im Steigen begriffen (+35 Mio.). Die Auszahlungen von DEZA und SECO lagen aufgrund von Projektverzögerungen gesamthaft um 37 Millionen unter den ursprünglich budgetierten Werten.

#### APD-Quote

Die öffentliche Entwicklungshilfe (*aide publique au développement*, kurz: APD) umfasst gemäss Definition der OECD alle Finanzströme an Entwicklungsländer und an multilaterale Entwicklungsorganisationen, die (i) aus dem öffentlichen Sektor stammen, (ii) vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen abzielen und (iii) zu Vorzugskonditionen gewährt werden. Die APD-Quote ist eine statistische Grösse, welche den Anteil der APD-Ausgaben eines Landes in Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) bezeichnet und oft für internationale Vergleiche verwendet wird.

## 28 Übrige Aufgabengebiete

In den sechs übrigen Aufgabengebieten haben die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 5,1 Prozent zugenommen (+318 Mio.). Hauptfaktor ist der Mehrertrag der CO<sub>2</sub>-Abgabe im Jahr 2015, der mehrheitlich rückerstattet wird und teils auch in die Förderung der Energieeffizienz (z.B. Gebäudeprogramm) fliesst. Ohne diese Ausgaben beträgt das Wachstum 1,9 Prozent.

### Übrige Aufgabengebiete

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
<b>Übrige Aufgabengebiete</b>	<b>6 187</b>	<b>6 804</b>	<b>6 505</b>	<b>318</b>	<b>5,1</b>
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,7	10,1	10,0		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 605	2 744	2 644	39	1,5
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1 023	1 119	1 046	23	2,2
Kultur und Freizeit	490	507	509	19	4,0
Gesundheit	226	234	227	1	0,3
Umwelt und Raumordnung	1 210	1 459	1 363	153	12,6
Wirtschaft	634	740	716	83	13,1

Die Ausgaben im Aufgabengebiet *institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* wachsen gegenüber der Staatsrechnung 2014 um 39 Millionen (+1,5 %). Davon entfällt knapp die Hälfte auf den Bereich Steuern und Abgaben, wo die Ausgaben für Personal (Steuerkontrolle, Amtshilfe) und Informatik zunahm. Mehrausgaben werden sodann in den Bereichen Bauten und Logistik (Zivile Bauten: Bundeszentren Asyl), Legislative (Informatik) und der Statistik (Volkszählung 2010) verzeichnet. In den übrigen Aufgaben (u.a. Departementsführung, Informatik, Finanzen, Personalmanagement) blieben die Ausgaben unverändert oder sind gesunken.

Nachdem die Ausgaben für *Ordnung und öffentliche Sicherheit* in der letzten Rechnung im Vorjahresvergleich gesunken sind (-30 Mio.), haben sie im Jahr 2015 wieder zugelegt (+23 Mio.). Gewachsen sind primär die Ausgaben für die Grenzkontrollen (v.a. GWK, Vorruhestandsregelung, Sicherheitsbeauftragte Luftverkehr) sowie für den Straf- und Massnahmenvollzug, wo zusätzliche Leistungen insbesondere im Bereich Geldwäschereibekämpfung, Staatsschutz oder Strafvollzugsanstalten zu Buche schlagen. Weitere Ausgabensteigerungen sind bei den Abgeltungen für die Arbeiten der amtlichen Vermessung an die Kantone sowie bei den Bundesgerichten im Personalbereich zu verzeichnen.

Im Aufgabengebiet *Kultur und Freizeit* nehmen die Ausgaben um 19 Millionen zu (+4 %). Wichtigster Treiber ist der Sport, für den gut 20 Millionen mehr ausgegeben wurden. Dieser Zuwachs kam zur Hauptsache den Veranstaltungen und der Kaderbildung von Jugend und Sport (J+S) zugute (+13 Mio.). Leicht grössere Ausgaben wurden sodann für die Förderung Nationaler Sportanlagen getätigt. Umgekehrt gab der Bund für die Kultur insgesamt 3 Millionen weniger aus als im Vorjahr: Ein Minderbedarf für Heimatschutz und Denkmalpflege in Höhe von 5 Millionen steht hier einem leichten Zuwachs in der Kulturförderung gegenüber (v.a. «Kultur und MEDIA»). Schliesslich wurde im Bereich Medienpolitik etwas mehr ausgegeben (v.a. Förderung neuer Rundfunktechnologien).

In der *Gesundheit* hat sich der Mittelbedarf gegenüber dem Vorjahr praktisch nicht geändert (+0,3 %): Minderausgaben von etwas mehr als 1 Million (Abschluss der Baubeiträge an das ERK Novaggio) werden von den Mehrausgaben für die Krankheitsbekämpfung und Prävention aufgewogen. Unverändert bleiben die Ausgaben für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit (rund 145 Mio.), nachdem diese im Vorjahr für verstärkte Überwachungsmaßnahmen im Zuge des revidierten Tierseuchengesetzes stärker angehoben wurden.

Für *Umwelt und Raumordnung* gab der Bund 153 Millionen mehr aus als im Vorjahr (+12,6 %). Der Anstieg erklärt sich im Wesentlichen mit der Rückverteilung der CO<sub>2</sub>-Abgabe, die – auf Basis der Ertragsprognose für das Jahr 2015 sowie der Rückerstattungskorrektur 2013 – die Ausgaben des Vorjahres um 142 Millionen übersteigt. Zudem nahm die Rückerstattung der VOC-Lenkungsabgabe im Zuge höherer Erträge zu (+6 Mio.). Mehrausgaben in Höhe von 12 Millionen wurden sodann für den Naturschutz (bedeutende Biotope, Artenförderung) geleistet sowie für Abwasser- und Abfallanlagen (+9 Mio.). Weniger Mittel wurden für den Schutz vor Naturgefahren, namentlich für Projekte der Waldwirtschaft beansprucht. Die Ausgaben für die Raumordnung entsprechen dem Vorjahreswert.

Im Aufgabengebiet *Wirtschaft* ist der Mehrbedarf von 83 Millionen massgeblich vom Bereich Energie bestimmt. Rund 70 Millionen des Ausgabenwachstums sind dem Gebäudeprogramm zuzurechnen, das im Zuge höherer Ertragsprognosen aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe mehr Mittel einsetzen konnte. Eine Zunahme von gut 10 Millionen geht sodann auf das Konto der Energiestrategie 2050. In den anderen zwei Aufgaben bewegen sich die Ausgaben nahe am Vorjahresniveau: Gut 4 Millionen mehr wurden im Bereich Wirtschaftsordnung eingesetzt, während die Ausgaben für Standortförderung und Regionalpolitik geringfügig sanken.

## 31 Personal

Im Vergleich zur Rechnung 2014 nimmt der Personalaufwand um insgesamt 41 Millionen zu (+0,8 %). Der Zuwachs ist hauptsächlich auf stellenseitige Aufstockungen, zum Teil im Rahmen von Internalisierungen, zurückzuführen.

## Personal

Mio CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014	
				absolut	%
<b>Personalaufwand</b>	<b>5 409</b>	<b>5 557</b>	<b>5 450</b>	<b>41</b>	<b>0,8</b>
<b>Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten</b>	<b>5 267</b>	<b>5 401</b>	<b>5 300</b>	<b>32</b>	<b>0,6</b>
<b>Legislative</b>	<b>75</b>	<b>78</b>	<b>76</b>	<b>1</b>	<b>0,7</b>
Entschädigungen für Parlamentarier	38	39	37	0	-1,1
Personalaufwand	37	38	38	1	2,4
Übriger Personalaufwand	–	–	–	–	–
<b>Judikative</b>	<b>143</b>	<b>150</b>	<b>146</b>	<b>3</b>	<b>2,2</b>
Bezüge Bundesrichter	41	41	41	0	1,0
Personalaufwand	101	107	104	3	3,1
Übriger Personalaufwand	2	2	1	0	-25,0
<b>Exekutive</b>	<b>4 896</b>	<b>4 948</b>	<b>4 977</b>	<b>82</b>	<b>1,7</b>
Bezüge BR und BK	4	4	4	0	0,0
Bezüge Kommissionen	1	1	1	0	0,0
Personalaufwand	4 758	4 790	4 841	82	1,7
Personalaufwand Lokalpersonal EDA	65	74	65	0	0,0
Übriger Personalaufwand	67	80	66	-1	-0,7
<b>Global- und Spezialkredite</b>	<b>98</b>	<b>154</b>	<b>42</b>	<b>-55</b>	<b>-56,7</b>
Globalkredite	–	38	–	–	–
Arbeitgeberbeiträge zentral	1	45	–	-1	-100,0
Arbeitgeberleistungen	97	70	42	-54	-56,3
<b>Umstrukturierungen</b>	<b>56</b>	<b>70</b>	<b>59</b>	<b>3</b>	<b>5,6</b>
Sozialplan	0	7	1	0	66,7
Vorruhestandsurlaub	55	64	58	3	5,2
<b>Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten</b>	<b>142</b>	<b>156</b>	<b>151</b>	<b>9</b>	<b>6,1</b>
Aufwand für befristet angestelltes Personal	142	156	151	9	6,1
<b>Personalausgaben</b>	<b>5 371</b>	<b>5 557</b>	<b>5 467</b>	<b>96</b>	<b>1,8</b>

## Hinweise:

- Globalkredite: beinhaltet Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen.
- Arbeitgeberbeiträge global: Diese Beträge werden vom EPA zentral eingestellt und nach der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert.
- Die Arbeitgeberleistungen umfassen: Arbeitgeberzusatzleistungen gemäss Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderem Dienstverhältnis (SR 510.24); Berufsunfall und Berufsinvalidität, Pensionskassenverpflichtungen, Altlasten PKB (Prozessrisiken), Überbrückungsrenten nach Art. 88f BPV, Art. 116c BPV sowie die Rentenleistungen an die Magistratspersonen und deren Hinterlassene, inkl. Lohnfortzahlungen und Arbeitgeberbeiträge.

Der Personalaufwand wird nachfolgend nach den drei staatlichen Gewalten gegliedert. Hinzu kommen die Global- und Spezialkredite, welche mehrheitlich zentral im Eidgenössischen Personalamt (EPA) budgetiert und bewirtschaftet werden.

## Legislative

Der Personalaufwand der Legislative blieb gegenüber dem Vorjahr praktisch stabil.

## Judikative

Der Personalaufwand der Judikative nahm gegenüber der Rechnung 2014 um 3 Millionen zu (2,2 %) und begründet sich mit Lohnmassnahmen und stellenseitigen Aufstockungen.

## Exekutive

Der Personalaufwand der Exekutive nimmt gegenüber der Rechnung 2014 um 82 Millionen (+1,7%) zu. Er verteilt sich zu ungefähr drei Viertel auf stellenseitige Erhöhungen und zu rund einem Viertel auf Lohnmassnahmen.

### Stellenbestand

Die stellenseitigen Aufstockungen in allen drei Gewalten infolge von Aufgabenerweiterungen und -intensivierungen, aber auch von Internalisierungen, führten gegenüber der Rechnung 2014 zu einer Zunahme des Personalaufwands in der Grössenordnung von gut 54 Millionen.

Der Bundesrat hatte mit dem Voranschlag 2015 insgesamt 450 zusätzliche Stellen beschlossen. Davon entfiel ein Drittel, 151 Vollzeitstellen (24 Mio.), auf Internalisierungen. Angestossen durch eine Prüfung der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle beschloss der Bundesrat, verschiedene bisher extern bezogene Dienstleistungen in Zukunft mit eigenem Personal zu erbringen. Die Internalisierungen erfolgten teils aus wirtschaftlichen Gründen (günstigere Leistungserstellung), teils aber auch zur Verringerung des Risikos (Sicherung des Knowhows). Gut 300 Stellen entfielen auf Aufgabenerweiterungen und -intensivierungen. Dazu gehörten namentlich eine Verstärkung der Steuerkontrollen und der Ressourcen für Amtshilfeverfahren (ESTV, SIF), Aufstockungen beim Grenzwachtkorps (EZV), der Abschluss neuer und die Pflege bestehender Freihandelsabkommen (EZV, SECO) und die Energiestrategie 2050 (BFE, SECO). Rund ein Drittel dieser Stellen wurde haushaltneutral über Mehreinnahmen oder eine Kompensation im Sachaufwand finanziert. Diesen Aufstockungen stehen Abnahmen im Umfang von rund 180 Stellen im EDA (grösstenteils aufgrund eines Abbaus beim Lokalpersonal) gegenüber. Der Wegfall von bis Ende 2014 befristeten Stellen führt zu einer weiteren Abnahme von rund 10 Millionen. Ferner konnten nicht alle bewilligten Stellen besetzt werden, was zu Vakanzen führte. Der Stellenbestand des Bundes nimmt gegenüber dem Vorjahr um 163 Vollzeiteinheiten zu und beträgt im Rechnungsjahr 2015 34 935 Einheiten.

In der Zunahme des Personalaufwands enthalten sind auch Mittel im Umfang von 10 Millionen für die im Vorjahr geschaffenen Stellen. Für neue Stellen wird im ersten Jahr in der Regel nur die Hälfte der Mittel gesprochen, weil diese in den meisten Fällen erst im Verlauf eines Jahres besetzt werden können. Ab dem zweiten Jahr werden die Stellen voll budgetiert.

### Global- und Spezialkredite

#### Globalkredite

Aus den zentral beim EPA eingestellten Krediten (berufliche Integration, Hochschulpraktikant/innen, Lernende und Lohnmassnahmen) wurden die Mittel bedarfsgerecht an die Verwaltungseinheiten abgetreten. Sie sind in deren Personalaufwand integriert.

### Arbeitgeberbeiträge zentral

Die in direktem Zusammenhang mit den Personalbezügen stehenden Arbeitgeberbeiträge wurden an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert.

### Arbeitgeberleistungen

Die Abnahme der Arbeitgeberleistungen im Umfang von 54 Millionen ist grösstenteils auf einen geringeren Vorsorgeaufwand für Magistratspersonen zurückzuführen (-38 Mio.). Ebenfalls einen Rückgang von 9 Millionen erfahren die zentral eingestellten Beiträge an Überbrückungsrenten. Dies weil einerseits weniger Personen in Pension gingen als angenommen, und andererseits weil die Kosten der Rücktritte wegen der Herabsetzung der Beteiligung des Arbeitgebers an der Überbrückungsrente auf den 1.8.2014 geringer ausfielen. Für vorzeitige Pensionierung beim EDA wurden 6 Millionen weniger als im Vorjahr aufgewendet.

### Umstrukturierungen

Die Nettozunahme im Umfang von gut 3 Millionen ist dem Vorruhestandsurlaub nach Artikel 34 BPV zuzuschreiben und betrifft fast ausschliesslich die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV).

### Personalaufwand zu Lasten von Sach- und Subventionskrediten

Der Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten nimmt um knapp 9 Millionen (inkl. Arbeitgeberbeiträge) zu. Trotzdem erfährt der Stellenbestand im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 18 Vollzeiteinheiten. Die Diskrepanz zwischen Aufwands- und Stellenentwicklung ergibt sich deshalb, weil beim EDA 56 Stellen (Friedensförderung und humanitäre Hilfe PVFMH) nicht mehr zum Stammpersonal gezählt werden und zudem ein stellenseitiger Aufbau im Umfang von 55 Stellen beim Nicht-Stammpersonal erfolgte.

### Personalausgaben versus Personalaufwand

Der Unterschied zwischen den Personalausgaben und dem Personalaufwand erklärt sich im Wesentlichen mit Veränderungen von Rückstellungen für Ruhegehälter sowie für Ferien- und Überzeitguthaben.

## 32 Investitionen

Eine stabile Investitionstätigkeit des Bundes ist eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherstellung der Aufgabenerfüllung in der Zukunft. Auf Ebene der Staatsrechnung lagen die Investitionen im Jahr 2015 mit fast 8 Milliarden um 162 Millionen über jenen des Vorjahres. Deutlichen Mehrausgaben für den öffentlichen Verkehr bzw. die Bahninfrastruktur standen Minderausgaben für den Strassenverkehr gegenüber.

### Investitionen in der Staatsrechnung

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014	
				absolut	%
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 819</b>	<b>8 609</b>	<b>7 981</b>	<b>162</b>	<b>2,1</b>
Öffentlicher Verkehr	3 533	3 876	3 782	249	7,0
Strassenverkehr	2 109	2 257	2 003	-106	-5,0
Übrige Investitionen	2 176	2 477	2 196	20	0,9

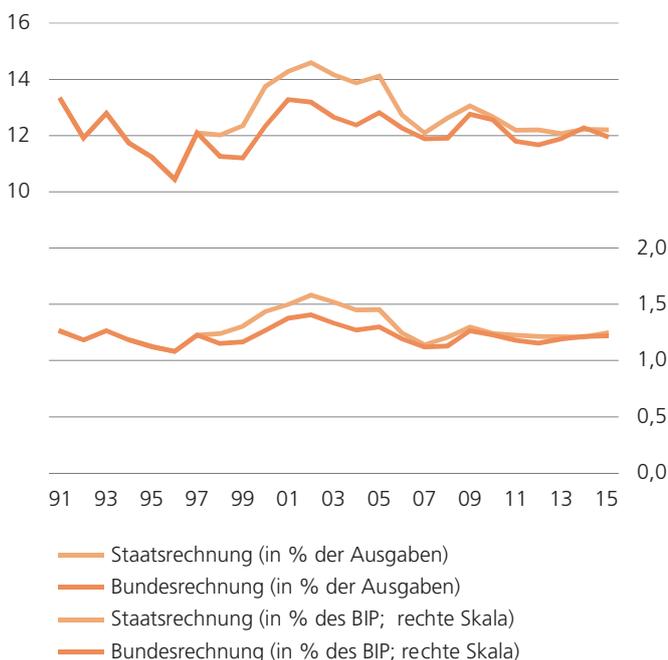
Das nachfolgende Kapitel vermittelt einen Gesamtüberblick über die Investitionstätigkeit des Bundes. Dafür wurden die Investitionsausgaben des Bundeshaushalts und der separat geführten Sonderrechnungen auf der Ebene der Staatsrechnung konsolidiert (vgl. Box weiter unten).

Der Bund tätigt gut 30 Prozent seiner Investitionsausgaben ausserhalb der Bundesrechnung über den FinöV- respektive den Infrastrukturfonds (Ebene Staatsrechnung). Diese Form der Finanzierung grosser Bauvorhaben hat zur Folge, dass die Investitionen auf der Ebene der Staatsrechnung teilweise starken

Schwankungen unterliegen. Dies verdeutlicht ein Blick auf die Entwicklung seit der Jahrhundertwende, als der Bau der NEAT insbesondere in den Jahren 2002–2006 mit Investitionsspitzen verbunden war (vgl. Grafik zur Entwicklung der Investitionsausgaben). Gleichzeitig blieb der Anteil der auf Ebene der Bundesrechnung getätigten Investitionen gemessen an den ordentlichen Bundesausgaben in etwa konstant. Die Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003 hat somit auch relativ betrachtet keine Schwächung der Investitionstätigkeit des Bundes zur Folge gehabt.

### Entwicklung der Investitionsausgaben

(bereinigt, in % der ordentlichen Ausgaben resp. des BIP)



Unter Einschluss der Sonderrechnungen (jeweils obere Linie) ergaben sich vorübergehend deutlich höhere Investitionen, mit einer Spitze um das Jahr 2001 für die grosse Eisenbahn-Alpentransversalen (FinöV-Fonds). Abgesehen davon entwickelten sich die Investitionsausgaben relativ stabil. Die Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003 führte somit zu keiner Verdrängung der Investitionen.

### Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur

Die Investitionstätigkeit des Bundes konzentriert sich schwerge-  
wichtig auf den Verkehrsbereich. Dessen Anteil lag 2015 wie in  
den Vorjahren bei gut 72 Prozent der Gesamtinvestitionen. Die  
beiden Verkehrsträger zeigten gegenläufige Entwicklungen.  
Während die Investitionen in den öffentlichen Verkehr gegen-  
über dem Vorjahr um 249 Millionen (7%) anstiegen, sanken die-  
jenigen für den Strassenverkehr um 106 Millionen (-5 %). Im  
Einzelnen ist dies auf folgende Ursachen zurückzuführen:

- Der Anstieg im öffentlichen Verkehr liegt hauptsächlich an  
höheren Projektentnahmen aus dem FinÖV-Fonds. Insbeson-  
dere das Eisenbahngrossprojekt ZEB beanspruchte deutlich  
mehr Mittel als im Vorjahr (+165 Mio.), bedingt u.a. durch den  
Beginn der Bauarbeiten am Eppenbergtunnel (Ausbau  
Olten-Aarau). Daneben lagen auch die Ausgaben für die NEAT  
(+51 Mio.) und die HGV-Anschlüsse (+29 Mio.) höher als 2014.  
Die Ausgaben des Infrastrukturfonds für Schieneninfrastruk-  
turen der Agglomerationen gingen im Jahresvergleich um  
79 Millionen zurück. Für den Substanzerhalt der Bahninfra-  
struktur, welche aus dem ordentlichen Bundeshaushalt finan-  
ziert werden, wurden demgegenüber 74 Millionen mehr auf-  
gewendet als 2014.
- Der Rückgang der Investitionen im Strassenverkehr von  
106 Millionen ist in erster Linie auf den Nationalstrassenbe-  
reich zurückzuführen. Die Minderausgaben in der Bundes-  
rechnung (-56 Mio.) resultieren einerseits aus einem tieferen  
budgetierten Wert für 2015. Andererseits war der Vorjahres-  
wert infolge Auflösung von Abgrenzungen aus dem Jahr 2013  
zusätzlich erhöht. Bei den aus dem Infrastrukturfonds

finanzierten Aufgaben der Netzfertigstellung und der Eng-  
passbeseitigung konnten demgegenüber die eingeplanten  
Mittel aufgrund von Projektverzögerungen nicht vollständig  
verwendet werden (-46 Mio.).

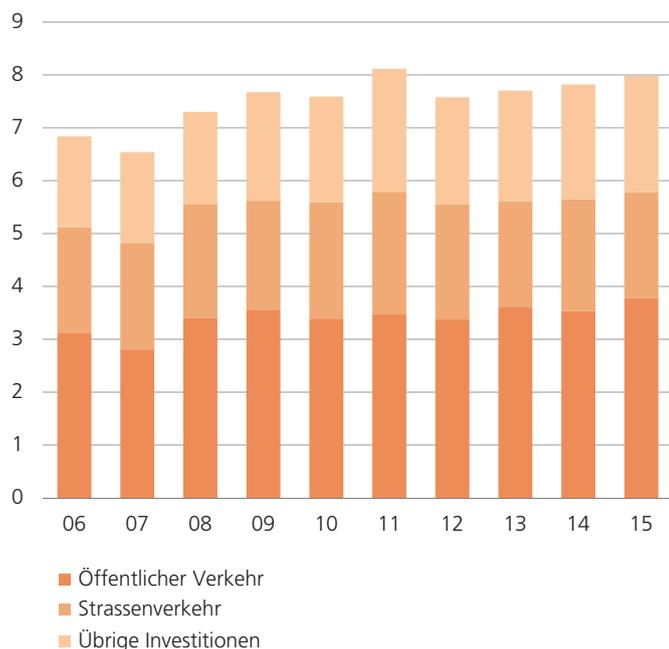
### Übrige Investitionen

In den übrigen Aufgabengebieten stiegen die Investitions-  
ausgaben im Jahresvergleich um 20 Millionen. Das grösste  
Wachstum verzeichnete das Aufgabengebiet Wirtschaft  
(+70 Mio.) für das Gebäudesanierungsprogramm. Eine Zunah-  
me der Investitionen war auch im Bereich der Beziehungen zum  
Ausland – Internationale Zusammenarbeit festzustellen  
(+29 Mio.). Ebenfalls gestiegen sind die Ausgaben im  
Umweltbereich (+15 Mio.) sowie im Bereich der institutionellen  
und finanziellen Voraussetzungen (+7 Mio.). Demgegenüber

### Investitionen – Begriff und Abgrenzung

Der Investitionsbegriff kann je nach Fragestellung unterschiedlich defi-  
niert werden. Während eine am Finanzhaushaltsrecht ausgerichtete  
Definition die Schaffung von Vermögenswerten zur Erfüllung von Verwal-  
tungszwecken ins Zentrum rückt, umfasst eine volkswirtschaftliche Sicht-  
weise auch Investitionen, die sich nicht ausschliesslich an der Beschaffung  
von Sachwerten orientiert (bspw. Investitionen in Humankapital). Wäh-  
rend eine solche Definition in Bezug auf die wachstumsfördernden Effekte  
von Investitionen wichtige Erkenntnisse liefert, ergeben sich damit  
zahlreiche Abgrenzungsprobleme, die im Rahmen der Finanzbericht-  
erstattung nicht gelöst werden können. Daher beschränkt sich der hier  
angewandte Begriff auf das Finanzhaushaltsrecht und somit auf Investi-  
tionen gemäss Investitionsrechnung.

Investitionen nach Aufgabengebieten in Mrd.



*In den letzten Jahren haben ins-  
besondere die übrigen Investitio-  
nen und jene in den öffentlichen  
Verkehr zugenommen. Die Invest-  
itionen in den Strassenverkehr  
blieben weitgehend stabil.*

sind die Investitionsausgaben im Bereich Bildung und Forschung um 74 Millionen gesunken. Einen Rückgang verzeichneten auch die Landwirtschaft (-24 Mio.) sowie die soziale Wohlfahrt (-10 Mio.).

Ein Blick auf die Entwicklung der Investitionsausgaben (vgl. Grafik zu den Investitionen nach Aufgabengebieten) zeigt, dass die Investitionen des Bundes auch 2015 gewachsen sind. Seit 2006 betrug ihr Wachstum jährlich durchschnittlich 1,7 Prozent. Profitiert von dieser Entwicklung haben namentlich die Aufgabengebiete ausserhalb des Verkehrsbereichs (+2,8 % resp. +476 Mio.) Im Aufgabengebiet Verkehr wuchs der öffentliche Verkehr jährlich um 2,2 Prozent, der Strassenverkehr hingegen blieb stabil. 2015 belief sich der Anteil des öffentlichen Verkehrs an den Gesamtinvestitionen des Bundes auf 47,4 Prozent, jener des Strassenverkehrs auf 25,1 Prozent. Der Anteil der übrigen Aufgabengebiete lag bei 27,5 Prozent.

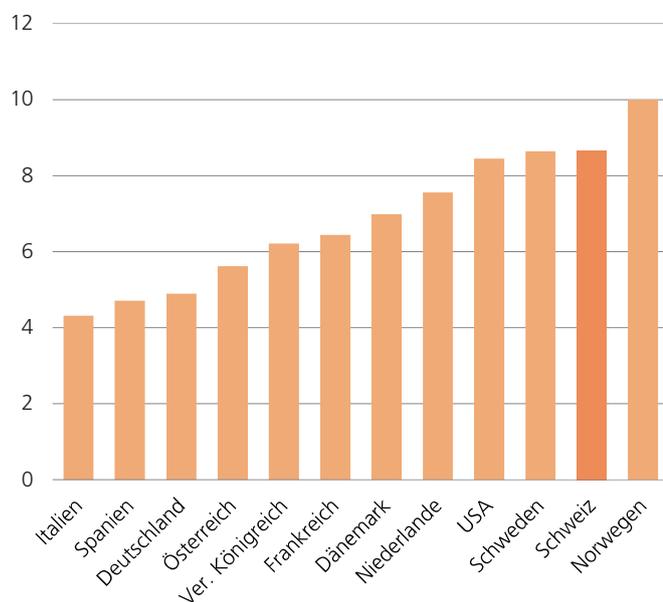
### Unterschiede zwischen Bundesrechnung und Staatsrechnung

Die Bundesrechnung vermittelt kein vollständiges Bild über die Investitionen des Bundes. Neben den direkten Ausgaben aus der Bundesrechnung tätigt der Bund auch Investitionen über die Sonderrechnungen (vgl. Band 4). Dabei handelt es sich um vom Parlament zu genehmigende Rechnungen, welche ausserhalb des Geltungsbereichs der Schuldenbremse geführt werden.

Über zwei dieser Sonderrechnungen, den Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FinöV-Fonds) und den Infrastrukturfonds (IF), tätigt der Bund einen massgeblichen Teil seiner Investitionen. In der Bundesrechnung werden diese Ausgaben nur im Umfang der Einlagen in diese Fonds erfasst.

In der Sicht der Staatsrechnung werden die Investitionsausgaben der Bundesrechnung um jene der Sonderrechnungen ergänzt. Um Doppelzählungen zu vermeiden, wird die Bundesrechnung dabei um die Einlagen in die Fonds bereinigt.

**Investitionsanteile ausgewählter Staaten 2014**  
in % der Ausgaben



*Im internationalen Vergleich (Stand 2014 gemäss OECD) weist die Schweiz einen hohen Investitionsanteil aus. Dabei ist zu beachten, dass gemäss dem Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG) seit 2014 auch Ausgaben für Forschungs- und Entwicklung sowie für Rüstungsgüter als Investitionen erfasst werden.*

### 33 Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Im IKT-Bereich sanken die Aufwände und die Investitionsausgaben um je 5 Millionen. Zwar nahm der Personalaufwand infolge Internalisierung von externen Mitarbeitenden zu. Gleichzeitig gingen aber der Sach- und Betriebsaufwand sowie die Abschreibungen stärker zurück. Bei den Investitionen sanken die Ausgaben für Software.

#### Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
<b>Erfolgsrechnung</b>					
<b>Ertrag</b>	<b>56</b>	<b>56</b>	<b>51</b>	<b>-5</b>	<b>-7,8</b>
Ertrag aus Informatikleistungen	38	38	36	-2	-5,0
Übriger Ertrag	18	18	15	-3	-13,9
<b>Aufwand</b>	<b>1 134</b>	<b>1 266</b>	<b>1 129</b>	<b>-6</b>	<b>-0,5</b>
Personalaufwand (nur Leistungserbringer und ISB)	379	390	393	14	3,7
Sach- und Betriebsaufwand	649	753	640	-9	-1,4
Hardware Informatik	31	40	35	4	13,7
Software	39	54	33	-6	-13,4
Informatik Betrieb/Wartung	127	153	130	3	2,3
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	244	290	237	-7	-2,9
Telekommunikation	50	50	52	2	3,4
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer und ISB)	158	166	153	-5	-3,5
Abschreibungen	106	123	96	-10	-9,9
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>78</b>	<b>97</b>	<b>73</b>	<b>-5</b>	<b>-7,4</b>
Investitionen Informatiksysteme	34	58	45	11	30,8
Investitionen Software	44	40	27	-17	-37,9
Übrige Investitionen (nur Leistungserbringer und ISB)	0	0	1	1	115,4
<b>Ausgaben</b>	<b>973</b>	<b>1 098</b>	<b>972</b>	<b>-1</b>	<b>-0,1</b>
Finanzierungswirksamer Aufwand	894	1 001	899	5	0,6
Investitionsausgaben	78	97	73	-5	-7,4

Der *Ertrag aus Informatikleistungen* sank gegenüber dem Vorjahr um 2 Millionen, insbesondere weil die Nachfrage nach Dienstleistungen für Drittmittelprojekte beim ISC-EJPD abnahm. Der *übrige Ertrag* verringerte sich um 3 Millionen, da im ISC-EJPD weniger Eigenleistungen als Vermögenswert in die Bilanz aufgenommen werden konnten.

Der Rückgang des *Aufwands* um 5 Millionen ist auf gegenläufige Ursachen zurückzuführen:

Der *Personalaufwand* stieg hauptsächlich infolge von Internalisierungen von externen Mitarbeitenden (+14 Mio.). Zwei Drittel dieses Anstiegs (+9,2 Mio.) entstand beim BIT. Dabei handelt es sich vor allem um die Besetzung von Schlüsselstellen im Projektmanagement und in neuen Technologiebereichen. Die Zunahme im ISC-EJPD (+2,5 Mio.) beruht hauptsächlich auf die Internalisierung der Fachanwendung ZEMIS (Zentrales Migrations-system des SEM). Der Mehraufwand bei der Führungsunter-

stützungsbasis FUB (+1,6 Mio.) ist zum grössten Teil durch die Erhöhung der Sparbeiträge (2. Säule) durch den Arbeitgeber per 1.1.2015 begründet.

Im *Sach- und Betriebsaufwand* resultierte im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 9 Millionen:

- Für den Zuwachs der *Hardware Informatik* (+4 Mio.) ist massgeblich der Ersatz von Arbeitsplatzsystemen im VBS (+3 Mio.) und EDA (+1 Mio.) sowie die Erweiterung der persönlichen IKT-Ausrüstung für die Ratsmitglieder und Infrastrukturarbeiten für das neue Data Center der Bundesversammlung (+1 Mio.) verantwortlich. Dieser Zunahme stand ein Minderaufwand bei der FUB von 1,7 Millionen gegenüber. Neu werden die Drucker geleast statt gekauft.
- Der Minderaufwand für *Software* von 6 Millionen ist in erster Linie auf geringere Nachlizenzierungen beim BIT begründet.

- Der Mehraufwand für *Informatik Betrieb/Wartung* von 3 Millionen ist mehrheitlich auf eine grössere Anzahl vom BIT betriebener Fachanwendungen zurückzuführen.
- Im Bereich *Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen* führten gegenläufige Entwicklungen zu Minderaufwänden von 7 Millionen. Einerseits erhöhten sich die Aufwände in der FUB um 10 Millionen für neue Anforderungen im SAP-Bereich (nach Ausscheidung von IT-Mittel im Beschaffungskredit für Ersatzmaterial und Instandhaltung, EIB), für den Rollout neuer Arbeitsplatzsysteme sowie aufgrund neuer Anforderungen an die Weiterentwicklung von SAP Anwendungen. Die Aufwendungen der Bundesversammlung erhöhten sich um 3 Millionen, damit die neu gewählten Ratsmitglieder optimal mit IKT unterstützt werden konnten. Für die Erneuerung der SAP-Landschaft fielen die Aufwände bei der EFV um 2 Millionen höher aus. Zeitliche Abgrenzungen bereits bezogener Leistungen, die erst in einer späteren Rechnungsperiode bezahlt werden, erhöhten die Aufwendungen im ASTRA um 2 Millionen. Andererseits verringerten sich die Aufwände aufgrund von Internalisierungen externer Mitarbeitenden und von Projektverzögerungen beim BIT (-13 Mio.), beim ISC-EJPD (-6 Mio.) und bei der IT EDA (-5 Mio.).
- Der *übrige Sach- und Betriebsaufwand* sank um 5 Millionen. Dies fusst grösstenteils auf dem geringeren Mietaufwand der FUB. Nicht mehr benötigte Anlagen konnten an armassuisse Immobilien zurückgegeben werden.

### Steuerung im IKT-Bereich

In der Bundesinformatik besteht eine Trennung zwischen Leistungserbringern (LE) und Leistungsbezügern (LB). Das ermöglicht eine bessere Zuordnung der Verantwortung und die Schaffung einer Auftraggeber- und Auftragnehmerbeziehung.

Die Leistungserbringer (LE) – BIT, Informatikdienstleistungszentren des EDA, EJPD, WBF und FUB – erbringen als Service-Center Leistungen insbesondere gegenüber den Dienststellen der zentralen Bundesverwaltung und verrechnen sämtliche bundesinternen Leistungen kreditwirksam auf der Basis einer Planvollkostenrechnung. Die Leistungsverrechnung (LV) beläuft sich 2015 auf 523 Millionen. Daneben erbringen das BIT (35 Mio.) und das ISC-EJPD (1 Mio.) in geringem Umfang auch Leistungen ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung (z.B. für den ALV-Fonds, Swissmedic, den AHV-Fonds, das PSI, die EAV, Strafverfolgungsbehörden und Kantone). Diese Leistungen werden finanzierungswirksam entschädigt. Das ISC-EJPD erbringt zudem Aufgaben in Zusammenhang mit der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Die IKT-LE werden seit dem 1.1.2007 mit Ausnahme der FUB als FLAG-Ämter mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt.

Die für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel (Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen sowie Investitionsausgaben) werden bei den LE eingestellt. Durch die Leistungserbringung erwirtschaften diese Erträge: finanzierungswirksam von den externen Bezüchern, LV von den bundesinternen Bezüchern. Dem LV-Ertrag der LE stehen LV-Aufwände der verschiedenen LB (Dienststellen) gegenüber.

Die *Abschreibungen* (-10 Mio.) reduzierten sich gegenüber der Rechnung 2014 hauptsächlich beim Staatssekretariat für Migration da Abschreibungen auf Fachanwendungen wegfielen und sich Software-Eigenentwicklungen verzögerten.

Die *Investitionsausgaben* sanken um 5 Millionen: Zum einen stiegen die Ausgaben für Informatiksysteme beim BIT um 11 Millionen für die Einführung der Cloud und für die Beschaffung zusätzlicher Hardware für Fachanwendungen. Zum anderen sanken die Ausgaben für Software beim ASTRA (-11 Mio.) in erster Linie aufgrund des Abschlusses des Projekts INA (Integrierte Applikationen Verkehrsmanagement) sowie tieferen Aufwendungen für das Projekt IVZ (Informationssystem Verkehrszulassung) und das Data Warehouse. Zudem verringerten sich beim ISC-EJPD die Investitionsausgaben (-5 Mio.) für das Projekt ISS2 (Ablösung der Fernmeldeüberwachungssoftware) mit der Aufnahme der Einführungsphase im 2015 sowie für Relizenzierungen von Software (z.B. Prognosis, Oracle).

### Stabile IKT-Ausgaben

Im Vergleich zur Vorperiode nahmen die Ausgaben um 1 Million oder 0,1 Prozent ab. Sie setzen sich zusammen aus einem leicht steigenden, finanzierungswirksamen Aufwand (899 Mio.) und leicht tieferen Investitionsausgaben (73 Mio.).

Gemessen am für die Leistungserbringung benötigten Aufwand ist das BIT mit 423 Millionen der grösste IKT-LE. Es folgen FUB (352 Mio.), ISC-EJPD (91 Mio.) und Informatik EDA (49 Mio.). Kleinster Leistungserbringer ist das ISCEco des WBF (26 Mio.).

Die Leistungsbezüger (LB) können ihre IKT-Leistungen bei bundesinternen LE oder – im Einverständnis mit ihrem Departement – bei externen LE beziehen. Die LB budgetieren die für den Bezug von IKT-Leistungen notwendigen Mittel finanzierungswirksam für extern bezogene Leistungen und als LV-Mittel für bundesintern bezogene Leistungen. Bei den finanzierungswirksamen Mitteln der Leistungsbezüger handelt es sich insbesondere um Aufwand und Ausgaben für den Kauf bzw. die Entwicklung von amtspezifischen Fachanwendungen und deren Betrieb.

Die Leistungsverrechnung zwischen IKT-LE (LV-Ertrag) und LB (LV-Aufwand) wird nicht ausgewiesen, da den LV-Aufwänden der LB finanzierungswirksame Aufwände bei den LE gegenüberstehen und diese Aufwände sonst doppelt enthalten wären.

Folgende IKT-Kredite werden zentral eingestellt und gesteuert:

- Bund: zentral budgetierte und durch den Bundesrat oder das Informatiksteuerungsorgan Bund (ISB) im Sinne einer strategischen Steuerung freizugebende Mittel (beim ISB: Informatikreserve Bund, zentrale IKT-Mittel und Investitionsmittel für IKT-Standarddienste).
- Departemente: Informatikreserven und Mittel für Projekte, bei denen der Entscheid betreffend einer externen oder internen Leistungserbringung noch nicht gefallen ist.

## 34 Beratung und Auftragsforschung

Im Jahr 2015 hat der Bund 234 Millionen für Beratung und Auftragsforschung aufgewendet, 6 Millionen weniger als im Vorjahr. Am meisten aufgewendet wurde in den Aufgabengebieten Energie, Umwelt, Verkehr, Gesundheit und Verteidigung. Der Voranschlag wurde um 61 Millionen oder 21 Prozent unterschritten.

### Beratung und Auftragsforschung

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
<b>Aufwand für Beratung und Auftragsforschung</b>	<b>240</b>	<b>295</b>	<b>234</b>	<b>-6</b>	<b>-2,5</b>
Allgemeiner Beratungsaufwand	151	210	154	3	2,2
Allgemeiner Beratungsaufwand Unselbständige	18	3	8	-10	-54,1
Kommissionen	11	8	11	0	1,5
Auftragsforschung	59	73	60	1	0,9
<b>Ausgaben für Beratung und Auftragsforschung</b>	<b>241</b>	<b>295</b>	<b>234</b>	<b>-7</b>	<b>-3,0</b>

Die grössten Aufwände für Beratung und Auftragsforschung wurden im Jahr 2015 bei folgenden Verwaltungseinheiten verbucht: Bundesamt für Energie (60 Mio.; v.a EnergieSchweiz), Bundesamt für Umwelt (28 Mio.; Vollzug, Umweltforschung), Bundesamt für Gesundheit (18 Mio.; Politikvorbereitung, Umsetzung gesundheitspolitische Projekte), Bundesamt für Strassen (15 Mio.; Forschung und Studien Tiefbau), Verteidigung (11 Mio.; Studien Logistik, Führung und Führungsunterstützung), Kommission für Technologie und Innovation (8 Mio.). Rund 60 Prozent des gesamten Beratungsaufwandes entfallen auf diese sechs Einheiten (140 Mio.)

Bei den meisten Verwaltungseinheiten sind die Abweichungen zum Aufwand für Beratung und Auftragsforschung des Vorjahres relativ klein: Die grössten Mehraufwände verzeichnen die Verteidigung (+3 Mio.) sowie das Bundesamt für Energie und die Kommission für Technologie und Innovation mit je 2 Millionen. Rückläufig war der Aufwand insbesondere beim Bundesamt für Strassen (-1,7 Mio.), bei Swisstopo (-1,6 Mio.) sowie beim Staatssekretariat für Wirtschaft (-1 Mio.). Den grössten Rückgang verzeichnet das Staatssekretariat für Migration (-10 Mio.), wegen einer Änderung der Verbuchungspraxis: Seit 2015 wird der Aufwand für Dolmetscherinnen und Dolmetscher beim SEM nicht mehr unter Beratung und Auftragsforschung verbucht, sondern unter den externen Dienstleistungen.

Insgesamt liegt die Rechnung 61 Millionen unter dem Voranschlag (21 %). Die grössten Unterschreitungen mit je knapp 9 Millionen finden sich in der Verteidigung, beim Bundesamt für Energie und beim Bundesamt für Strassen. Auch das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (6 Mio.) und das

Generalsekretariat VBS (3 Mio.) lagen deutlich unter Budget. Die Budgetunterschreitungen sind mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren: Stehen sie in Zusammenhang mit Verzichtsmassnahmen und Umpriorisierungen, führt dies zu Kreditresten auf der Ebene des jeweiligen Voranschlagskredits; werden indes Mittel innerhalb des Voranschlagskredits (z.B. Globalbudget) für andere Zwecke eingesetzt, so ergibt sich im jeweiligen Voranschlagskredit ein tieferer oder kein Kreditrest.

Mehr als budgetiert wendeten namentlich das Staatssekretariat für Migration (4 Mio., für Anhörungspersonal im Stundenlohn) und das Bundesamt für Kommunikation (1,3 Mio., Lancierung der Top Level Domain «.swiss») auf.

### Abgrenzung der Beratung und Auftragsforschung

Unter Beratung und Auftragsforschung fallen Dienstleistungen,

- *deren Empfänger der Bund ist:* Zur Beratung zählen somit Gutachten, Expertisen, Auftragsforschung sowie fachliche Beratung in Fragen der Politikgestaltung, der Kommunikation oder der Führung, nicht jedoch Subventionen, die über einen Dienstleistungsvertrag ausbezahlt werden (z.B. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit);
- *die einen Beitrag an die Optimierung der Aufgabenerfüllung des Bundes leisten* (Erweiterung der Wissensbasis, Neugestaltung von Prozessen und Organisationen, Unterstützung bei der Durchführung von Programmen, etc.).

Nicht zur Beratung zählen externe Dienstleistungen, bei denen die Aufgabenerfüllung an Dritte übertragen wird (z.B. Übersetzungen, Durchführung von Kampagnen, externe Revisionen).

## 35 Öffentlichkeitsarbeit

Die Departemente und die Bundeskanzlei haben 2015 insgesamt 81,2 Millionen für die Öffentlichkeitsarbeit aufgewendet. Der Aufwand für das Personal nahm um 1,2 Prozent zu. Auf Vollzeitstellen umgerechnet sind beim Bund 309 Personen mit Informationsaufgaben betraut. Die Sachkosten nahmen leicht um 0,3 Prozent zu.

### Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern

Mio. CHF	Rechnung	Rechnung	Differenz zu R 2014	
	2014	2015	absolut	%
<b>Total Kosten</b>	<b>80,4</b>	<b>81,2</b>	<b>0,7</b>	<b>0,9</b>
Presse- und Informationsarbeit	28,7	29,8	0,9	3,1
Direktinformation	39,7	39,2	-0,5	-1,4
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	11,8	12,2	0,4	3,3

Gegenüber 2014 stieg der Aufwand des Bundes für Belange der Öffentlichkeitsarbeit um 0,9 Prozent an. Der Anteil der Kosten für Öffentlichkeitsarbeit am gesamten Aufwand des Bundes beträgt unverändert 0,12 Prozent. Die Personal- und Sachkosten für Aktivitäten, welche der Öffentlichkeitsarbeit zuzuordnen sind, erfassen Aufwendungen für Direktinformationen (Printprodukte, Internetauftritte, Veranstaltungen, Bürgerkontakte etc.), für die Presse- und Informationsarbeit sowie für Informationskampagnen und Abstimmungsinformationen.

### Verwendungszweck

Von den Gesamtkosten 2015 entfallen 29,8 Millionen (36,7 %) auf den Bereich *Presse- und Informationsarbeit*, 39,2 Millionen (48,3 %) auf Kosten für *Direktinformation* sowie 12,2 Millionen (15 %) auf *Kampagnen und Abstimmungsinformationen*. Die Aufwände für die Presse- und Informationsarbeit sowie für Kampagnen und Abstimmungsinformationen stiegen im Vorjahresvergleich leicht an, die Aufwände für die Direktinformation sanken.

### Aufwandarten

Die *Personalkosten* betragen 2015 insgesamt 54,1 Millionen; dies entspricht 309 Vollzeitstellen (Vorjahr: 308). Der Aufwand für das Personal nahm gegenüber dem Vorjahr um rund 0,6 Millionen oder 1,2 Prozent zu. Die Personalkosten machten 2015 knapp 67 Prozent der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit aus. Die *Sachkosten* nahmen leicht um 0,3 Prozent zu (+0,1 Mio.). Der jeweilige Anteil von Personal- und Sachaufwand am Total blieb somit im Vergleich zum Vorjahr stabil.

### Aktivitäten der Departemente

Der Aufwand der *Bundeskanzlei* für die Öffentlichkeitsarbeit ist 2015 um 1,5 Prozent auf 8,3 Millionen gesunken. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Bereich Kampagnen und Abstimmungsinformationen Personal- und Sachkosten eingespart wurden, da im 2015 nur zwei statt wie üblich vier Abstimmungen stattfanden (rund 0,2 Mio. gegenüber rund 0,4 Mio. im 2014). Ein Teil dieser Kosteneinsparung wurde durch Mehraufwände

### Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Tätigkeitsfeldern und Organisationseinheiten

Mio. CHF	Total	BK	EDA	EDI	EJPD	VBS
	Rechnung 2015					
<b>Total</b>	<b>81,2</b>	<b>8,3</b>	<b>7,7</b>	<b>14,2</b>	<b>4,4</b>	<b>13,2</b>
Presse- und Informationsarbeit	29,8	4,6	2,2	3,7	2,9	4,7
Direktinformation	39,2	3,3	5,5	3,8	1,5	8,5
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	12,2	0,4	–	6,7	–	0,1

Fortsetzung Mio. CHF	EFD	WBF	UVEK	EAV	IF
	<b>Total</b>	<b>10,2</b>	<b>10,6</b>	<b>11,6</b>	<b>0,7</b>
Presse- und Informationsarbeit	3,0	4,0	4,7	0,2	–
Direktinformation	6,0	5,0	4,7	0,5	0,4
Kampagnen und Abstimmungsinformationen	1,2	1,6	2,1	–	–

EAV = Eidg. Alkoholverwaltung; IF = Infrastrukturfonds

### Kosten der Öffentlichkeitsarbeit nach Organisationseinheiten mit Vorjahresvergleich

Mio. CHF	Total Rechnung 2014		Total Rechnung 2015		Differenz zu 2014	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
<b>Total</b>	<b>80,4</b>	<b>100,0</b>	<b>81,2</b>	<b>100,0</b>	<b>0,7</b>	<b>0,9</b>
BK	8,4	10,5	8,3	10,2	-0,1	-1,5
EDA	7,3	9,1	7,7	9,4	0,4	5,1
EDI	15,1	18,8	14,2	17,5	-0,9	-6,2
EJPD	4,7	5,9	4,4	5,4	-0,4	-7,6
VBS	12,9	16,1	13,2	16,3	0,3	2,3
EFD	10,6	13,2	10,2	12,6	-0,4	-3,6
WBF	10,4	12,9	10,6	13,0	0,2	1,7
UVEK	9,9	12,3	11,6	14,2	1,7	16,9
EAV	0,6	0,8	0,7	0,8	0,0	4,3
IF	0,4	0,5	0,4	0,5	0,0	0,8

EAV = Eidg. Alkoholverwaltung; IF = Infrastrukturfonds

für die Wahlen 2015 und die im Rechnungsjahr erfolgte WTO-Ausschreibung der Nachbefragungen zu eidgenössischen Abstimmungen wieder ausgeglichen. Bedeutendster Einzelposten bleibt der Betrag an die Leistungen der SDA (rund 3,1 Mio.).

Im EDA belief sich der Kommunikationsaufwand auf insgesamt 7,7 Millionen (+0,4 Mio. bzw. +5,1 %). Davon entfallen 4,8 Millionen (62,4 %) auf den Personalaufwand und 2,9 Millionen (37,6%) auf den Sachaufwand. Der Anstieg des Aufwands im Vergleich zum Vorjahr ist in erster Linie auf die technische und inhaltliche Überarbeitung des Internetauftritts des Departements zurückzuführen; es handelt sich hauptsächlich um höhere Sachkosten.

Im EDI sank der Aufwand um 0,9 Millionen (-6,2 %) auf 14,2 Millionen. Zwar stiegen die Personalkosten, doch war der Rückgang bei den Sachkosten deutlich stärker. Am Bedeutendsten war der Aufwand für Kampagnen des BAG (sexuell übertragbare Krankheiten, Transplantationsgesetz, Alkoholprävention, Masernelimination) und des BSV (Jugendschutzprogramme «Jugend und Medien» bzw. «Jugend und Gewalt» und «Nationales Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut»).

Das EJPD verzeichnete um 0,4 Millionen (-7,6 %) tiefere Aufwände als im Vorjahr. Die Personalkosten machen über 90 Prozent der gesamten Kosten aus. Über zwei Drittel davon entfallen auf die Medien- und Informationsarbeit. Insbesondere erfolgte die Reduktion der Kosten durch einen Stellenabbau im SEM und weil im Berichtsjahr keine Abstimmungen im Themenbereich Migration stattgefunden haben. Wegen der Flüchtlingskrise nahmen jedoch die Medien- und Bürgeranfragen deutlich zu. Der Fokus musste auf die Medienarbeit gerichtet werden und wegen des Personalabbaus wurden Projekte der Öffentlichkeitsarbeit in der zweiten Jahreshälfte zurückgestellt.

Im VBS stiegen die Kosten für die Kommunikation um 0,3 Millionen (+2,3 %) auf 13,2 Millionen. Diese Veränderung geht auf die Personalkosten zurück, die gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Millionen zunahmen und einem Anteil von rund drei Vierteln an den

Gesamtkosten entsprechen. Die Sachkosten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 5,2 Prozent. Diese Einsparung ergibt sich hauptsächlich durch die Minderausgaben seitens des Bundesamts für Landestopografie swisstopo, wo Drucksachen, Geoscience und die Markteinführung OPTINA wegfielen.

Die Gesamtkosten für die Öffentlichkeitsarbeit beliefen sich im EFD im Jahr 2015 auf 10,2 Millionen (-3,6 %). Diese Kosten setzen sich zusammen aus Personalkosten im Umfang von 7,9 Millionen (-5,7 %) und aus Sachkosten in Höhe von 2,3 Millionen (+4,4 %). Die mit Information und Öffentlichkeitsarbeit betrauten Stellen im EFD waren 2015 wiederum mit mehreren Volksinitiativen beschäftigt («Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen»; «Energie- statt Mehrwertsteuer»; «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV»).

Im WBF stieg der Aufwand für die Öffentlichkeitsarbeit leicht um 0,2 Millionen (+1,7 %). Das geht namentlich auf Mehrausgaben im SBFI von 0,2 Millionen und im SECO von 0,15 Millionen zurück. Im SBFI wurde die Kampagne «berufsbildungsplus.ch» erneuert, im SECO der Web-Auftritt. Die deutlichste Kostenreduktion verbucht das BLW mit einem Rückgang von 0,17 Millionen. Die Gesamtkosten im WBF belaufen sich auf 10,6 Millionen. Damit ist das WBF wieder auf dem Niveau von 2013.

Im UVEK stiegen die Kommunikationskosten 2015 an, um 1,7 Millionen (+16,9 %) auf 11,6 Millionen. Diese Zunahme ist vor allem auf einen Sonderfaktor zurückzuführen: Das BAKOM lancierte die Kampagne für die Einführung der Internetdomain «swiss» und vergab nach einer öffentlichen Ausschreibung ein Mandat an ein externes Unternehmen. 2015 wurden im Rahmen dieser Kampagne 1,4 Millionen ausgegeben.

Die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit des Infrastrukturfonds nahmen 2015 um 0,8 Prozent leicht zu. Bei der EAV ging der Personalaufwand leicht zurück (-0,6 %), die Sachkosten stiegen auf 0,12 Millionen (+32 %), was auf die Produktion von Drucksachen betreffend der Totalrevision des Alkoholgesetzes zurückgeht.

36 Bundestresorerie

Aufgrund der unerwartet hohen Liquidität waren die Mittelaufnahmen am Geld- und Kapitalmarkt deutlich tiefer als geplant. Die Marktschuld des Bundes reduziert sich um 4,7 Milliarden. Die Bundestresorerie nutzte das nach wie vor tiefe Zinsniveau und emittierte Anleihen mit langen Laufzeiten. Die durchschnittliche Laufzeit des Schuldenportfolios erhöhte sich um 0,3 Jahre auf 8,9 Jahre.

Veränderung der Geld- und Kapitalmarktschulden

Mio. CHF	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014	
				absolut	%
<b>Total</b>	<b>99 780</b>	<b>97 407</b>	<b>92 670</b>	<b>-4 737</b>	<b>-4,9</b>
<b>Geldmarkt</b>	<b>19 905</b>	<b>18 664</b>	<b>15 295</b>	<b>-3 369</b>	<b>-18,1</b>
Geldmarktbuchforderungen	12 377	10 399	6 943	-3 456	-33,2
Geldmarktkredite/Festgeldschulden Post	–	–	–	–	–
Eidg. Technische Hochschulen ETH	–	–	–	–	–
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	–	–	–	–	–
Depotkonten	4 574	5 278	5 487	209	4,0
Sparkasse Bundespersonal	2 955	2 988	2 866	-122	-4,1
<b>Kapitalmarkt</b>	<b>79 875</b>	<b>78 743</b>	<b>77 375</b>	<b>-1 368</b>	<b>-1,7</b>
Öffentliche Anleihen	79 105	78 443	77 275	-1 168	-1,5
Schweiz. Exportrisikoversicherung SERV	720	250	100	-150	-60,0
Festgeldschulden übrige	50	50	–	-50	100,0

Geld- und Kapitalmarkt

Budgetiert waren Anleiheaufnahmen von fünf Milliarden, was eine Erhöhung des Volumens um 0,5 Milliarden zur Folge gehabt hätte. Bei den Geldmarktbuchforderungen war per Ende 2015 ein ausstehendes Volumen von 10 Milliarden vorgesehen.

Da die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und der Verrechnungssteuer wegen des negativen Zinsumfelds deutlich früher abgeliefert wurden als in der Vorjahre, musste das Emissionsprogramm im August 2015 gekürzt werden: die Anleiheaufnahmen wurden auf rund drei Milliarden und der Jahresendstand der Geldmarktbuchforderungen auf sieben Milliarden reduziert. Die Verschuldung des Bundes am *Geld- und Kapitalmarkt* sank aufgrund des geringen Mittelbedarfs um 4,8 Milliarden. Bereits im Vorjahr wurde die Marktverschuldung um 3,1 Milliarden abgebaut.

Bundesanleihen

Im Berichtsjahr hat die Bundestresorerie an insgesamt zehn Auktionen 15 Anleihen platziert. Wie gewohnt wurden die Anleihen jeweils am zweiten Mittwoch jeden Monats emittiert. Einzig im August und Oktober fand keine Auktion statt. Die zwei im Dezember 2014 emittierten Bundesanleihen wurden im Januar 2015 liberiert und zählen damit zum Emissionsprogramm 2015. Die im Dezember 2015 begebenen zwei Bundesanleihen wurden im Januar 2016 liberiert und sind bereits Teil des Emissionsprogrammes 2016.

Bei den Auktionen fiel die Wahl schwergewichtig auf lang laufende Anleihen. Die durchschnittliche Laufzeit der Emissionen betrug 20,3 Jahre (Vorjahr 22,7 Jahre) bei einer durchschnittlichen Rendite von 0,28 Prozent (2014: 1,15%). Es wurde eine neue *Basisanleihe* mit Fälligkeit im Jahr 2030 lanciert. Daneben wurden bestehende Anleihen aufgestockt. Mit Aufstockungen können sukzessive grosse, liquide Anleihen aufgebaut werden, was den Handel am Sekundärmarkt stützt und die Preisbildung verbessert.

Inklusive der platzierten Eigenquoten wurden im Jahr 2015 brutto insgesamt 3,3 Milliarden mittels Anleihen aufgenommen (2014: 5,6 Mrd.). Mit der Rückzahlung einer Anleihe im Betrag von 4,5 Milliarden im Juni wurden die ausstehende Anleihen um 1,2 Milliarden abgebaut (2014: Nettoerhöhung von 0,7 Mrd.). Per Ende 2015 sind 22 Bundesanleihen mit einem Nominalbetrag von insgesamt 77,3 Milliarden ausstehend (Ende 2014: 78,4 Mrd.). Davon weisen zwei einen Betrag von über 6 und drei einen über 5 Milliarden auf.

Aufgrund des sehr tiefen Zinsniveaus lagen die Coupons der aufgestockten Anleihen über den entsprechenden Markttrenditen. Dadurch wurden die Anleihen zu Preisen über pari emittiert, was zu einem hohen *Agio* von 863 Millionen führte. Das vereinbarte *Agio* bei der Emission einer Anleihe wird in der Erfolgsrechnung linear über deren Laufzeit abgeschrieben.

### Geldmarktbuchforderungen

Die Geldbeschaffung mittels Geldmarktbuchforderungen (GMBF) wurde um 3,5 Milliarden reduziert; insgesamt waren am Jahresende 6,9 Milliarden ausstehend (Ende 2014: 10,4 Mrd.). Seit Ende August 2011 sind bei den GMBF Zeichnungen über pari (über 100 Prozent) möglich. Seither rentieren die GMBF negativ oder maximal zu null. Bei Zuteilungen über pari ist die Verzinsung negativ, d.h. für den Bund resultieren aus der Mittelaufnahme Zinseinnahmen. Die Käufer suchen Sicherheit und sind deshalb bereit, eine Art Versicherungsprämie in Form negativer Zinsen zu bezahlen. Aber auch die besonderen Verhältnisse am Swapmarkt haben zu einer erhöhten ausländischen Nachfrage geführt. Über das ganze Jahr rentierten die GMBF im negativen Bereich. Die durchschnittliche Rendite betrug -1,00 Prozent (Vorjahr: -0,11 %). Damit resultierten Zinseinnahmen von 73,5 Millionen. Seit 2011 wurden insgesamt 152 Millionen vereinnahmt.

### Übrige Instrumente

Geldmarktkredite zum Ausgleich kurzfristiger Schwankungen der liquiden Mittel waren aufgrund der hohen Liquidität nicht nötig.

Die Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV liess ihre fälligen Festgeldanlagen auslaufen und erhöhte im Gegenzug den Bestand auf ihrem Depotkonto bei der EFV. Dadurch reduzierten sich die Anlagen von 250 auf 100 Millionen per Ende 2015.

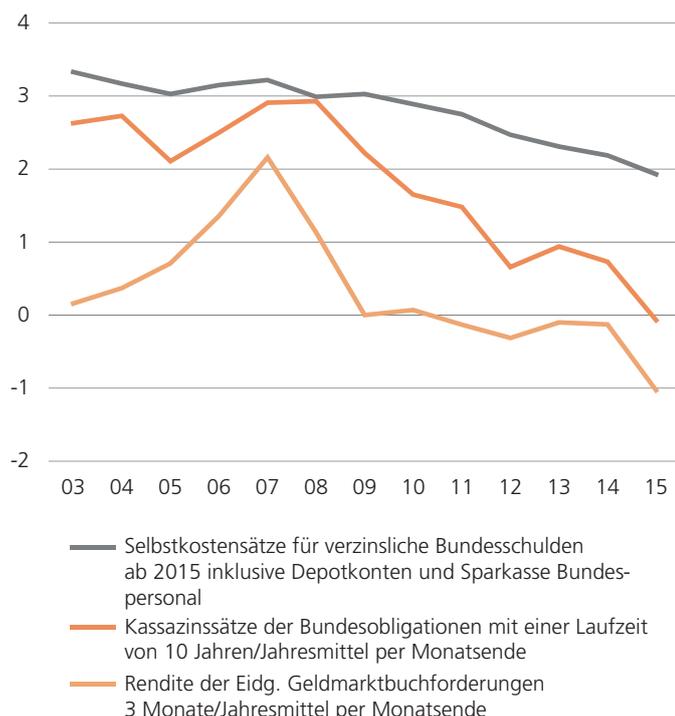
### Zinsentwicklung und Selbstkostensatz

Entgegen den allgemeinen Markterwartungen sind die Zinsen im Jahr 2015 weiter gefallen. Die 10-jährige Rendite der Eidg. Anleihen rentierte Ende Jahr bei -0,1 Prozent. Das Zinsniveau am Geld- und Kapitalmarkt und die Bewirtschaftung der Schulden durch die Tresorerie spiegeln sich im Selbstkostensatz für die verzinsliche Bundesschuld wider; dieser liegt Ende 2015 bei 1,93 Prozent (Berechnung inkl. Kommissionen und Abgaben), nach 2,19 Prozent im Vorjahr (vgl. Abbildung «Selbstkostensätze»). Der starke Rückgang ist zum grössten Teil darauf zurückzuführen, dass neu auch die Sparkasse Bundespersonal (SKB) und die Depotkonten in die Berechnung einbezogen werden. Diese Positionen wurden zu sehr tiefen Sätzen verzinst und machen mit 8,4 Milliarden 9 Prozent der verzinslichen Bundesschuld aus. Während der Berechnung im Jahr 2014 89,1 Milliarden an Bundesschulden zugrunde lagen, belief sich der Bestand Ende 2015 wegen der SKB und den Depotkonten auf 92,7 Milliarden. In der Berechnung werden der Nominalzinssatz, der Emissionspreis, die Emissionskosten sowie die Einlösekommissionen auf Coupons und Titeln berücksichtigt, nicht aber die Zahlungsströme aus Zinssatzswaps.

### Langfristige Entwicklung der Zinsausgaben

Die Zinsausgaben des Bundes sanken 2015 erneut. Gegenüber dem Höchstwert im Jahr 2006 beträgt die Entlastung 2,6 Milliarden. Unter Berücksichtigung der Zinseinnahmen beläuft sich die kumulierte Entlastung auf 2,4 Milliarden. Das entspricht

Entwicklung der Selbstkostensätze in %



Bei den Selbstkostensätzen für die verzinslichen Bundesschulden (oberste Linie) werden ab 2015 auch die Bestände der Sparkasse Bundespersonal (SKB) und der Depotkonten in die Berechnung einbezogen. Der starke Rückgang der Selbstkosten ist zum grossen Teil darauf zurückzuführen. Zudem stiegen die negativen Renditen bei den Emissionen von Geldmarktbuchforderungen.

einer Erhöhung des finanzpolitischen Spielraums um mehr als 4 Prozent der ordentlichen Einnahmen (vgl. Abbildung «Nettozinslast»).

Zu dieser Entlastung beigetragen haben der Schuldenabbau und die seit 2008 sinkenden Zinssätze: Die Marktschuld des Bundes (Anleihen und GMBF) sind seit 2005 um knapp 27 Milliarden zurückgegangen; die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe ging seit 2008 um 3 Prozentpunkte zurück. Die Abbildung «Ursachen der sinkenden Zinsausgaben» zeigt, wie sich dies auf die Ausgaben für die Verzinsung der Marktschuld ausgewirkt hat. Die seit 2006 kumulierte Gesamtentlastung von 2,2 Milliarden ist zu knapp 70 Prozent (1,5 Mrd.) auf die tieferen Zinssätze zurückzuführen («Zinseffekt»). Aber auch der Schuldenabbau («Volumeneffekt») leistete mit 0,7 Milliarden einen signifikanten Beitrag.

Wie nachhaltig der Zinseffekt ist, hängt davon ab, wie bald und wie stark die Zinsen auf dem Geld- und Kapitalmarkt wieder ansteigen und mit welchen Laufzeiten sich der Bund verschuldet. Da die Bundestresorerie in den letzten Jahren vermehrt Anleihen mit langen Laufzeiten emittiert hat, ist der Bundeshaushalt gegenüber Zinserhöhungen robuster geworden. Der Schuldenabbau reduziert die Zinsbelastung aber in jedem Fall, unabhängig von der zukünftigen Zinsentwicklung und gibt finanzpolitischen Handlungsspielraum.

### Tresoreriemittel

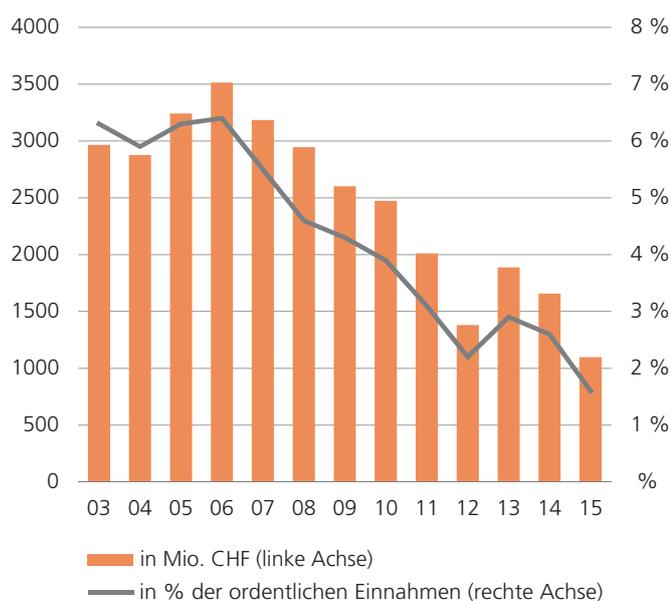
Die Mittelzu- und -abflüsse der zentralen Tresorerie unterliegen monatlichen Schwankungen von mehreren Milliarden. Zum Ausgleich dieser Bewegungen hält der Bund angemessene Tresoreriereserven. Die nicht sofort benötigten Mittel werden bei der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und am Markt platziert. Wegen den negativen Zinsen wurden die Gelder ausschliesslich bei der SNB angelegt. Ende Jahr waren verfügbare Tresoreriemittel im Betrag von 11 Milliarden ausstehend (Ende 2014: 10 Mrd.).

Die Tresoreriedarlehen an den ALV-Fonds sanken per Ende 2015 von 3,3 auf 2,6 Milliarden. Diese Mittel werden nicht zu den Tresoreriereserven gerechnet, da sie nicht zur Liquiditätssteuerung eingesetzt werden können. Die ausstehenden Darlehen an die SBB betragen per Ende Jahr 3,02 Milliarden (Vorjahr: 2,89 Mrd.).

### Devisenbewirtschaftung und Derivative

Der Budgetbedarf der Verwaltungseinheiten an Devisen (Euro und US-Dollar gemäss Devisenbewirtschaftungskonzept des Bundes) wurde durch Kassa- und Termingeschäfte abgesichert. Optionen wurden wie in den Vorjahren keine eingesetzt. Gemäss ordentlichem Voranschlag 2015 hat die Bundestresorerie im Vorjahr 360 Millionen Euro beschafft. Weil in den letzten Jahren vermehrt ungeplante Eingänge an Euro zu verzeichnen waren, wurden nur 90 Prozent des eingestellten Bedarfs von

Entwicklung der Nettozinslast in Mio. und % Einnahmen

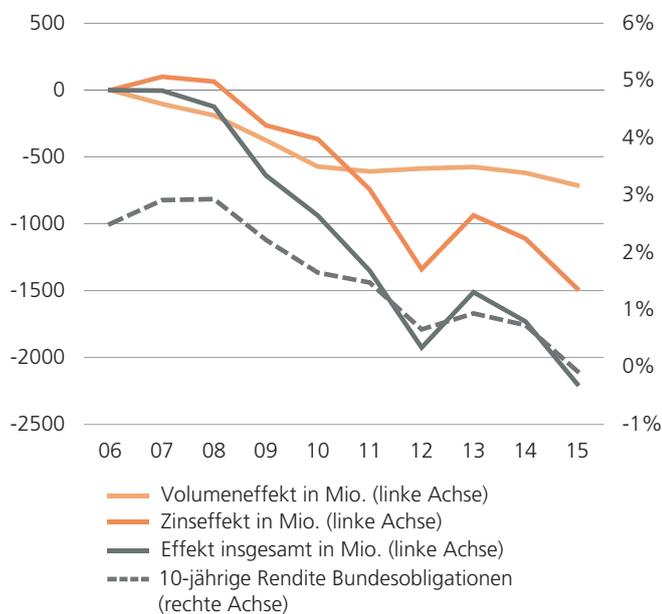


Die Nettozinslast reduzierte sich von 2,6 auf 1,6 Prozent der ordentlichen Einnahmen. Der starke Rückgang erklärt sich einerseits durch die erhöhten Einnahmen aus den Emissionen von Geldmarktbuchforderungen zu stark negativen Zinsen und andererseits durch Minderausgaben aufgrund der vereinnahmten Agjos in Betrag von 863 Millionen.

400 Millionen abgesichert. Beim US-Dollar wurde der ganze budgetierte Betrag von 470 Millionen beschafft. Im Jahr 2015 mussten aufgrund des höheren Bedarfs zusätzlich 51 Millionen Euro und 175 Millionen US-Dollar nachgekauft werden. Zusätzlich wurden Fremdwährungsverpflichtungen des Bundes für insgesamt vier neue Spezialgeschäfte im Gegenwert von 409 Millionen Franken aufgrund von Sondervereinbarungen der Verwaltungseinheiten mit der Bundestresorerie abgesichert. Deren Bedarf erstreckt sich über mehrere Jahre. Diese Fremdwährungsverpflichtungen wurden auf die Zeitpunkte des jeweiligen Zahlungsbedarfs mittels Termingeschäfte abgedeckt.

Bei den Derivativen reduzierten sich die finanzierungswirksamen Nettozinszahlungen aufgrund auslaufender Swapverträge von 33 auf 31 Millionen. Die Nettopayerposition reduzierte sich von 950 Millionen Ende 2014 auf 650 Millionen Ende 2015. Neue Zinssatzswap-Verträge oder andere Zinsderivative wurden keine abgeschlossen. Die bestehenden Zinssatzswaps gehen auf die Jahre 1995–2005 zurück und wurden getätigt, um eine längerfristige Zinsbindung der Bilanz zu erreichen. Die Umwandlung von variablen kurzfristigen Zinsen in langfristige Festsatzzinsen ermöglicht eine Absicherung gegen steigende Zinsen. Der negative Barwert der offenen Positionen betrug 141 Millionen.

### Ursachen der sinkenden Zinsausgaben in Mio.



Die Zinsausgaben für die Geld- und Kapitalmarktschulden sind seit ihrem Höhepunkt im Jahr 2006 um rund 2,2 Milliarden zurückgegangen. Hauptverantwortlich dafür (ca. 70 %) sind die tiefen Zinsen, während der Schuldenabbau rund 0,7 Milliarden (30 %) dazu beigetragen hat.

## 37 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG

Die mit FLAG gesteuerten Verwaltungseinheiten entwickelten sich ähnlich wie die ressourcenorientiert gesteuerten Ämter. Grössere Bewegungen waren mehrheitlich einmaliger Natur ohne finanzierungswirksame Folgen (Abschreibungen, Wertberichtigungen).

### Zusammenzug der Rechnungen der FLAG-Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014	
				absolut	%
<b>Erfolgsrechnung</b>					
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>2 262</b>	<b>2 063</b>	<b>2 320</b>	<b>58</b>	<b>2,6</b>
Funktionsertrag (Globalbudget)	2 085	1 974	2 226	141	6,7
Regalien und Konzessionen	23	19	24	1	2,5
Übriger Ertrag	154	70	71	-83	-54,0
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>5 689</b>	<b>5 824</b>	<b>5 651</b>	<b>-37</b>	<b>-0,7</b>
Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 297	4 321	4 373	75	1,7
Transferaufwand	1 321	1 456	1 223	-98	-7,4
Übriger Aufwand	70	47	56	-14	-20,3
<b>Ausserordentlicher Ertrag</b>	<b>-</b>	<b>139</b>	<b>382</b>	<b>382</b>	<b>-</b>
<b>Investitionsrechnung</b>					
<b>Ordentliche Investitionseinnahmen</b>	<b>22</b>	<b>27</b>	<b>21</b>	<b>-1</b>	<b>-2,4</b>
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget)	20	26	20	0	-2,0
Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	1	1	1	0	-8,2
Rückzahlung Investitionsbeiträge	-	-	0	0	-
<b>Ordentliche Investitionsausgaben</b>	<b>2 873</b>	<b>2 910</b>	<b>2 828</b>	<b>-44</b>	<b>-1,5</b>
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1 658	1 723	1 642	-17	-1,0
Investitionsbeiträge	185	192	188	3	1,4
Übrige Investitionen	1 029	996	999	-30	-2,9
<b>Ausserordentliche Investitionseinnahmen</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>135</b>	<b>135</b>	<b>-</b>

Hinweis: Ausweis der Erfolgsrechnung inklusive interner Leistungsverrechnung

### Entwicklung der Erträge

Der *ordentliche Ertrag* stieg gegenüber 2014 um 58 Millionen (+2,6%). Dem höheren Funktionsertrag (+141 Mio.) stehen tiefere übrige Erträge (-83 Mio.) gegenüber. Die Einnahmen aus Regalien und Konzessionen bewegen sich nahezu auf Vorjahresniveau. Die Zunahme des *Funktionsertrages* lässt sich hauptsächlich durch folgende, zum Teil gegenläufigen Entwicklungen erklären:

- Der Anstieg des nicht finanzierungswirksamen Ertrags um 136 Millionen basiert auf einer Neubewertung der Rückstellungen für zukünftige Stilllegungskosten bei armasuisse Immobilien. Der nicht finanzierungswirksame Ertrag belief sich auf insgesamt 183 Millionen.
- Der finanzierungswirksame Anteil des Funktionsertrags (425 Mio.) stieg um 30 Millionen (+8 %). Der Kanton Bern entschädigte armasuisse Immobilien für die Umsetzung des kantonalen Projekts «Bypass Thun Nord» (+18 Mio.). Beim Bundesamt für Sport (BASPO) wurden Beiträge von Dritten an Vorhaben neu über die Erfolgsrechnung verbucht (+7 Mio.). Der Ausgleichsfonds erstattete der zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) mehr Leistungen (+5 Mio.).

- Beim Funktionsertrag aus der internen Leistungsverrechnung (LV; 1618 Mio.) resultierte ein Rückgang von 26 Millionen (-2%), zum einen aus tieferen Liegenschaftserträgen aufgrund des Abbaus des Immobilienbestandes bei armasuisse Immobilien (-36 Mio.) und zum anderen aus höheren Erträgen aus Informatikleistungen bei den Leistungserbringern (+10 Mio.). Es handelt sich dabei vornehmlich um das Projekt Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktstatistik (AVAM) sowie um die Modernisierung der Plattform für das Kompetenzzentrum Amtliche Veröffentlichungen (KAV) bei der Bundeskanzlei.

Der *übrige Ertrag* nahm im Vergleich zum Vorjahr um 83 Millionen ab. Im Jahr 2015 fanden beim Bundesamt für Strassen (ASTRA) keine Eigentumsübertragungen der Kantone an den Bund von Nationalstrassenteilstücken statt (-58 Mio.). Zudem ist der Münzumlaf bei Swissmint geringer gewachsen (-21 Mio.) und das Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) hat anders als im Vorjahr keine Rückstellungen für den Eurocontrol Pension Fund aufgelöst (-4 Mio.).

### FLAG

20 Einheiten werden mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt (FLAG). Diese sind verantwortlich für rund ein Viertel des Eigenaufwandes des Bundes.

Der *ausserordentliche Ertrag* von 382 Millionen resultiert aus einer Werberichtung eines Darlehens aufgrund des Nachlassliquidationsverfahrens Swissair (+243 Mio. beim BAZL) und aus einer Teilzahlung (139 Mio.) aus der Neuvergabe von Mobilfunkfrequenzen beim Bundesamt für Kommunikation (BAKOM).

### Entwicklung des Aufwands

Der *ordentliche Aufwand* der FLAG-Einheiten sank gegenüber 2014 um 37 Millionen (-0,7 %). Der Reduktion beim Transferaufwand und übrigen Aufwand steht die Zunahme um 75 Millionen im Funktionsaufwand gegenüber. Ohne armasuisse Immobilien (+61 Mio.), Astra (+9 Mio.) und der Vollzugsstelle Zivildienst (+6 Mio.) blieben die Globalbudgets der FLAG-Einheiten allerdings praktisch auf Vorjahresniveau.

Der *Funktionsaufwand* setzt sich nahezu unverändert zusammen aus 22 Prozent Personalaufwand, 37 Prozent Sach- und Betriebsaufwand und 41 Prozent Abschreibungen. Die Aufwände veränderten sich im Einzelnen wie folgt:

- Die Abschreibungen nahmen infolge von Wertberichtigungen bei armasuisse Immobilien um 57 Millionen zu (+3,3 %).

---

### Weiterentwicklung der Verwaltungsführung –

#### Projekt Neues Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB)

Ziel des NFB ist es, die Planung des Haushalts verstärkt auf die mittelfristige Entwicklung von Aufgaben und Finanzen auszurichten, bei der Budgetierung auch die Leistungen transparent darzustellen sowie das Nebeneinander von Input- und FLAG-Steuerung zu überwinden. Das NFB umfasst im Kern folgende Instrumente:

- Voranschlag mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan (IAFP);
- Globalbudgets für den Eigenbereich sowie Leistungsgruppen der Verwaltungseinheiten mit ausgewählten Zielen, Messgrößen und Soll-Werten;
- Leistungsvereinbarungen zwischen Departement und Amt für die Verknüpfung von politischen Steuerungsvorgaben und betrieblichen Jahreszielen.

Die Anreizinstrumente zu wirtschaftlichem Verhalten orientieren sich am bestehenden FLAG-Modell. Mit Globalbudgets sowie der Möglichkeit der Reservebildung, Kreditverschiebung und Kreditüberschreitung bei leistungsbedingten Mehrerträgen sollen die betrieblichen Handlungsspielräume erhöht werden.

Im ersten Halbjahr 2015 wurden die Finanzkommissionen zu den Prototypen des Voranschlags mit IAFP jeder Verwaltungseinheit konsultiert. Die Departemente und Verwaltungseinheiten konnten die Vorarbeiten Ende 2015 abschliessen, damit im ersten Halbjahr 2016 der erste Voranschlag 2017 mit IAFP 2018–2020 erstellt werden kann. Die Einführung des NFB erfolgt dann per 1.1.2017.

- Der Personalaufwand stieg um 32 Millionen (+3,5 %). Die Hälfte dieses Anstiegs entstand beim BIT (+9 Mio.), bei der ZAS (+4 Mio.) und beim Baspo (+3 Mio.). Diesen Mehraufwänden stehen entsprechende Mehrerträge gegenüber. Die Zunahme ist im Wesentlichen durch folgende Faktoren bestimmt: Rund ein Drittel des Anstiegs (+11 Mio.; +35 %) resultiert aus der Erhöhung der Sparbeiträge 2. Säule durch den Arbeitgeber auf den 1.1.2015. Darüber hinaus ist der Personalaufwand bei den Leistungserbringern IKT um 9 Millionen (+28 %) angestiegen. Beim ISC-EJPD führte insbesondere das Insourcing der strategisch und geschäftskritischen Fachanwendung ZEMIS und das Programm Fernmeldeüberwachung zu einer Erhöhung (+1,8 Mio.). Beim BIT bestand neben der Erbringung zusätzlicher Leistungen (Büroautomation für die BK und das WBF sowie Einführung des Kommunikationssystems UCC) auch der Bedarf, Schlüsselpositionen für Projekte und den Aufbau von Fähigkeiten auf neu eingeführten Technologien zu internalisieren (+6,6 Mio.). Auch die ZAS internalisierte Stellen im Informatikbereich (+2,9 Mio.). Beim BASPO führten insbesondere Drittmittelprojekte zu einer Erhöhung (+2,4 Mio.).

- Der Sach- und Betriebsaufwand sank um 15 Millionen (-0,9 %). Einerseits reduzierten sich die Aufwände für Informatik (-16 Mio.) in verschiedenen FLAG-Einheiten und im sonstigen Betriebsaufwand beim Bazl (-5 Mio.) ab. Die Abgeltungen an Skyguide für gebührenbefreite Flüge werden neu als Transferaufwand ausgewiesen. Andererseits stieg der Aufwand für den Betrieb der Nationalstrassen beim Astra (+11 Mio.).

Die Abnahme des *Transferaufwandes* um 98 Millionen (-7,4 %) hat verschiedene Ursachen. Einerseits nahmen beim ASTRA die Wertberichtigungen im Transferbereich (-77 Mio.) ab. Auch die Beiträge an das Europäische Satellitennavigationsprogramm Galileo/EGNOS fielen tiefer aus (-41 Mio.). Rückläufige Einnahmen bei der Mineralölsteuer führten dazu, dass den Kantonen für Strassenaufgaben weniger ausbezahlt werden konnte (-16 Mio.). Andererseits nahmen die Beiträge an Umweltschutz- und Sicherheitsmassnahmen beim BAZL zu (+16 Mio.). Der Aufwand beim Baspo für J+S Aktivitäten und Kaderbildung (+13 Mio.) und bei der Meteo Schweiz für den Betrieb des Wettersatelliten Darmstadt (+5 Mio.) erhöhte sich.

Der *übrige Aufwand* sank um 14 Millionen (-20,3 %). Zum einen fielen der Rückfluss an Gedenkmünzen (-2 Mio.) und die Einlage in die Rückstellungen für den Münzumsatz (-17 Mio.) bei der Swissmint tiefer aus. Zum anderen hat das BAZL die Rückstellungen für den Eurocontrol Pension Fund erhöhen müssen (+5 Mio.).

### Investitionen

Die *ordentlichen Investitionseinnahmen* nahmen ab (0,5 Mio.), weil das Astra im Vergleich zum Vorjahr mehr Nationalstrassen (+3,8 Mio.) und armasuisse Immobilien weniger Liegenschaften (-4,3 Mio.) veräussert hat.

Die *ordentlichen Investitionsausgaben* nahmen um 44 Millionen ab, wobei die übrigen Investitionen (-30 Mio.) am stärksten sanken. Dafür verantwortlich waren namentlich tiefere Einlagen in den Infrastrukturfonds beim ASTRA. Die Investitionen im Eigenbereich reduzierten sich (-17 Mio.), vor allem infolge tieferer Investitionen im Informatikbereich des ASTRA. Die Investitionsbeiträge nahmen zu (+3 Mio.). Höhere Beiträge leistete das BASPO für nationale Sportanlagen (+1,4 Mio.) und das ASTRA (+ 1,2 Mio.) den Kantonen für die Hauptstrassen sowie den Wegeigentümern für die Erhaltung und Pflege inventarisierter historischer Verkehrswege.

### Entwicklung des Personalbestandes

Der Personalbestand der FLAG-Einheiten erhöhte sich im Jahresdurchschnitt auf 5910 Vollzeitstellen (+ 117,7 FTE). Diese Erhöhung ergab sich insbesondere durch folgende Ursachen:

- 60 FTE infolge organisatorischer Massnahmen: Internalisierung von Schlüsselstellen beim BIT (+30), beim ISC-EJPD (+15), bei der ZAS (+8) sowie für Drittmittelprojekte infolge eines Methodenwechsel bei der Verbuchung beim BASPO (+7).
- 42 FTE für einen Leistungsausbau: Projektgeschäft (z.B. GEVER, Fiscal IT) beim BIT (+23) und (z.B. TLM, GeoQuat, KOGIS) bei der swisstopo (+9), Vollzugsaufwand bei der ZIVI (+5), Programm Fernmeldeüberwachung beim ISC-EJPD (+5).

### Entwicklung der Reserven

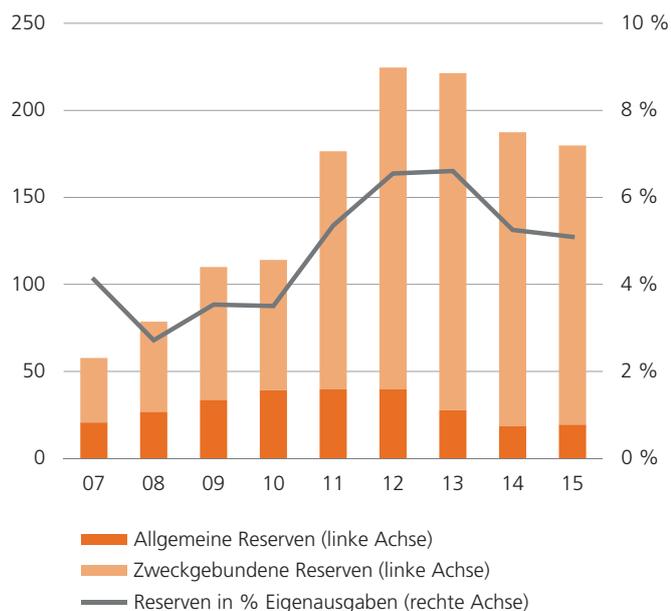
Im 2015 wurden *zweckgebundene Reserven* von 46 Millionen aufgelöst, davon wurden 8 Millionen (17%) ohne Verwendung zugunsten des Bundeshaushalts aufgelöst. Für 37 Millionen wurden in 14 Einheiten neue zweckgebundene Reserven gebildet. Der grösste Anteil (16 Mio.) entfällt auf die Leistungserbringer IKT. 2015 wurden nur bei einer Einheit (BIT) *allgemeine Reserven* von insgesamt 1,2 Millionen gebildet und bei einer Einheit (swisstopo) Reserven in der Höhe von 0,2 Millionen aufgelöst. Per Ende 2015 verfügten 12 von 20 FLAG-Einheiten über allgemeine Reserven im Umfang von 20 Millionen.

### Bildung von Reserven

*Allgemeine Reserven* können gebildet werden, wenn eine Einheit nachweislich besonders wirtschaftlich gearbeitet hat. Der Bestand ist begrenzt auf 10 Millionen oder 5 Prozent der finanzierungswirksamen Mittel im Eigenbereich. *Zweckgebundene Reserven* können aus Kreditresten für geplante Projekte, die am Jahresende noch nicht abgeschlossen sind, gebildet werden. Die Reserven dürfen nur für die ursprüngliche Bestimmung eingesetzt werden, ansonsten verfallen sie.

### Entwicklung der Reserven FLAG

in Mio. und % Eigenausgaben



*Bis 2012 haben die Reserven kontinuierlich zugenommen. Ab 2013 nahm der Bestand an allgemeinen Reserven und ab 2014 auch der zweckgebundenen Reserven wieder ab. Zurzeit belaufen sich die Reserven auf rund 5 Prozent der Eigenausgaben.*

Allgemeine und zweckgebundene Reserven FLAG

Mio. CHF	Allgemeine Reserven FLAG 2015				Zweckgebundene Reserven FLAG 2015			
	Stand 1.1.	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.	Stand 1.1.	Bildung	Auflösung	Stand 31.12.
<b>Total</b>	<b>18,5</b>	<b>1,2</b>	<b>-0,2</b>	<b>19,5</b>	<b>168,9</b>	<b>37,0</b>	<b>-45,9</b>	<b>160,3</b>
202 EDA	1,2	–	–	1,2	4,6	3,0	–	7,6
307 NB	–	–	–	–	1,1	0,3	-0,3	1,1
311 MeteoSchweiz	1,2	–	–	1,2	4,8	1,5	-2,5	3,8
485 ISC-EJPD	3,4	–	–	3,4	8,1	1,2	-5,9	3,3
504 BASPO	3,0	–	–	3,0	1,5	2,2	-0,8	2,9
506 BABS	1,8	–	–	1,8	2,3	7,3	-2,0	7,6
542 ar W+T	1,1	–	–	1,1	1,7	0,5	-1,5	0,7
543 ar Immo	–	–	–	–	9,0	–	-9,0	–
570 swisstopo	3,1	–	-0,2	2,9	5,7	3,1	-2,6	6,2
602 ZAS	–	–	–	–	0,3	–	-0,3	–
609 BIT	–	1,2	–	1,2	13,4	6,6	-3,9	16,0
710 Agroscope	–	–	–	–	0,6	0,5	–	1,1
735 ZIVI	0,7	–	–	0,7	–	–	–	–
740 SAS	0,4	–	–	0,4	2,2	0,3	–	2,5
785 ISCeco	–	–	–	–	3,9	4,9	-3,1	5,7
803 BAZL	2,0	–	–	2,0	0,6	4,5	-0,1	5,0
806 ASTRA	–	–	–	–	104,0	–	-12,4	91,6
808 BAKOM	0,5	–	–	0,5	5,2	1,2	-1,2	5,2

### 38 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem ordentlichen Überschuss von 1,3 Milliarden ab, 1,1 Milliarden tiefer als die Finanzierungsrechnung. Diese Differenz ist vor allem zurückzuführen auf die höhere Rückstellung für die Verrechnungssteuer (500 Mio.), eine Abgrenzung bei der Hochschulförderung (639 Mio.) und den höheren Zinsaufwand (497 Mio.) einerseits sowie auf den Unterschied zwischen Investitionsausgaben und Abschreibungen andererseits (-684 Mio.).

#### Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung

Finanzierungsrechnung	Erfolgsrechnung		Differenz	
	Rechnung 2015	Rechnung 2015		
Mio. CHF				
<b>Finanzierungsergebnis</b>	<b>2 831</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>2 025</b>	<b>-806</b>
<b>Ordentliches Finanzierungsergebnis</b>	<b>2 337</b>	<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>1 265</b>	<b>-1 072</b>
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>67 580</b>	<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>67 259</b>	<b>-322</b>
Fiskaleinnahmen	63 192	Fiskalertrag	62 689	-502
Regalien und Konzessionen	1 202	Regalien und Konzessionen	1 152	-50
Übrige laufende Einnahmen	1 738	Übriger Ertrag	1 882	144
Investitionseinnahmen	231			-231
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 218</b>	<b>Finanzertrag</b>	<b>1 348</b>	<b>130</b>
Beteiligungseinnahmen	802			-802
Übrige Finanzeinnahmen	416	Zunahme von Equitywerten	888	888
		Übriger Finanzertrag	460	44
		<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>188</b>	<b>188</b>
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>65 243</b>	<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>65 993</b>	<b>750</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>10 258</b>	<b>Eigenaufwand</b>	<b>12 681</b>	<b>2 423</b>
Personalausgaben	5 467	Personalaufwand	5 450	-17
Sach- und Betriebsausgaben	3 947	Sach- und Betriebsaufwand	4 122	175
Rüstungsausgaben	844	Rüstungsaufwand	843	-1
		Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 266	2 266
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>45 907</b>	<b>Transferaufwand</b>	<b>51 137</b>	<b>5 230</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	9 441	Anteile Dritter an Bundeserträgen	9 441	-
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 288	Entschädigungen an Gemeinwesen	1 291	4
Beiträge an eigene Institutionen	3 528	Beiträge an eigene Institutionen	3 522	-6
Beiträge an Dritte	15 196	Beiträge an Dritte	15 848	652
Beiträge an Sozialversicherungen	16 454	Beiträge an Sozialversicherungen	16 401	-53
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 200	4 200
		Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	433	433
<b>Finanzausgaben</b>	<b>1 495</b>	<b>Finanzaufwand</b>	<b>2 157</b>	<b>661</b>
Zinsausgaben	1 381	Zinsaufwand	1 878	497
Übrige Finanzausgaben	115	Abnahme von Equitywerten	53	53
		Übriger Finanzaufwand	226	112
		<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>18</b>	<b>18</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 583</b>			<b>-7 583</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 879			-2 879
Immaterielle Anlagen	27			-27
Darlehen	413			-413
Beteiligungen	64			-64
Eigene Investitionsbeiträge	4 200			-
<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>493</b>	<b>Ausserordentlicher Ertrag</b>	<b>759</b>	<b>266</b>
<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	<b>-</b>	<b>Ausserordentlicher Aufwand</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

Die nachfolgend aufgeführten Einzelheiten zu den Differenzen zwischen den beiden Rechnungen beschränken sich auf wichtige Positionen.

### Einnahmen gegenüber Ertrag

Die *Fiskalerträge* liegen um 502 Millionen tiefer als die Fiskaleinnahmen, weil zusätzliche Rückstellungen für voraussichtlich anfallende aber noch nicht erfasste Rückerstattungen der Verrechnungssteuer (500 Mio.) und für offene Rechtsfälle der Mehrwertsteuer (2 Mio.) gebildet wurden.

Die Differenz bei den *Regalien und Konzessionen* von -50 Millionen ist im Wesentlichen die Folge einer Erhöhung der Rückstellung für den Münzumsatz.

Beim *übrigen Ertrag* stammt der Unterschied von 144 Millionen zur Finanzierungsrechnung mehrheitlich aus Aufwertungen von Liegenschaften (65,6 Mio.), aus Aktivierungen von Eigenleistungen (41,8 Mio.), von Veräusserungsgewinnen aus dem Verkauf von Grundstücken und Liegenschaften (20,6 Mio.), sowie aus nachträglichen Aktivierungen (15,5 Mio.).

Der *übrige Zinsertrag* beinhaltet Bewertungskorrekturen und periodengerechte Abgrenzungen des Zinsertrages, welche den grössten Teil der Differenz in der Höhe von 44 Millionen ausmachen.

### Ausgaben gegenüber Aufwand

Die Abweichung beim *Personalaufwand* (17 Mio.) kann wie folgt begründet werden: Die Rückstellungen mussten um 1,8 Millionen reduziert werden, zudem konnten Rückstellungen für Ferien- und Überzeitguthaben in der Höhe von 15 Millionen aufgelöst werden.

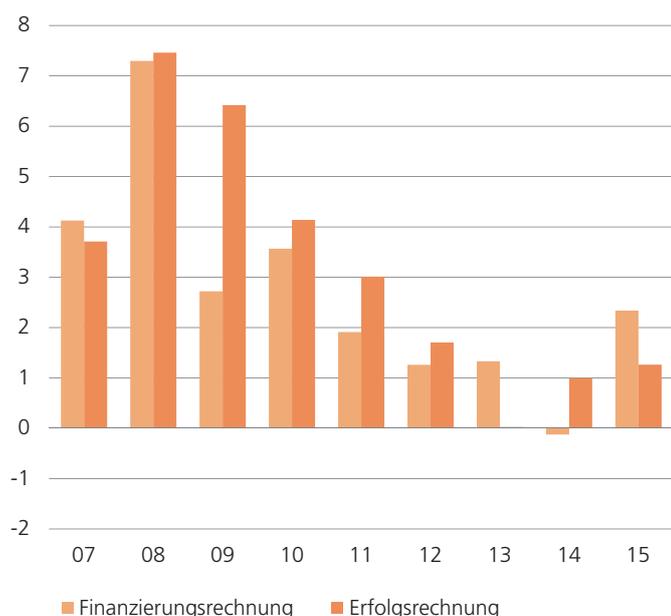
Bei der Differenz im *Sach- und Betriebsaufwand* (175 Mio.) handelt es sich um Rückstellungen und Abgrenzungen im Immobilienbereich sowie um nicht finanzierungswirksame Material- und Warenbezüge ab Lager.

Bei den *Beiträgen an Dritte* stammt der Unterschied (652 Mio.) mehrheitlich aus einer passiven Rechnungsabgrenzung bei den Grundbeiträgen an die Universitäten (638,7 Mio.). Gemäss dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 10.11.2015 handelt es sich bei den jährlichen Grundbeiträgen an Universitäten um ein nachschüssiges Subventionssystem. Gemäss den Vorgaben der Rechnungslegung musste in der Erfolgsrechnung ein zusätzlicher Jahresbeitrag erfasst werden (nicht finanzierungswirksam). Zudem wurde eine Rückstellungen für die Beiträge an den Euro-control Pension Fund (5,2 Mio.) gebildet.

Die Differenz bei den *Beiträgen an die Sozialversicherungen* beträgt 53 Millionen. Es handelt sich hierbei um eine Anpassung der Rückstellungen für zukünftige Rentenverpflichtungen der Militärversicherung.

### Ergebnisse der Finanzierungs- und Erfolgsrechnung in Mrd.

Ordentlicher Haushalt



Anders als im Vorjahr schliesst die Erfolgsrechnung 2015 schlechter ab als die Finanzierungsrechnung. Grund dafür sind die höheren Aufwände (Abgrenzung Hochschulbeiträge, Rückstellung Verrechnungssteuer) Zudem fällt die Zunahme der Equitywerte deutlich geringer aus als im Vorjahr.

Die Differenz beim *Zinsaufwand* (497 Mio.) beinhaltet periodengerechte Abgrenzungen aus der Aufnahme und Aufstockung von Anleihen.

Beim *übrigen Finanzaufwand* beträgt die Differenz zu den übrigen Finanzausgaben 112 Millionen, welche sich aus Kapitalbeschaffungsaufwand (72,4 Mio.) und Aufwand für Passivzinsen (39,3 Mio.) zusammensetzt.

Schliesslich ist die Summe der *Abschreibungen und Wertberichtigungen* kleiner als die Investitionsausgaben gemäss Finanzierungsrechnung (-684 Mio.; vgl. Box).

#### **Ausserordentliche Erträge**

Aus der Nachlassliquidation der Swissair wurden im Geschäftsjahr 2015 Erträge von 244 Millionen erfasst. Effektiv vereinnahmt wurden im Jahr 2015 135 Millionen, die Zahlung des Restbetrages in der Höhe von 109 Millionen erfolgt erst im Jahr 2016. Die Wettbewerbskommission WEKO verhängte im Jahr 2012 gegen die BMW (Schweiz) AG eine Busse in der Höhe von 157 Millionen. Die Rechnungsstellung durch die WEKO erfolgt im Januar 2016, daher wurde die Forderung per Ende 2015 abgegrenzt.

---

#### **Unterschiede Finanzierungs-/Erfolgsrechnung**

Im Unterschied zur Finanzierungsrechnung, welche aufzeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind, zeigt die Erfolgsrechnung den Saldo aus dem Wertverzehr und -zuwachs (d.h. Aufwand resp. Ertrag) und damit die Veränderung der Vermögenslage des Bundes. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Aufwänden (mit unmittelbarem Mittelabfluss) werden daher in der Erfolgsrechnung auch nicht finanzierungswirksame Geschäftsvorfälle berücksichtigt.

Der Hauptunterschied zwischen der Finanzierungs- und Erfolgsrechnung liegt in der Behandlung der Investitionen. Die Investitionsausgaben und -einnahmen sind Teil der Finanzierungsrechnung, fliessen aber nicht in die Erfolgsrechnung ein, sondern werden in die Bilanz übertragen. Hingegen gehen die in der Berichtsperiode anfallenden Abschreibungen auf den Investitionen als nicht finanzierungswirksamer Aufwand in die Erfolgsrechnung ein (Wertverzehr). Die (nicht rückzahlbaren) Investitionsbeiträge werden zwar als Investition geführt, aber vollständig über den Transferaufwand abgeschrieben. Mit Wertberichtigungen wird zudem eingetretene Wertminderungen auf Forderungen, Darlehen und Beteiligungen Rechnung getragen. Sie führen zu einer Korrektur der Buchwerte. Ebenso werden Bewertungsdifferenzen auf den namhaften Beteiligungen (Veränderung der Equitywerte) berücksichtigt.

---

### 39 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten

Das Verrechnungsvolumen beträgt rund 2,5 Milliarden. Die grössten Positionen bilden die Unterbringung einschliesslich der Gebäudebewirtschaftung mit 1,8 Milliarden und die Informatik mit 0,5 Milliarden. Die grössten Leistungserbringer sind armasuisse Immobilien, das BBL und das BIT.

#### Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
<b>Total Leistungsverrechnung</b>	<b>2 486</b>	<b>2 435</b>	<b>2 461</b>	<b>-25</b>	<b>-1,0</b>
<b>Unterbringung</b>	<b>1 599</b>	<b>1 571</b>	<b>1 569</b>	<b>-30</b>	<b>-1,9</b>
armasuisse Immobilien	1 131	1 096	1 095	-36	-3,2
Bundesamt für Bauten und Logistik	468	476	474	6	1,2
<b>Informatik</b>	<b>518</b>	<b>442</b>	<b>523</b>	<b>5</b>	<b>1,0</b>
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	377	313	388	11	3,0
Übrige IKT-Leistungserbringer	141	129	135	-6	-4,4
<b>Betrieb und Instandsetzung Liegenschaften</b>	<b>260</b>	<b>287</b>	<b>259</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>
<b>Übrige verrechnete Leistungen</b>	<b>110</b>	<b>135</b>	<b>110</b>	<b>1</b>	<b>0,5</b>
Dienstleistungen	64	85	64	0	0,5
Verkäufe	46	50	46	0	0,6

Bedingt durch den Abbau des Immobilienbestandes (Kernbestand), wurden VBS-intern weniger Objekte vermietet, wodurch sich der Leistungsverrechnungsertrag (Mietertrag) in der *Unterbringung* um 36 Millionen verringert.

In der *Informatik* fallen rund 397 Millionen für den Betrieb und die Telekommunikationsleistungen an (davon rund 292 Mio. im BIT). Für Projekte und Dienstleistungen wurden 126 Millionen aufgewendet, wobei der Anteil des BIT auf 96 Millionen beziffert werden kann.

Die Verwaltungseinheiten budgetieren Projekte und Dienstleistungen oft als finanzierungswirksamen Aufwand. Bei der Konkretisierung der Vorhaben erfolgt der Sourcing-Entscheid dagegen meist zugunsten des bundesinternen IKT-LE. Dies führt im Haushaltvollzug zu einem höheren Rechnungsvolumen als geplant und begründet im Wesentlichen die Differenz der Rechnung zum Voranschlag.

Für den Bereich *Betrieb und Instandhaltung von Liegenschaften* wurden im VBS weniger Leistungen als geplant erbracht. Einerseits wurden weniger Betriebsstoffe für den Immobilienbetrieb benötigt, andererseits konnte die LBA aus Kapazitätsgründen weniger Betreiberleistungen (Unterhalt) als geplant erbringen.

*Übrige verrechenbare Leistungen:* Die Verkäufe und Dienstleistungen sind gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben. Im Vergleich zum Voranschlag wurden insgesamt weniger Produkte und Dienstleistungen bezogen – damit auch verrechnet – als ursprünglich geplant

#### Kriterien für die Leistungsverrechnung (LV)

Zur Förderung der Kostentransparenz in der Bundesverwaltung werden gewisse Leistungen kreditwirksam zwischen den Verwaltungseinheiten verrechnet. Gemäss den Bestimmungen von Artikel 41 der Finanzhaushaltverordnung (SR 611.01) sind die verrechenbaren Leistungen definiert und im zentralen Leistungsbereichskatalog aufgelistet. Es werden nur Leistungen verrechnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- *Wesentlichkeit:* Das jährliche Gesamtvolumen der verrechenbaren Leistungen beträgt für den Leistungserbringer (LE) mindestens 3 Millionen und für den einzelnen Leistungsbereich mindestens 0,5 Millionen.
- *Beeinflussbarkeit:* Es werden nur Leistungen verrechnet, die einem Leistungsbezüger (LB) direkt zuordenbar und von ihm beeinflussbar sind. Der LB muss die Möglichkeit haben, Menge und Qualität und damit die Kosten seines Leistungsbezugs steuern zu können.
- *Kommerzieller Charakter:* Bei den verrechenbaren Leistungen handelt es sich um Leistungen, welche vom LB grundsätzlich auch bei Dritten ausserhalb der Bundesverwaltung bezogen werden könnten.

Zurzeit sind 14 LE berechtigt, ihre Leistungen verwaltungsintern mit der LV zu verrechnen.

Im Rahmen der Staatsrechnung 2015 werden die durch das EDI entrichteten Finanzhilfen und Abgeltungen (Subventionen) überprüft. Bei 17 von 26 geprüften Subventionen hat der Bundesrat Optimierungsmöglichkeiten festgestellt und entsprechende Massnahmen beschlossen.

## Zusammenfassung

Das EDI ist für 61 Subventionskredite zuständig. 26 davon sind Gegenstand der vorliegenden Subventionsüberprüfung im Rahmen der Staatsrechnung 2015. 24 Subventionen wurden in den letzten 4 Jahren bereits innerhalb von separaten Botschaften überprüft, bei 11 Subventionen wurde auf eine Überprüfung verzichtet.

Die im Rahmen der Staatsrechnung überprüften Subventionskredite des EDI weisen ein Gesamtvolumen von rund 2,7 Milliarden auf, wobei rund 2,4 Milliarden auf die individuelle Prämienverbilligung entfallen. Zudem wurden erstmals auch die Beiträge an die privaten Organisationen der Alters- und der Invalidenhilfe im Umfang von 226,9 Millionen in die Überprüfung einbezogen. Diese Beiträge werden über die Fonds von AHV bzw. IV bezahlt und erscheinen daher in der Staatsrechnung nicht unter einem separaten Kredit. Optimierungsmöglichkeiten wurden bei 17 Subventionen festgestellt:

- Bei 7 Subventionen soll die Wirksamkeit des Mitteleinsatzes weiter erhöht werden. Vorgesehen sind eine stärkere Fokussierung des Mitteleinsatzes (Massnahmen Gleichstellung Mann/Frau), die Zusammenlegung von Krediten (Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Films, Kreatives Europa – Media und Kultur), die Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (Individuelle Prämienverbilligung, Familienzulagen Landwirtschaft) oder die Abklärung von Synergieeffekten (Forschungsbeiträge BLV). Bei zwei dieser Subventionen (Individuelle Prämienverbilligung und Familienzulagen Landwirtschaft) sowie bei den Versicherungsleistungen der Militärversicherung schlägt der Bundesrat eine Haushaltentlastung im Umfang von 75 – 80 Millionen pro Jahr vor. Die dazu nötigen gezielten Gesetzesanpassungen sollen dem Parlament im Rahmen des Stabilisierungsprogramms 2017–2019<sup>1</sup> unterbreitet werden.
- Bei insgesamt 8 Subventionen soll geprüft werden, ob mit Massnahmen wie der Einführung von Leistungsvereinbarungen oder der Ausrichtung von Pauschalbeiträgen die inhaltliche und finanzielle Steuerung und das Verfahren der Subventionsvergabe optimiert werden können. Dies betrifft die Beiträge an die meteorologische Weltorganisation in Genf und an die Organisationen der Alters- und Invalidenhilfe sowie 5 Subventionen im Gesundheitsbereich (Gesundheitsförderung und Prävention, Tiergesundheitsdienste, Qualitätssicherung Milch, Überwachung Tierseuchen, Beitrag Lebensmittelsicherheit).

## Subventionsüberprüfung

Die Grundsätze zur Entrichtung von Finanzhilfen und Abgeltungen sind im 2. Kapitel (Art. 4–10) des Bundesgesetzes über Finanzhilfen und Abgeltungen vom 5.10.1990 (Subventionsgesetz, SuG; SR 616.1) festgehalten: Subventionen sind hinreichend zu begründen, sollen ihren Zweck auf wirtschaftliche und wirkungsvolle Art erreichen, sind einheitlich und gerecht zu leisten sowie nach finanzpolitischen Erfordernissen auszugestalten.

Art. 5 SuG verpflichtet den Bundesrat, sämtliche Subventionen mindestens alle sechs Jahre zu überprüfen und dem Parlament über die Ergebnisse dieser Prüfung Rechenschaft abzulegen. Die Rechenschaftsablage findet teils im Rahmen von Botschaften, mit welchen der Bundesrat dem Parlament mehrjährige Finanzbeschlüsse oder Änderungen bestehender Subventionsbestimmungen beantragt, teils in der Staatsrechnung statt.

Grundsätzlich werden alle Subventionen überprüft und in der Staatsrechnung ausgewiesen. Bei der Subventionsüberprüfung im Rahmen der Staatsrechnung liegt der Fokus auf denjenigen Subventionen, welche nicht in anderen Botschaften überprüft wurden. Zudem werden in diesem Rahmen die «versteckten» Subventionen, die Steuervergünstigungen, alle sechs Jahre einer vertieften Überprüfung unterzogen. Von der Überprüfung befreit sind Subventionen, deren Überprüfung nicht sinnvoll erscheint, weil sie ohnehin auslaufen (Befristung) oder weil der Bundesrat im Grundsatz bereits eine strukturelle Reform der Subvention beschlossen hat.

Jedes Jahr überprüfen ein bis zwei Departemente ihre Subventionen auf die Konformität mit dem SuG. VBS und EFD überprüfen ihre Subventionen im gleichen Jahr, da beide nur über sehr wenige Transferkredite verfügen. Daraus ergibt sich ein sechsjähriger Überprüfungszyklus.

Die Überprüfung erfolgt anhand eines standardisierten Fragebogens, mit welchem insbesondere die Begründung, der Umfang, die Ausgestaltung, die Steuerung sowie das Verfahren der Beitragsvergabe der Subventionen systematisch analysiert werden. So ist beispielsweise die Berechnungsgrundlage der Höhe des Subventionsbeitrags, die Ausgestaltung des Controllings oder die Effizienz der Beitragsvergabe zu erörtern.

Die darauf aufbauende Berichterstattung in der Staatsrechnung umfasst pro Subvention drei Abschnitte: die Zusammenfassung der wichtigsten Merkmale, die kritische Würdigung und der daraus abgeleitete Handlungsbedarf. Das Umsetzungscontrolling erfolgt im Dreijahresrhythmus ebenfalls im Rahmen der Staatsrechnung.

<sup>1</sup> Vernehmlassungsunterlagen unter:  
<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-59671.html>

- Schliesslich soll bei 4 Subventionen die Transparenz in der Finanzberichterstattung erhöht werden, indem die kontem-  
plante Zuordnung zu Eigen- und Transferaufwand angepasst  
wird (Massnahmen Prävention Rassismus und seuchenpoli-  
zeiliche Massnahmen) oder indem die Begründungen mit Zu-  
satzangaben ergänzt werden (Beiträge an die Organisationen  
der Alters- und Invalidenhilfe).

Zusätzlich wurden 22 Subventionen im Rahmen der Botschaft vom 28.11.2014<sup>2</sup> zur Förderung der Kultur in den Jahren 2016–2020 (Kulturbotschaft) überprüft. Diese Subventionen umfassen in der Rechnung 2015 Ausgaben von insgesamt rund 190 Millionen. Ebenfalls im Rahmen separater Botschaften überprüft wurden der Bundesbeitrag an die AHV (2015: 8172 Mio., Botschaft vom 19.11.2014<sup>3</sup> zur Reform der Altersvorsorge 2020) sowie die Abgeltung an Swissmedic (2015: 14 Mio.; Botschaft vom 7.11.2012<sup>4</sup> zur Änderung des Heilmittelgesetzes).

Auf eine Überprüfung verzichtet wurde bei befristeten Subventionen (Sonderbeiträge an die IV-Zinsen sowie an den Krankenkassenprämienausgleich, Anschubfinanzierung zu Gunsten der kantonalen Kinder- und Jugendpolitik). Ebenfalls nicht nochmals überprüft wurden Subventionen, die erst gerade vom Parlament neu beschlossen wurden, die sich derzeit in Revision befinden oder bei denen bereits eine separate Evaluation am Laufen ist (familienergänzende Kinderbetreuung, ausserschulische Kinder- und Jugendförderung, Bundesbeiträge an die Invalidenversicherung sowie die Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV, Nationalphonotek, Filmförderabgaben Fernsehveranstalter sowie Massnahmen zur Behindertengleichstellung). Insgesamt umfassen die 11 nicht geprüften Subventionen ein Volumen von knapp 5,3 Milliarden, wobei rund 3,5 Milliarden alleine auf den Bundesbeitrag an die IV entfallen. Weitere 1,7 Milliarden betreffen ebenfalls Beiträge des Bundes an die Sozialversicherungen (Ergänzungsleistungen AHV und IV, Sonderbeitrag IV-Zinsen und Sonderbeitrag Krankenkassen-Prämienausgleich). Die restlichen 40 Millionen verteilen sich auf 6 Subventionen in den Bereichen Familien- und Jugendpolitik, Kultur und Behindertengleichstellung.

Zusätzliche Informationen zu den einzelnen Subventionen, insbesondere zu den rechtlichen Grundlagen, den gewährten Beträgen sowie der allfälligen Aufteilung der Mittel auf einzelne Elemente finden sich jeweils im Band 2B von Staatsrechnung und Voranschlag sowie in der Datenbank der Bundessubventionen (auf [www.efv.admin.ch](http://www.efv.admin.ch)).

## Überprüfte Subventionen des EDI

### Massnahmen Prävention Rassismus

Fachstelle für Rassismusbekämpfung

A2310.0139

Rechnung 2015:

786 075

#### Beschreibung

Das Generalsekretariat des EDI führt eine Fachstelle für Rassismusbekämpfung, die mit dieser Subvention Präventions- und Sensibilisierungsprojekte zur Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unterstützt. Rund ein Drittel der Subventionen entfällt auf Projekte im schulischen Milieu, während der Rest Privatorganisationen und Stiftungen zugutekommt, die sich gegen Rassismus engagieren.

#### Beurteilung

Diese Subvention ermöglicht die Lancierung zahlreicher Projekte, die anschliessend selbsttragend sind, jedoch ohne die Unterstützung durch den Bund kaum hätten ins Leben gerufen werden können. Es wurde festgestellt, dass die Fachstelle mit dieser Subvention eigene Projekte umsetzte. Solche Ausgaben sollten jedoch im Eigenaufwand und nicht in die Subvention eingestellt werden.

#### Handlungsbedarf

Im Budget 2017 werden 80000 Franken des Subventionskredits in den Eigenaufwand der Fachstelle für Rassismusbekämpfung transferiert, da es sich nicht um Subventionen, sondern um Eigenaufwand zur Realisierung von Projekten der Fachstelle handelt.

### Massnahmen Gleichstellung Frau/Mann

Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

A2310.0138

Rechnung 2015:

4 483 400

#### Beschreibung

Das EBG unterstützt Projekte und Programme zur Förderung der Gleichstellung im Erwerbsleben sowie Beratungsstellen, die Frauen in Fragen des Erwerbslebens sowie Frauen und Männer zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie beraten. Befristet (2009–2016) werden zudem in sehr geringem Umfang (im Durchschnitt rund 145 000 CHF p.a.) Subventionen direkt an Unternehmen vergeben.

#### Beurteilung

Im Bereich der Subventionen für die Beratungsstellen bestehen Doppelspurigkeiten, da die Kantone in der Berufs- und Laufbahnberatung ebensolche Leistungen anbieten. Zudem werden in den Unternehmen zum Teil sehr kleine Projekte direkt gefördert, deren Wirksamkeit durch das EBG evaluiert wurde.

#### Handlungsbedarf

Die Subventionierung wird folgendermassen angepasst: Die Finanzhilfen nach Artikel 15 Gleichstellungsgesetz (GIG,

<sup>2</sup> BBl 2015 497 / FF 2015 461.

<sup>3</sup> BBl 2015 I.

<sup>4</sup> BBl 2013 I.

SR 151.1) an private Institutionen für individuelle Beratungsleistungen sollen ab 2017 degressiv ausgestaltet und per 31.12.2018 beendet werden. Die frei werdenden Mittel werden für Förderprogramme nach Artikel 14 eingesetzt und auf die Ziele der Fachkräfteinitiative ausgerichtet. Analog wird verfahren mit den Mitteln für die befristeten Unternehmensprojekte. Die Evaluation hat gezeigt, dass sich eine Weiterführung dieser Subventionen nicht aufdrängt.

### Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Films; und Kreatives Europa - EU-MEDIA

Bundesamt für Kultur  
A2310.0316 / A2310.0585  
Rechnung 2015:

5 360 706

#### Beschreibung

Das BAK leistet Eurimages, dem Fonds des Europarats zur Förderung des audio-visuellen Sektors einen jährlichen Beitrag (A2310.0316). Diese Subvention trägt durch die Mitwirkung in multilateralen Förderungsinstitutionen und die Beteiligung an Koproduktionen zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit und der Präsenz des Schweizer Films bei. Die Höhe dieses Beitrags hängt von der Intensität der Zusammenarbeit ab.

Die Subvention für das Programm EU-MEDIA (A2310.0585), die Teil des Rahmenprogramms «kreatives Europa» der EU ist, bezweckt die Förderung von Projekten für internationale Filmkooperationen. Die Schweiz nahm bis 2013 am Programm MEDIA teil. Nach der Volksabstimmung vom 9.2.2014 über die Masseneinwanderungsinitiative wurden die Gespräche über eine Fortsetzung der Teilnahme der Schweiz am EU-Filmförderungsprogramm MEDIA von der EU sistiert. Deshalb stimmte der Bundesrat einer Übergangslösung zu, die die Einführung von Kompensationsmassnahmen auf dem Gebiet der Filmförderung vorsehen. Die Verordnung des EDI zu MEDIA (SR 443.122) regelt ihre Umsetzung.

#### Beurteilung

Die finanzielle Beteiligung an Eurimages ist entscheidend, um die Integration und die Präsenz des audio-visuellen Schweizer Schaffens im Rahmen europäischer Projekte sicherzustellen.

Andererseits wurde die provisorische MEDIA-Verordnung bis zum 30. Juni 2016 verlängert, um nicht nur die Fortsetzung laufender Projekte, sondern auch die allfällige Wiederaufnahme der Schweiz in das Programm EU-MEDIA zu gewährleisten. Über die Teilnahme der Schweiz wird im Rahmen der Verhandlungen mit der EU entschieden werden. Der Bundesrat vermeidet mit der Fortsetzung der Ausgleichsmassnahmen allfällige Doppelspurigkeiten zwischen den beiden erwähnten Krediten.

#### Handlungsbedarf

Das BAK wird im Rahmen des Budgetprozesses 2018 prüfen, ob diese beiden finanziellen Unterstützungsbeiträge für den Film unter einem einzigen thematischen Kredit zusammengefasst werden können, was die Kohärenz bezüglich der Subventionsgewährung erhöhen würde.

### Internationale Zusammenarbeit Kultur

Bundesamt für Kultur  
A2310.0467  
Rechnung 2015:

74 612

#### Beschreibung

Diese Pflichtbeiträge gehen an internationale Organisationen, namentlich an die UNESCO und an den Europarat. Das UNESCO-Übereinkommen ermöglicht internationale Kooperationen, mit denen die Bemühungen der Staaten unterstützt werden, die nötigen Massnahmen zum Schutz ihres immateriellen Kulturerbes und die Zusammenarbeit auf regionaler und internationaler Ebene zu fördern. Das Erweiterte Teilabkommen des Europarats bezweckt die Förderung des Tourismus durch die Schaffung von Kulturwegen durch ganz Europa; die Kulturwege erschliessen wenig bekannte Reiseziele, die eine hohe symbolische Bedeutung für die europäische Einheit, Geschichte und Kultur aufweisen.

#### Beurteilung

Aus dem Beitritt zu diesen internationalen Übereinkommen und der supranationalen Entschliessung auf dem Gebiet des Kulturerbes resultiert die Bezahlung von Pflichtbeiträgen. Die Schweiz profitiert stark von diesen Kulturprogrammen und ihrer internationalen Ausstrahlung, weil sie die Attraktivität der Schweiz als Tourismusdestination erhöhen.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

### Weltorganisation für Meteorologie, Genf

Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie  
A6210.0103  
Rechnung 2015:

1 930 558

#### Beschreibung

Rund ein Drittel des Kredits sind Pflichtbeiträge an die Weltorganisation für Meteorologie, eine Sonderorganisation der UNO mit Sitz in Genf. Die Organisation koordiniert u.a. die weltweite Datenerhebung und die Forschungsarbeiten in der Meteorologie, z.B. in der Wettervorhersage, der Luftverschmutzung, der Klimaveränderung oder in der Beobachtung der Entwicklung der Ozonschicht. Die Pflichtbeiträge dienen der Deckung der regulären Ausgaben der Organisation und werden nach einem Verteilschlüssel berechnet, der dem Bruttosozialprodukt der Mitgliedsländer Rechnung trägt. Zwei Drittel des Kredits gehen an Schweizer Institutionen (z.B. Universitäten), welche die Weltorganisation für Meteorologie indirekt mit Dienstleistungen und im Rahmen von multilateralen Programmen unterstützen.

#### Beurteilung

Der Bund hat ein Interesse an meteorologischen und klimatischen Daten von hoher Qualität, deren Erhebung international koordiniert wird. Sie dienen Forschenden in den Bereichen Wetter, Klima und Hydrologie als Arbeitsgrundlage oder werden im privaten Sektor benutzt, z.B. im Flugverkehr.

#### Handlungsbedarf

Die Subventionierung der Weltorganisation hat sich bewährt. Allerdings soll insbesondere das Verfahren der Vergabe der übrigen Beiträge an Institutionen, welche die Weltorganisation unterstützen, in der Verordnung über die Meteorologie und Klimatologie vom 7.11.2007 (MetV; SR 429.11) präzisiert werden. Der Bundesrat wird die Verordnungsanpassung im Jahr 2016 an die Hand zu nehmen.

#### Europäische Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten, Darmstadt

Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie

A6210.0104

Rechnung 2015:

14 254 786

#### Beschreibung

Der Bund leistet einen Pflichtbeitrag an die europäische Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT), der rund 30 europäische Staaten angehören. Tätigkeit von EUMETSAT ist die Beobachtung der Atmosphäre mit Satellitensystemen, welche Daten für die Modelle für Wetterprognosen generieren. Die Organisation leistet mit ihrer Tätigkeit zudem einen Beitrag zur Beobachtung und Einschätzung der Klimaveränderung. Das Budget von EUMETSAT wird hauptsächlich für die Errichtung, den Unterhalt und die Nutzung der Satelliten eingesetzt. Der Pflichtbeitrag an das allgemeine Budget der Organisation und an die obligatorischen Programme wird mit einem auf das Bruttosozialprodukt gestützten Verteilungsschlüssel festgesetzt.

#### Beurteilung

Die Mitgliedschaft bei EUMETSAT ermöglicht der Schweiz den Zugang zu wichtigen Informationen über Klima, Wetter und Strahlungsverhältnisse, welche namentlich in Klimamodellen und für die Wetterprognosen verwendet werden. Die Mitgliedschaft ist kostengünstiger als der Betrieb von eigenen Wettersatelliten.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

#### Weltstrahlungszentrum, Davos

Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie

A6210.0105

Rechnung 2015:

1 366 976

#### Beschreibung

Das Weltstrahlungszentrum in Davos stellt seit 1971 im Auftrag der Weltorganisation für Meteorologie sicher, dass die Strahlungsmessungen in den meteorologischen Beobachtungsnetzen weltweit einheitlich erfolgen. Dazu unterhält es Referenzinstrumente zur Messung der Sonnenstrahlung, führt Instrumentenvergleiche, Instrumentenkalibrierungen und Weiterbildungen für Spezialisten durch. Der Bund beteiligt sich zu 63 Prozent, der Kanton Graubünden und die Gemeinde Davos gemeinsam zu 37

Prozent am Betriebsbudget des Weltstrahlungszentrums. Der Anteil des Bundes wurde mit dem Budget 2016 auf 56 Prozent gesenkt.

#### Beurteilung

Das Weltstrahlungszentrum leistet einen Beitrag zur Stärkung der Weltorganisation für Meteorologie mit Sitz in Genf, zur genaueren Wetter- und Klimavorhersage sowie zur Vereinheitlichung der Strahlenmessung, was im Interesse der Schweiz liegt.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

#### Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage, Reading

Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie

A6210.0106

Rechnung 2015:

2 245 179

#### Beschreibung

Die Aufgaben des europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW) sind die regelmässige Erstellung von mittelfristigen Wetterprognosen für Europa und die Entwicklung numerischer Methoden dazu. Die Schweiz beteiligt sich neben 19 anderen Ländern mit einem nach dem Bruttosozialprodukt gewichteten Pflichtbeitrag.

#### Beurteilung

Die Mitgliedschaft beim EZMW sichert der Schweiz den Zugang zu wichtigen meteorologischen Daten und Unterlagen, welche für das Erstellen von Klima- und Wettervorhersagen, Warnungen sowie Flugwetterprodukten benötigt werden.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

#### Europäische Zusammenarbeit im meteorologischen Bereich

Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie

A6210.0107

Rechnung 2015:

341 969

#### Beschreibung

Bei dieser Subvention handelt es sich um Mitgliederbeiträge an die Interessengruppen EUMETNET und ECOMET, in denen die europäischen Wetterdienste spezifische Programme für die Wetterbeobachtung koordinieren, namentlich die Messung mittels Radaren oder mit Geräten an zivilen Flugzeugen und Schiffen. Der Schweizer Beitrag berechnet sich anhand eines nach dem Bruttosozialprodukt gewichteten Verteilungsschlüssels.

#### Beurteilung

Die beiden Interessengruppen tragen dazu bei, dass die nationalen Wetterbeobachtungsdienste stärker zusammenarbeiten. Dadurch haben diese einfacheren Zugang zu europaweiten Daten

und können Synergien nutzen. Dank den Abkommen ist der Datenaustausch mit Wetterdiensten aus der EU ohne Einschränkungen möglich, wovon neben dem Bund auch private Wetterprognoseanbieter profitieren.

*Handlungsbedarf*

Kein Handlungsbedarf.

**Beitrag Gesundheitsförderung und Prävention**

Bundesamt für Gesundheit

A2310.0109

Rechnung 2015: 11 177 555

*Beschreibung*

Der Beitrag in der Höhe von rund 11 Millionen setzt sich aus unterschiedlichen Subventionen im Bereiche der Gesundheitsförderung und Prävention zusammen. Der Kredit beinhaltet die folgenden Komponenten:

- Pflichtbeitrag WHO und übrige Beiträge an internationale Organisationen ~6,0 Mio.
- Beiträge nationale Referenzzentren/Labor Betäubungsmittel ~2,4 Mio.
- Transplantationsgesetz (nationale Zuteilungsstelle, Stammzellenregister) ~1,5 Mio.
- Beiträge Lungenliga, Rheumaliga ~0,8 Mio.
- SRK (Projekte Gesundheit und Migration) ~0,4 Mio.

*Beurteilung*

Bei den Beiträgen an internationale Organisationen, Referenzzentren und Labors sowie im Bereich des Transplantationsgesetzes gibt es keinen Handlungsbedarf. Bei den Beiträgen an die Gesundheits-Ligen und an die Projekte des SRK ist die finanzielle und inhaltliche Steuerung zu verbessern. Dabei stehen einheitliche Leistungsvereinbarungen und die Ausrichtung von Pauschalbeiträgen statt kostenbasierte Subventionen im Vordergrund. Sollte es sachliche Gründe für die Beibehaltung kostenbasierter Subvention geben, wäre eine Vereinheitlichung und Erhöhung der geforderten Eigenleistungen ins Auge zu fassen.

*Handlungsbedarf*

Das EDI wird bis Ende 2018 die nötigen Massnahmen zur Optimierung der finanziellen und inhaltlichen Steuerung im Bereich der Subventionen an die Gesundheits-Ligen und an Projekte des SRK umsetzen.

**Individuelle Prämienverbilligung (IPV)**

Bundesamt für Gesundheit

A2310.0110

Rechnung 2015: 2 356 049 994

*Beschreibung*

Die Verbilligung der Krankenkassenprämien in der Grundversicherung wird von Bund und Kantonen gemeinsam wahrgenommen. Die Ausgaben für die Prämienverbilligung durch den Bund belaufen sich gemäss Artikel 66 Absatz 2 KVG auf 7,5 Prozent der

Bruttogesundheitskosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP). Die Subvention von rund 2,4 Milliarden wird den Kantonen als Globalbeitrag überwiesen. Die Kantone verfügen über einen grossen Handlungsspielraum bei der Ausgestaltung der Prämienverbilligung. Mit dem Stabilisierungsprogramm 2017–2019 steht eine Senkung des Bundesbeitrags von 7,5 auf 7,3 Prozent der OKP-Bruttokosten zur Diskussion. Gleichzeitig sollen im Rahmen der EL-Reform die Regelungen für die Prämienverbilligung zugunsten von EL-Bezüglern so angepasst werden, dass auch Kantone Entlastungen bei den Prämienverbilligungs-Ausgaben erzielen können.

*Beurteilung*

Die im Rahmen der NFA anvisierte rund hälftige Aufteilung der Ausgaben für die Prämienverbilligung zwischen Bund und Kantonen ist in den letzten Jahren deutlich zu Ungunsten des Bundes ausgefallen. So betrug der Anteil der Kantone an den Gesamtausgaben für die Prämienverbilligung im Jahr 2014 noch insgesamt 44,0 Prozent. Die im Stabilisierungsprogramm 2017–2019 beantragte Senkung des Bundesbeitrags kann dieses Auseinanderdriften von Bundes- und Kantonsbeiträgen lediglich etwas abschwächen.

*Handlungsbedarf*

Das EFD wird die heutige Aufgabenteilung bei der Prämienverbilligung im Rahmen der Erstellung des Berichts in Erfüllung der Motion 13.3363 der FK-N «Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen» zusammen mit dem EDI und den Kantonen überprüfen.

**Versicherungsleistungen Militärversicherung**

Bundesamt für Gesundheit

A2310.0342

Rechnung 2015: 194 088 256

*Beschreibung*

Die SUVA führt die Militärversicherung im Auftrag des Bundes durch. Die Versicherungsleistungen sind im Vergleich zur Kranken- und Unfallversicherung vorteilhaft. So ist der Geltungsbereich des Leistungskatalogs in der Militärversicherung umfassender als in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP). Zudem gibt es in der Militärversicherung im Gegensatz zur OKP weder eine Franchise noch einen Selbstbehalt. Die beruflich und freiwillig Versicherten bezahlen eine Prämie. Diese richtet sich gemäss Militärversicherungsgesetz (Art. 2 Abs. 4) nach der Höhe der Prämien, die den Versicherern der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und der obligatorischen Unfallversicherung für vergleichbare Leistungen entrichtet werden.

*Beurteilung*

Bei den Versicherungsleistungen drängen sich in erster Linie Korrekturen an der Höhe der Integritätsschadensrente auf, welche deutlich über den Leistungen der Unfallversicherung liegt. Zudem reichen die Prämien erträge der Militärversicherung nicht aus, um die Kosten für die insgesamt guten Versicherungs-

leistungen zu finanzieren. Zur Erreichung einer kostendeckenden Prämie müssten die Prämien um rund 14 Prozent erhöht werden.

#### Handlungsbedarf

Der Bundesrat sieht im Rahmen der Vernehmlassung zum Stabilisierungsprogramm 2017–2019 eine Angleichung der Integritätsschadensrente an das UVG sowie eine Erhöhung der Prämien für die beruflich und freiwillig Versicherten vor, so dass die Prämien erträge sämtliche Kosten für die Versicherten decken.

#### Beitrag an Eurostat

Bundesamt für Statistik

A2310.0387

Rechnung 2015: 5 072 752

#### Beschreibung

Dieser Pflichtbeitrag fliesst an Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union, das die auf europäischer Ebene aggregierten Statistiken erstellt. Mit dem Abkommen von 2004 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Kommission über die Zusammenarbeit im Bereich der Statistik werden die statistischen Definitionen und die Methoden in der Statistik auf europäischer Ebene harmonisiert und der Zugang zu den statistischen Daten erleichtert.

#### Beurteilung

Die Teilnahme an Eurostat eröffnet in zahlreichen Bereichen die Möglichkeit, die Statistiken der Schweiz mit denjenigen ihrer europäischen Partner zu vergleichen. Diese Daten vermitteln wichtige und vergleichbare Basisinformationen für die Entscheidungsfindung zahlreicher in- und ausländischer Akteure (u. a. in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft usw.).

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

#### Beiträge an private Organisationen der Alters- und Invalidenhilfe (Leistungen des Bundes an die AHV; Teil / Leistungen des Bundes an die IV; Teil)

Bundesamt für Sozialversicherungen

A2310.0327 / A 2310.0328

Rechnung 2015: 226 888 595

#### Beschreibung

Das BSV entrichtet aus den Mitteln des AHV- und IV-Ausgleichsfonds Finanzhilfen an private Organisationen der Alters- und Invalidenhilfe. Grundlage dafür bilden Art. 101bis des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG; SR 831.10) sowie Art. 74 und 75 des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG; SR 831.20). Finanziert werden damit Ausgaben für die Beratung und Betreuung von betagten und invaliden Personen sowie von deren Angehörigen, Kurse, Koordinations- und Entwicklungsaufgaben sowie die Weiterbildung von Hilfspersonal. Die Kompetenz für die Festlegung der

Höchstgrenzen dieser Finanzhilfen liegt beim Bundesrat. Das BSV regelt die Anspruchsvoraussetzungen und schliesst Leistungsverträge mit den unterstützten Dachverbänden und national tätigen Organisationen ab. Es besteht ein Controlling über die Einhaltung der vereinbarten Leistungen. Die minimal zu erbringenden Eigenleistungen der unterstützten Organisationen liegen bei 20 Prozent.

#### Beurteilung

Da die Finanzhilfen durch die Ausgleichsfonds finanziert werden, werden sie in der Staatsrechnung nicht separat ausgewiesen und der ausgezahlte Betrag unterliegt nicht der Budgethoheit des Parlaments. Unter dem Gesichtspunkt der Finanzierung handelt es sich somit um indirekte Subventionen, die bisher nicht Gegenstand der periodischen Subventionsüberprüfung waren. Weil keine systematische Information des Parlaments erfolgt, besteht die Gefahr eines möglichen Defizits bei der parlamentarischen Oberaufsicht. Der minimale Anteil der Eigenleistungen ist mit 20 Prozent vergleichsweise niedrig, allerdings liegt der durchschnittliche Anteil bei 50 Prozent. Die Differenzen bei den Anteilen sind in der unterschiedlichen Ertragskraft der Organisationen auf dem Spendenmarkt begründet. Weiter fehlen dem Bundesrat geeignete Instrumente zur Durchsetzung des von ihm festgelegten Höchstbetrags (z. B. die Kompetenz zum Erlass einer Prioritätenordnung).

#### Handlungsbedarf

Die unterstützten Organisationen mit den entsprechenden Beträgen werden bereits heute im Internet veröffentlicht. Zur weiteren Verbesserung der Transparenz werden die Finanzhilfen zugunsten der privaten Organisationen der Alters- und Invalidenhilfe künftig im jährlich erscheinenden Bericht über die Sozialversicherungen («ATSG-Bericht») ausführlich dargestellt. Zudem wird in den Begründungen der beiden betroffenen Transferkredite (Leistungen des Bundes an die AHV bzw. an die IV, Band 2B der Staatsrechnung bzw. des Voranschlags) der Betrag genannt, der an die Organisationen ausbezahlt wird, und es wird auf die Darstellung im ATSG-Bericht verwiesen. Zur Verbesserung der Governance über das gesamte Volumen der Subvention wird im Rahmen der laufenden IVG-Revision («Weiterentwicklung der IV») vorgesehen, dass der Bundesrat sowohl für die Finanzhilfen gemäss AHVG wie gemäss IVG eine Prioritätenordnung erlassen kann. Die Vernehmlassung zur Weiterentwicklung der IV wurde am 7.12.2015 eröffnet.

#### Familienzulagen Landwirtschaft

Bundesamt für Sozialversicherungen

A2310.0332

Rechnung 2015: 66 300 000

#### Beschreibung

In der Landwirtschaft werden Familienzulagen nicht aufgrund des Familienzulagengesetzes (FamZG) sondern aufgrund des Bundesgesetzes über Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG) ausgerichtet. Zur Finanzierung der Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmende entrichten die Landwirte

Beiträge von 2 Prozent der auf ihren Betrieben ausgerichteten AHV-pflichtigen Bar- und Naturallöhne. Den Restbetrag sowie die Ausgaben für die Familienzulagen an Landwirtinnen und Landwirte decken zu zwei Dritteln der Bund und zu einem Drittel die Kantone. Zusätzlich stehen die Zinserträge des 1952 gebildeten Fonds für Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern zur Verfügung. Dieser Fonds wird gemäss FLG vom Bund zu mindestens 4 Prozent verzinst; die Zinszahlungen werden für die Herabsetzung der Kantonsbeiträge verwendet.

#### Beurteilung

Während die Familienzulagen der übrigen Erwerbstätigen in der Schweiz von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern gezahlt werden, besteht bei den Familienzulagen nach dem FLG eine Mitbeteiligung von Bund und Kantonen; bei den selbständigen Landwirten werden die Beiträge sogar ganz von Bund und Kantonen übernommen. Zudem entspricht die gesetzlich festgelegte Verzinsung des zweckgebundenen Fonds «Familienzulagen an landwirtschaftlichen Arbeitnehmer und Bergbauern» nicht den geltenden Marktbedingungen.

#### Handlungsbedarf

Das EFD prüft im Rahmen der Erstellung des Berichts in Erfüllung der Motion 13.3363 der FK-N «Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen» zusammen mit dem EDI und den Kantonen, ob die Familienzulagen Landwirtschaft ins allgemeine Familienzulagengesetz überführt werden können. Zudem wird im Rahmen des Stabilisierungsprogramms 2017–2019 eine marktgerechte Verzinsung eingeführt.

### Dachverbände der Familienorganisationen

Bundesamt für Sozialversicherungen

A2310.0333

Rechnung 2015: 1 190 000

#### Beschreibung

Der Bund unterstützt gesamtschweizerisch oder sprachregional tätige private Trägerschaften gestützt auf Artikel 116 Absatz 1 BV mittels Finanzhilfen. Er schliesst mit den unterstützten privaten Trägerschaften (u.a. Pro Familia Schweiz und kibesuisse, Verband Kinderbetreuung Schweiz) Verträge über die Ausrichtung von Finanzhilfen in den Bereichen «Elternberatung und Elternbildung» sowie «familienergänzende Kinderbetreuung» ab. Mit den Mitteln werden freiwillig ausgeübte Tätigkeiten der privaten Trägerschaften unterstützt, sofern sie dem Bundesinteresse entsprechen.

#### Beurteilung

Gestützt auf die Subventionsüberprüfung 2008 hat das BSV die Richtlinien zur Subventionsvergabe überarbeitet und die Anzahl der unterstützten Dachverbände verringert. Das BSV legt pro Vertragsperiode jeweils thematische Schwerpunkte fest. Dies dient dem Ziel einer effizienten Mittelverwendung. Die Finanzhilfen betragen höchstens 50 Prozent der anrechenbaren Aufwendungen. Basis für die Berechnung ist die revidierte

Jahresrechnung. Die Einhaltung der Verträge wird mit einem strukturierten Controllingverfahren (Berichterstattung, Gespräche, Sanktionierung bei Nichterfüllung) überprüft.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

### Kinderschutz/Kinderrechte

Bundesamt für Sozialversicherungen

A2310.0411

Rechnung 2015: 960 625

#### Beschreibung

Die eingesetzten Mittel dienen dem Ziel des Schutzes von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt und Vernachlässigung sowie vor Gefahren im Zusammenhang mit der Nutzung von elektronischen, interaktiven Medien. Zudem geht es um das Verhindern von gewalttätigem Verhalten von Jugendlichen sowie um die Förderung der Kinderrechte. Die subventionierten Leistungen umfassen Projekte und regelmässige Aktivitäten zur Prävention, Information, Beratung, Forschung und Evaluation sowie die Koordination der Umsetzung der Uno-Kinderrechtskonvention in der Schweiz. Subventionsempfänger sind private, nicht gewinnorientierte Organisationen.

#### Beurteilung

Mit der Ausgestaltung der Subvention wird eine effiziente Mittelverwendung gefördert. So dürfen die Finanzhilfen höchstens 50 Prozent der anrechenbaren Ausgaben der geförderten Organisationen betragen. Es werden befristete Leistungsverträge abgeschlossen, deren Einhaltung im Rahmen von Controllinggesprächen überprüft wird.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

### Seuchenpolizeiliche Massnahmen

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

A2310.0118

Rechnung 2015: 23 203

#### Beschreibung

Zur Verhinderung der Einschleppung von Tierseuchen bei der Ein- und Weiterreise von Tieren bezieht das BLV Dienstleistungen von privaten Organisationen und Unternehmungen (u.a. Entsorgungsunternehmen, Diagnostiklabors, private Tierheime, Tierspitäler), deren ungedeckte Kosten von rund 23 000 Franken durch eine Subvention abgegolten werden. Eine genügende spezifische Gesetzesgrundlage für die erwähnte Abgeltung fehlt jedoch.

#### Beurteilung

Bei den Ausgaben zugunsten der für bestimmte Aufgaben beauftragten Dritten handelt es sich nicht um eine Subvention, sondern um externe Dienstleistungen in einem Mandatsverhältnis.

#### Handlungsbedarf

Die Ausgaben für seuchenpolizeiliche Massnahmen werden ab dem Voranschlag 2017 ins Globalbudget des BLV überführt.

#### Forschungsbeiträge

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

A2310.0119

Rechnung 2015: 622 226

#### Beschreibung

Das BLV unterstützt mit diesem Kredit verschiedene Forschungsinstitutionen. Die Subvention entfällt zum grössten Teil auf die Stiftung Forschung 3R, welche nach Möglichkeiten für den Ersatz, die Reduktion und den gezielteren Einsatz von Tierversuchen forscht. Diese Stiftung wird paritätisch durch das BLV und Interpharma finanziert. Das BLV ist mit 2 Personen im 9-köpfigen Stiftungsrat vertreten.

#### Beurteilung

Im Bericht in Erfüllung des Postulats 12.3660 zuhanden der eidg. Räte äussert sich der Bundesrat zur Zukunft der Stiftung Forschung 3R und Alternativmethoden für Tierversuche. In diesem Bericht wird die Prüfung der Schaffung eines nationalen Kompetenzzentrums 3R im Rahmen der BFI-Mittel in Aussicht gestellt. In der vom Bundesrat kürzlich verabschiedeten BFI-Botschaft 2017-2020 wird bestätigt, dass die Prüfung einer Finanzierung «eines nationalen Netzwerkes im Bereiche der Tierversuchsforschung» erfolgen wird. Die Stiftung Forschung 3R soll parallel zum allfälligen Kompetenzzentrum weitergeführt werden. Die Aufgabenerfüllung durch die beiden Organisationen soll jedoch insgesamt optimiert werden. Erste Schritte dazu wurden bereits an die Hand genommen.

#### Handlungsbedarf

Das EDI wird die Möglichkeiten einer sinnvollen Aufgabenteilung zwischen der Stiftung und dem zur Diskussion stehenden neuen Kompetenzzentrum mit dem Ziel einer Optimierung der Aufgabenerfüllung im Bereich der Forschung 3R prüfen. Die Ergebnisse der Prüfaufträge sollen dem Parlament spätestens mit dem Subventionsüberprüfungs-Controlling im Jahr 2019 unterbreitet werden.

#### Beiträge an internationale Institutionen

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

A2310.0120

Rechnung 2015: 476 546

#### Beschreibung

Die Zusammenarbeit mit den verschiedenen internationalen Organisationen erlaubt es der Schweiz, sich für die Menschen- und Tiergesundheit sowie für den Tier- und Artenschutz auf globaler Ebene zu engagieren und vom Wissen und der Erfahrung der Institutionen und anderer Staaten zu profitieren. Finanziell unterstützt werden mit rund 0,5 Millionen vor allem die «World Organization for Animal Health», die «Convention on Interna-

tional Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora» sowie die «International Whaling Commission».

#### Beurteilung

Insbesondere bei den Pflichtbeiträgen an internationale Organisationen bestehen aufgrund der entsprechenden internationalen Verträge kaum materielle Steuerungsmöglichkeiten für den Bund. Das Beitragsverfahren kann insgesamt als einfach und effizient bezeichnet werden.

#### Handlungsbedarf

Kein Handlungsbedarf.

#### Beiträge an die Tiergesundheitsdienste

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

A2310.0121

Rechnung 2015: 1 498 299

#### Beschreibung

Mit den Subventionen an die Tiergesundheitsdienste (Schweinegesundheitsdienst, Beratungs- und Gesundheitsdienst Kleinviehwiederkäuer, Rindergesundheitsdienst, Bienengesundheitsdienst) sollen Tierseuchen möglichst verhindert und im Ausbruchsfalle rasch und wirkungsvoll bekämpft werden.

#### Beurteilung

Die finanzielle und materielle Steuerung der Finanzhilfen an die Organisationen erfolgt nicht einheitlich. Zudem besteht auch ein gewisses Optimierungspotenzial in der Steuerung der Subventionen.

#### Handlungsbedarf

Das EDI wird bis spätestens Ende 2018 eine Vereinheitlichung der Subventionspraxis (verstärkte Ausrichtung der Subventionen nach Kosten-/Nutzenüberlegungen) und des Subventionsverfahrens (Standardleistungsvereinbarungen) umsetzen.

#### Qualitätssicherung Milch

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

A2310.0122

Rechnung 2015: 3 987 500

#### Beschreibung

Die Beiträge zugunsten der Milchproduzenten und Milchverwerter sollen sicherstellen, dass das Produkt aus gesundheitlicher Sicht schweizweit nach einheitlichen Kriterien verwendet und konsumiert werden kann. Die finanzielle Unterstützung durch den Bund ist so angelegt, dass Eigenleistungen der Milchproduzenten und Milchverwerter (20-30 %) erbracht werden müssen, womit eine gewisse Selbstverantwortung der Branche gegeben ist. Mit dem Stabilisierungsprogramm 2017-2019 wird ein erster Schritt zur Erhöhung der Eigenleistung gemacht, indem die Subvention gegenüber dem Legislaturfinanzplan 2017-2019 um 1,0 Millionen pro Jahr gekürzt werden soll.

#### Beurteilung

Es besteht bei der Subventionierung insofern noch Optimierungspotenzial, als eine stärkere Selbstverantwortung der Branche anvisiert werden sollte. Zudem sind Verbesserungen in der Steuerung der Beiträge für die Kosten der Prüflabors möglich. Schliesslich fehlt im Landwirtschaftsgesetz seit der Revision im Rahmen der Agrarpolitik 2014-17 explizite Rechtsgrundlage für die Subventionierung der Qualitätssicherungs-Massnahmen.

#### Handlungsbedarf

Das EDI wird zur Stärkung der Selbstverantwortung der Branche eine degressive Ausgestaltung der Bundesbeiträge und damit steigende Eigenleistungen vorsehen. Zudem wird es den Prüflabors Pauschalbeiträgen ausrichten. Diese Massnahmen sollen bis spätestens Ende 2017 umgesetzt werden.

Das WBF wird zusammen mit dem EDI bei einer nächsten Revision des Landwirtschaftsgesetzes die Rechtsgrundlage für diese Bundessubvention (Art. 11 Landwirtschaftsgesetz) präzisieren.

### Überwachung Tierseuchen

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

A2310.0500

Rechnung 2015: 2 967 000

#### Beschreibung

Mit den Abgeltungen des Bundes an die Kantone sollen Optimierungen und eine Stärkung der Tierseuchenprävention mittels schweizweiten Früherkennungs- und Überwachungsprogrammen erzielt werden. Die Ausgaben zugunsten der Kantone werden durch die zweckgebundenen Erträge aus der Schlachtabgabe finanziert. Das BLV konzipiert die Überwachungsprogramme unter Berücksichtigung von wissenschaftlichen Kriterien und steuert mit den Subventionen die Durchführung der Programme. Die Abgeltungen erfolgen rein aufwandorientiert.

#### Beurteilung

In der materiellen Steuerung der Subventionen sind gewisse Optimierungen möglich, dies insbesondere im Bereiche der Wirksamkeit der Programme und der Mittelverteilung auf die Kantone. Die geltende gesetzliche Subventionsbestimmung ist zu wenig präzise formuliert.

#### Handlungsbedarf

Das EDI wird die Subventionsgewährung überprüfen mit dem Ziel, die Wirksamkeit der Präventions- und Überwachungsprogramme der Kantone zu erhöhen (z.B. über Leistungsvereinbarungen, Einführung von Global- oder Pauschalbeiträgen anstelle von aufwandorientierten Abgeltungen). Ebenso soll darauf geachtet werden, dass die Verteilung der Ressourcen auf die Kantone vermehrt nach Kosten-/Nutzenüberlegungen erfolgt. Die Massnahmen werden spätestens bis Ende 2018 umgesetzt. Schliesslich wird die geltende Subventionsbestimmung bei der nächsten Revision des Tierseuchengesetzes entsprechend der geltenden Praxis präzisiert.

### Beitrag Lebensmittelsicherheit

Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

A2310.0582

Rechnung 2015: 379 860

#### Beschreibung

Die Subventionen auf diesem Kredit dienen einerseits der Information der Bevölkerung in der Schweiz über ernährungswissenschaftliche Erkenntnisse von allgemeinem Interesse, welche namentlich für die Gesundheitsvorsorge und den Gesundheitsschutz von Bedeutung sind (Finanzhilfe an Schweiz. Gesellschaft für Ernährung, SGE). Andererseits werden Abgeltungen an die Referenzlaboratorien für die Untersuchungen von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen zum Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsgefährdungen ausbezahlt.

#### Beurteilung

Die Neuerungen mit der neuen Lebensmittelgesetzgebung im Bereiche der Referenzlabors bieten die Möglichkeit, mit der Subventionssteuerung ein optimales Kosten-/Nutzenverhältnis des Ressourceneinsatzes zu erreichen. Bei den Finanzhilfen an die SGE sind vor allem im Subventionsverfahren Vereinfachungen möglich.

#### Handlungsbedarf

Das EDI wird mit dem geplanten Inkrafttreten des neuen Lebensmittelgesetzes voraussichtlich auf Mitte 2017 für das Beitragsverfahren im Bereiche der Referenzlaboratorien soweit wie möglich und sinnvoll Wettbewerbselemente einführen. Im Vordergrund stehen Ausschreibungen und die Gewährung von Pauschalabgeltungen für eine effiziente Leistungserbringung. Im Bereiche der Subvention an die SGE werden zwecks optimaler Steuerung der Subvention Leistungsvereinbarungen eingeführt. Die Massnahmen sollen bis spätestens bis Ende 2017 umgesetzt werden.

### In anderen Botschaften überprüfte Subventionen des EDI

Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2016-2020 (BBl 2015 497).

- GS EDI/A2310.0469 Schweizerisches Nationalmuseum (R 2015: 26 185 600)
- GS EDI/A2310.0497 Pro Helvetia (R 2015: 35 495 000)
- BAK/A2310.0298 Unterstützung kultureller Organisationen (R 2015: 3 394 000)
- BAK/A2310.0300 Kulturabgeltung an die Stadt Bern (R 2015: 1 020 000)
- BAK/A2310.0304 Förderung von Kultur und Sprache im Tessin (R 2015: 2 429 700)
- BAK/A2310.0305 Förderung von Kultur und Sprache in Graubünden (R 2015: 4.858.300)
- BAK/A2310.0306 Verständigungsmassnahmen (R 2015: 5 799 475)
- BAK/A2310.0307 Förderung der Ausbildung junger Auslandschweizer/innen (R 2015: 20 993 315)

- BAK/A2310.0311 Unterstützung der Fahrenden (R 2015: 407 169)
- BAK/A2310.0315 Förderung Filme (R 2015: 26 645 369)
- BAK/A2310.0324 Kulturgütertransfer (R 2015: 698 134)
- BAK/A2310.0457 Museen, Sammlungen, Netzwerke Dritter (R 2015: 11 009 101)
- BAK/A2310.0491 Preise, Auszeichnungen und Ankäufe (R 2015: 5 489 146)
- BAK/A2310.0492 Anlässe und Projekte (R 2015: 1 138 017)
- BAK/A2310.0493 Filmkultur (R 2015: 16 295 904)
- BAK/A2310.0494 Förderung musikalischer Bildung (R 2015: 516 500)
- BAK/A2310.495 Leseförderung (R 2015: 4 355 000)
- BAK/A2310.0508 Beitrag Unterbringung Schweizer Institut in Rom (R 2015: 121 512)
- BAK/A2310.0589 Schweizerisches Filmarchiv (Cinémathèque suisse) (ab Voranschlag 2016)
- BAK/A2310.0590 Förderung Literatur (ab Voranschlag 2016)
- BAK/A2310.0591 Kulturelle Teilhabe (ab Voranschlag 2016)
- BAK/A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege (R 2015: 24 561 328)

Botschaft zur Änderung des Heilmittelgesetzes (BBl 2013 1):

- GS EDI/A2310.0408 Beitrag Swissmedic (R 2015: 13 957 800)

Botschaft zur Reform der Altersvorsorge 2020 (BBl 2015 1)

- BSV/A2310.0327 Leistungen des Bundes an die AHV (R 2015: 8 172 067 523)

## Nicht überprüfte Subventionen des EDI

### Massnahmen Behindertengleichstellung

Büro für Behindertengleichstellung

A2310.0140

Rechnung 2015: 2 178 170

Diese Subvention wurde bereits 2015 überprüft. Der Bundesrat beauftragte aufgrund der Ergebnisse das EDI, bis Ende 2016 mit der Ausarbeitung geeigneter Lösungsvorschläge, mit denen sich die bestehenden Massnahmen auf Bundes- und Kantonebene besser koordinieren lassen.

### Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter

Bundesamt für Kultur

A2310.0454

Rechnung 20015: 361.000

Bei dieser Abgabe handelt es sich nicht um eine Subvention. Sie hängt von den Ersatzabgaben der Fernsehveranstalter ab. Ihre Verwendung steht in Zusammenhang mit der Filmförderungsabgabe, die mit der Kulturbotschaft 2016-2020 gesteuert wird.

### Nationalphonotek

Schweizerische Nationalbibliothek

A6210.0144

Rechnung 2015: 1 582 400

Die Schweizerische Nationalphonothek wurde per 1. Januar 2016 in die Schweizerische Nationalbibliothek integriert. Seit-her existiert keine entsprechende Subvention mehr.

### Sonderbeitrag an Krankenkassenprämien-Ausgleich

Bundesamt für Gesundheit

A2310.0584

Rechnung 2015: 88 666 667

Bei dieser Subvention handelt es sich um einen zeitlich befristeten Sonderbeitrag des Bundes an den Prämienausgleich von insgesamt 266 Millionen gemäss Beschluss der eidgenössischen Räte vom 21.3.2014 (Art. 106a, Abs. 5 und 6 KVG). Den Versicherten in Kantonen, welche in der Vergangenheit zu viele Prämien bezahlten, sollen insgesamt 800 Millionen zurückerstattet werden. Die Versicherten, die Versicherer und der Bund sollen dabei für je einen Drittel dieser Summe aufkommen. Empfänger des Sonderbeitrags des Bundes ist ein bei der Gemeinsamen Einrichtung gemäss KVG eingerichteter Fonds, aus welchem die Mittel den Versicherern zwecks Verteilung an die begünstigten Versicherten ausbezahlt werden. Der Sonderbeitrag des Bundes fällt in den Jahren 2015 bis 2017 zu je einem Drittel an, was rund 88,7 Millionen pro Jahr ergibt. Weil die Subvention im Budgetjahr 2017 ausläuft, ist eine Überprüfung weder zweckmässig noch sinnvoll.

### Leistungen des Bundes an die IV

Bundesamt für Sozialversicherungen

A2310.0328

Rechnung 2015: 3 533 031 796

Der Beitrag des Bundes an die Invalidenversicherung ist seit 2014 an die Entwicklung der Mehrwertsteuererträge gekoppelt. Zum Zeitpunkt der Subventionsüberprüfung im Sommer 2015 war der neue Mechanismus also erst in einem Jahr vollständig umgesetzt worden. Die Leistungen der IV sind zudem Gegenstand der geplanten Teilrevision des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung. Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur entsprechenden Vorlage zur «Weiterentwicklung der Invalidenversicherung» am 7. Dezember 2015 eröffnet. Im Rahmen der Subventionsüberprüfung wurden daher einzig die durch den Ausgleichsfonds der IV finanzierten Finanzhilfen zugunsten der Dachorganisationen der privaten Behindertenhilfe geprüft.

**Ergänzungsleistungen zur AHV und  
Ergänzungsleistungen zur IV**

Bundesamt für Sozialversicherungen

A2310.0329 und A2310.0384

Rechnung 2015: 1 458 533 724

Der Bund zahlt einen Anteil von 5/8 der Ergänzungsleistungen (EL), die der Existenzsicherung dienen. Die künftigen Leistungen dieser Sozialversicherung sind Gegenstand der geplanten Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen. Der entsprechende Gesetzesentwurf wurde vom Bundesrat am 25.11.2015 in die Vernehmlassung geschickt. Zudem wird die Berechnung des Bundesbeitrags im Rahmen des Stabilisierungsprogramms 2017–2019 auf Verordnungsebene angepasst; neu wird der Bundesbeitrag anhand der anfallenden Kosten im April des laufenden Jahres (anstatt Dezember des Vorjahres) berechnet. Auf eine Überprüfung dieser zwei Subventionen wurde daher verzichtet.

**Familienergänzende Kinderbetreuung**

Bundesamt für Sozialversicherungen

A2310.0334

Rechnung 2015: 26 518 256

Gestützt auf das Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung werden seit 2003 Finanzhilfen gezahlt, mit denen die Schaffung neuer Betreuungsplätze gefördert wird. Die als befristete Anschubfinanzierung ausgestaltete Subvention wurde vom Parlament am 16.9.2014 letztmals (bis Ende Januar 2019) verlängert. Der Bundesrat hat dazu im Rahmen des Kommissionsberichts zur Pa Iv Quadranti 13.451 «Weiterführung und Weiterentwicklung der Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung» Stellung bezogen. Auf eine erneute Überprüfung der Subvention wurde daher verzichtet.

**Ausserschulische Kinder- und Jugendförderung**

Bundesamt für Sozialversicherungen

A2310.0385

Rechnung 2015 9 306 010

Gestützt auf das KJFG kann der Bund privaten Trägerschaften sowie Kantonen und Gemeinden Finanzhilfen für die ausserschulische Jugendarbeit gewähren. Das Gesetz ist Anfang 2013 in Kraft getreten. Auf eine Überprüfung wurde verzichtet, weil zum Zeitpunkt der Überprüfung im Sommer 2015 erst zweieinhalb Jahre Erfahrungen mit dem Gesetz bestanden hatten. 2018 ist eine Evaluation des Gesetzes geplant. Ab dann soll die Subvention Gegenstand der periodischen Subventionsüberprüfung sein.

**Sonderbeitrag an die IV-Zinsen**

Bundesamt für Sozialversicherungen

A2310.0453

Rechnung 2015 160 100 000

Im Rahmen der IV-Zusatzfinanzierung übernimmt der Bund in den Jahren 2011–2018 die Zinsen der IV für die Schuld gegenüber dem Ausgleichsfonds der AHV. Da die Subvention befristet ist, wurde auf ihre Überprüfung verzichtet.

**Anschubfinanzierung zugunsten kantonaler Kinder- und  
Jugendpolitik**

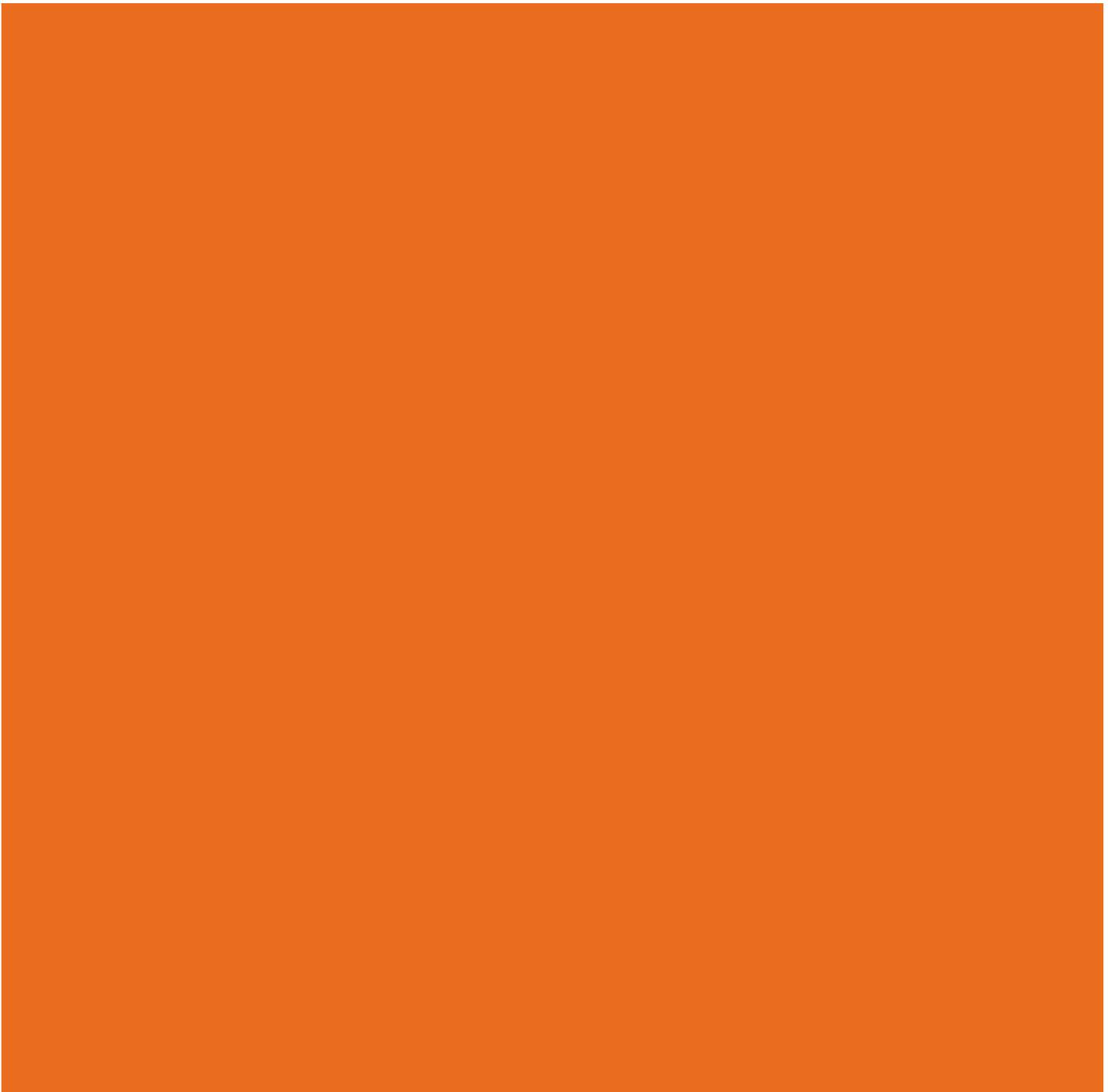
Bundesamt für Sozialversicherungen

A2310.0489

Rechnung 2015 1 287 500

Gestützt auf Art. 26 KJFG kann der Bund während 8 Jahren (2013–2020) Finanzhilfen für kantonale Programme im Bereich Aufbau und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik gewähren. Wegen der Befristung wurde auf eine Überprüfung der Subvention verzichtet.







## A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung			Bilanz	
	Ordentliches Finanzierungs- Ergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentlicher Ertrag	Ordentlicher Aufwand	Eigenkapital	Brutto- schulden
2015	2 337	67 580	65 243	1 265	67 259	65 993	-20 748	103 805
2014	-124	63 876	64 000	997	64 877	63 880	-22 790	108 797
2013	1 332	65 032	63 700	27	65 136	65 109	-24 008	111 638
2012	1 262	62 997	61 736	1 705	64 041	62 336	-24 999	112 406
2011	1 912	64 245	62 333	3 013	65 693	62 680	-27 400	110 516
2010	3 568	62 833	59 266	4 139	63 523	59 385	-29 502	110 561
2009	2 721	60 949	58 228	6 420	64 146	57 726	-33 869	110 924
2008	7 297	63 894	56 598	7 461	64 047	56 587	-41 187	121 771
2007	4 127	58 092	53 965	3 711	58 000	54 289	-81 742	120 978
2006	2 534	54 911	52 377	2	55 230	55 228	-91 010	123 593
2005	-121	51 282	51 403	-2 646	51 871	54 517	-94 208	130 339
2004	-1 656	48 629	50 285	-5 721	49 037	54 758	-92 910	126 685
2003	-2 801	47 161	49 962	-6 905	47 435	54 340	-86 568	123 711
2002	-2 629	47 405	50 033	-6 449	46 815	53 264	-79 663	122 366
2001	-225	48 911	49 135	-4 862	46 914	51 776	-76 055	106 812
2000	3 970	51 101	47 131	964	50 616	49 653	-70 423	108 110
1999	-2 352	43 016	45 368	-4 153	43 353	47 506	-71 968	102 254
1998	-858	44 134	44 992	-1 678	45 262	46 941	-52 917	109 620
1997	-5 269	38 852	44 122	-5 375	38 343	43 718	-52 581	97 050
1996	-3 743	39 477	43 220	-5 003	39 429	44 431	-47 206	88 418
1995	-3 263	37 266	40 528	-5 014	37 400	42 415	-41 583	82 152
1994	-5 102	36 239	41 341	-5 693	36 623	42 316	-36 569	75 714
1993	-7 818	32 782	40 600	-6 251	33 617	39 868	-30 875	67 520
1992	-2 863	34 953	37 816	-4 031	35 515	39 545	-24 624	55 297
1991	-2 012	33 490	35 501	-3 122	34 091	37 213	-20 594	43 915
1990	1 058	32 673	31 616	-301	32 933	33 234	-17 493	38 509

## A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)

### Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>	<b>22 693</b>	<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	<b>21 724</b>
2015	Verkauf Sapomp Wohnbau AG	29	–	–
	Gewinneinziehung FINMA	4		
	Neuvergabe Mobilfunkfrequenzen	139		
	Sanktionen WEKO	186		
	Nachlassliquidation Swissair	135		
2014	Gewinneinziehung FINMA	68	–	–
	Swisscom Aktienverkauf	145		
2013	Gewinneinziehung FINMA	59	–	–
	Swisscom Aktienverkauf	1 247		
2012	Neuvergabe Mobilfunkfrequenzen	738	–	–
2011	Verkauf Sapomp Wohnbau AG	256	Sanierungsbeitrag PK SBB	1 148
	Swisscom Aktienverkauf	34	Infrastrukturfonds	850
2010	–	–	Rückverteilung CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	427
2009	Pflichtwandelanleihe UBS	6 807	–	–
	CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	217		
2008	CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	219	Pflichtwandelanleihe UBS	5 928
	Übernahme Swiss durch Lufthansa	64	Infrastrukturfonds	2 600
			Asyl- und Flüchtlingsbereich	113
			Übergang NFA	1 546
			PUBLICA	954
2007	Swisscom Aktienverkauf	754	Golderlös	7 038
2006	Swisscom Aktienverkauf	3 203	–	–
2005	Swisscom Aktienverkauf	1 350	–	–
	Golderlös	7 038		
2004	–	–	Deckungskapitalien BVBD Post	204
			Deckungskapitalien ETH-Professoren	846
			Deckungskapitalien skyguide	20
			Aktienkapitalzuschuss skyguide	50
2003	–	–	–	–

### Ausserordentlicher Haushalt vor Einführung der Schuldenbremse (zu statistischen Zwecken)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	<b>Ausserordentliche Einnahmen</b>		<b>Ausserordentliche Ausgaben</b>	
2002	Swisscom Aktienverkauf	3 703	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	689
2001	Einnahmen aus UMTS-Lizenzen	203	Aufrechterhaltung Flugbetrieb	1 080
2000	Einnahmen aus WLL-Lizenzen	582	–	–
1999	–	–	Konjunkturprogramm 1997	288
1998	Börsengang Swisscom	2 940	Zahlungsspitze SBB	1 598
1997	–	–	–	–
1996	–	–	Zahlungsspitze Prämienverbilligung KVG	620

Hinweis: Die erstmalige Anwendung der Schuldenbremse erfolgte mit dem Voranschlag 2003. Die ausserordentlichen Transaktionen gemäss Schuldenbremse wurden vom Parlament genehmigt. Die Liste der ausserordentlichen Transaktionen vor Einführung der Schuldenbremse hat rein statistische Zwecke und keine präjudizielle Wirkung.

### A03 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014	
							absolut	%
1 Gesamteinnahmen	64 535	63 735	66 338	64 089	67 665	68 074	3 985	6,2
2 Ausserordentliche Einnahmen	290	738	1 306	213	139	493		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	64 245	62 997	65 032	63 876	67 527	67 580	3 704	5,8
4 Konjunkturfaktor	1,007	1,012	1,008	1,006	0,995	1,011	0,005	
<b>5 Ausgabenplafond</b> (Art. 13 FHG) [5=3x4]	<b>64 695</b>	<b>63 753</b>	<b>65 552</b>	<b>64 259</b>	<b>67 189</b>	<b>68 324</b>	<b>4 065</b>	<b>6,3</b>
6 Konjunkturrell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	-450	-756	-520	-383	338	-743		
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	1 998	–	–	–	–	–		
8 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto)	–	–	–	–	–	–		
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto)	–	–	66	–	–	–		
10 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen)	166	435	–	–	–	–		
<b>11 Höchstzulässige Ausgaben</b> [11=5+7-8-9-10]	<b>66 527</b>	<b>63 319</b>	<b>65 486</b>	<b>64 259</b>	<b>67 189</b>	<b>68 324</b>	<b>4 065</b>	<b>6,3</b>
12 Gesamtausgaben gemäss R / VA	64 331	61 736	63 700	64 000	67 116	65 243	1 243	1,9
<b>13 Differenz</b> (Art. 16 FHG) [13=11-12]	<b>2 197</b>	<b>1 583</b>	<b>1 786</b>	<b>259</b>	<b>73</b>	<b>3 081</b>		

### A03 Stand Ausgleichskonto

Mio. CHF	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
14 Stand Ausgleichskonto per 31.12. des Vorjahres	15 614	17 811	19 394	21 180	21 439		
15 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto) [=8]	–	–	–	–	–		
16 Differenz (Art. 16 FHG) [=13]	2 197	1 583	1 786	259	3 081		
<b>17 Zwischentotal</b> [17=14+15+16]	<b>17 811</b>	<b>19 394</b>	<b>21 180</b>	<b>21 439</b>	<b>24 520</b>	<b>3 081</b>	<b>14,4</b>
18 Reduktion Ausgleichskonto (Art. 66 FHG)	–	–	–	–	–		
19 Inkraftsetzung Ergänzungsregel (Art. 66 FHG)	–	–	–	–	–		
<b>20 Stand Ausgleichskonto per 31.12.</b> [20=17+18+19]	<b>17 811</b>	<b>19 394</b>	<b>21 180</b>	<b>21 439</b>	<b>24 520</b>	<b>3 081</b>	<b>14,4</b>

### A03 Stand Amortisationskonto

Mio. CHF	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
21 Stand Amortisationskonto per 31.12. des Vorjahres	416	-1 127	46	1 418	1 631		
22 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 17a FHG)	1 998	–	–	–	–		
23 Ausserordentliche Einnahmen (Art. 17a FHG)	-290	738	1 306	213	493		
24 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto) [=9]	–	–	66	–	–		
25 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen) [=10]	166	435	–	–	–		
<b>26 Stand Amortisationskonto per 31.12.</b> [26=21-22+23+24+25]	<b>-1 127</b>	<b>46</b>	<b>1 418</b>	<b>1 631</b>	<b>2 125</b>	<b>493</b>	<b>30,2</b>

## B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014	
							absolut	%
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>64 245</b>	<b>62 997</b>	<b>65 032</b>	<b>63 876</b>	<b>67 527</b>	<b>67 580</b>	<b>3 704</b>	<b>5,8</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>58 996</b>	<b>58 788</b>	<b>60 838</b>	<b>60 197</b>	<b>63 755</b>	<b>63 192</b>	<b>2 994</b>	<b>5,0</b>
Direkte Bundessteuer	17 891	18 342	18 353	17 975	20 369	20 125	2 150	12,0
Verrechnungssteuer	4 861	4 335	5 942	5 631	5 314	6 617	986	17,5
Stempelabgaben	2 857	2 136	2 143	2 148	2 425	2 393	245	11,4
Mehrwertsteuer	21 642	22 050	22 561	22 614	23 770	22 454	-159	-0,7
Übrige Verbrauchssteuern	7 341	7 543	7 414	7 342	7 328	7 029	-313	-4,3
Mineralölsteuern	5 020	5 033	5 005	4 972	5 045	4 717	-255	-5,1
Tabaksteuer	2 208	2 397	2 295	2 257	2 170	2 198	-59	-2,6
Biersteuer	113	113	113	113	113	114	1	0,7
Verkehrsabgaben	2 323	2 293	2 242	2 212	2 290	2 224	12	0,6
Automobilsteuer	408	412	369	354	390	393	40	11,2
Nationalstrassenabgabe	360	352	356	364	370	373	9	2,4
Schwerverkehrsabgabe	1 555	1 529	1 517	1 493	1 530	1 457	-36	-2,4
Zölle	1 046	1 044	1 059	1 068	950	1 056	-13	-1,2
Spielbankenabgabe	376	329	308	285	300	272	-14	-4,8
Lenkungsabgaben	660	716	816	919	1 006	1 019	100	10,8
Lenkungsabgabe VOC	127	125	129	118	125	125	8	6,4
Altlastenabgabe	35	35	38	42	36	42	1	1,9
Lenkungsabgabe CO2	498	556	649	760	845	851	91	12,0
Übrige Fiskaleinnahmen	–	–	–	3	3	3	0	-1,1
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 410</b>	<b>938</b>	<b>922</b>	<b>591</b>	<b>677</b>	<b>1 202</b>	<b>611</b>	<b>103,4</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	269	267	242	236	241	230	-6	-2,7
Gewinnausschüttung SNB	833	333	333	–	167	667	667	–
Zunahme des Münzumlafs	54	87	93	89	67	68	-21	-23,7
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	221	218	220	239	180	206	-34	-14,1
Übrige Regalien und Konzessionen	33	33	34	26	22	32	6	22,1
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>1 601</b>	<b>1 328</b>	<b>1 179</b>	<b>1 068</b>	<b>1 047</b>	<b>1 218</b>	<b>150</b>	<b>14,1</b>
Zinseinnahmen	369	353	237	230	243	282	52	22,6
Finanzanlagen	24	40	16	12	9	75	63	510,7
Darlehen	64	58	52	55	78	62	7	12,9
Bevorschussung an FinöV-Fonds	193	176	165	158	150	139	-18	-11,7
Übrige Zinseinnahmen	88	79	4	5	5	5	1	12,2
Kursgewinne	169	107	85	57	–	129	73	128,0
Beteiligungseinnahmen	838	867	853	781	804	802	21	2,7
Übrige Finanzeinnahmen	226	1	3	1	1	5	5	728,8
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>1 645</b>	<b>1 721</b>	<b>1 806</b>	<b>1 747</b>	<b>1 838</b>	<b>1 738</b>	<b>-10</b>	<b>-0,6</b>
Entgelte	1 200	1 251	1 331	1 290	1 322	1 182	-108	-8,4
Wehrpflichtersatzabgabe	157	160	163	174	165	173	-1	-0,4
Gebühren	225	241	252	247	249	260	12	5,0
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	76	78	73	76	73	78	1	1,7
Verkäufe	101	91	95	111	120	102	-8	-7,4
Rückerstattungen	132	130	134	113	120	–	-113	-100,0
EU Zinsbesteuerung	97	114	139	115	118	71	-43	-37,8
Übrige Entgelte	411	436	475	454	477	498	44	9,6
Verschiedene Einnahmen	445	469	475	457	516	556	99	21,6
Einnahmen aus Liegenschaften	361	386	398	369	364	364	-5	-1,4
Übrige verschiedene Einnahmen	84	83	77	88	152	192	104	118,5
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>593</b>	<b>222</b>	<b>286</b>	<b>272</b>	<b>209</b>	<b>231</b>	<b>-41</b>	<b>-15,2</b>
Veräusserung von Sachanlagen	45	50	131	71	54	37	-34	-47,7
Rückzahlung von Darlehen	186	172	155	199	155	194	-6	-2,8
Übrige Investitionseinnahmen	362	1	1	3	–	0	-2	-87,5

## B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>2,7</b>	<b>3,7</b>	<b>2,3</b>	<b>5,3</b>	<b>2,5</b>	<b>1,3</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>2,4</b>	<b>5,0</b>	<b>2,7</b>	<b>5,3</b>	<b>2,6</b>	<b>1,7</b>
Direkte Bundessteuer	4,7	6,3	4,2	5,5	3,8	3,0
Verrechnungssteuer	-16,0	-5,1	-0,3	26,7	3,5	8,0
Stempelabgaben	-3,1	16,4	-4,3	3,3	-1,1	-4,3
Mehrwertsteuer	5,6	4,9	3,3	3,5	2,4	0,9
Übrige Verbrauchssteuern	7,6	3,9	0,4	2,3	-0,1	-1,1
Mineralölsteuern	7,5	3,1	0,2	1,0	-0,3	-1,5
Tabaksteuer	8,1	6,4	0,8	5,6	0,3	-0,1
Biersteuer	8,8	1,1	0,2	0,4	1,3	0,3
Verkehrsabgaben	6,7	15,7	15,6	9,6	3,6	-1,1
Automobilsteuer	-	-	-0,8	4,0	3,3	-0,9
Nationalstrassenabgabe	6,7	2,6	1,2	1,9	2,8	0,9
Schwerverkehrsabgabe	6,8	0,3	40,2	17,5	3,9	-1,6
Kombinierter Verkehr	-	-	-	-100,0	-	-
Zölle	-0,5	-3,3	0,0	-0,2	0,1	0,2
Spielbankenabgabe	-14,5	-12,3	300,1	24,1	-4,3	-7,8
Lenkungsabgaben	-	-	738,6	4,2	43,5	11,5
Lenkungsabgabe VOC	-	-	-	5,0	0,0	-0,3
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	-	-	39,0	41,8	-100,0	-
Altlastenabgabe	-	-	-	1,1	5,5	4,7
Lenkungsabgabe CO2	-	-	-	-	-	14,4
Übrige Fiskaleinnahmen	-5,5	-16,6	-29,1	-48,8	-100,0	-
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>-0,6</b>	<b>11,9</b>	<b>12,0</b>	<b>6,3</b>	<b>1,2</b>	<b>-3,9</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	-5,1	-0,8	3,2	7,1	4,9	-3,9
Gewinnausschüttung SNB	-	25,7	13,6	-	-	-5,4
Zunahme des Münzumschs	-	-	-	-	4,4	6,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	-	-	-	75,0	3,3	-1,7
Übrige Regalien und Konzessionen	-26,5	-27,4	10,3	13,8	-10,1	-0,8
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>23,8</b>	<b>-8,6</b>	<b>-8,9</b>	<b>11,2</b>	<b>5,8</b>	<b>-6,6</b>
Zinseinnahmen	18,1	-17,1	-16,6	19,2	-13,7	-6,5
Finanzanlagen	17,0	-8,9	-28,6	30,9	-48,1	33,0
Darlehen	19,6	-26,5	-2,7	-7,6	-18,5	-0,9
Bevorschussung an FinöV-Fonds	-	-	-	-	1,6	-7,8
Übrige Zinseinnahmen	12,2	-14,1	-10,4	-16,2	78,4	-50,2
Kursgewinne	-	-	-	-	16,4	-6,4
Beteiligungseinnahmen	366,0	15,3	-1,2	0,1	13,3	-1,1
Übrige Finanzeinnahmen	-	-	-22,4	101,2	97,8	-60,9
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>-5,5</b>	<b>-16,9</b>	<b>-0,4</b>	<b>11,3</b>	<b>-1,8</b>	<b>1,4</b>
Entgelte	4,8	-1,7	-0,5	6,4	-3,6	-0,4
Wehrpflichtersatzabgabe	2,8	-1,2	3,3	-7,9	3,4	2,4
Gebühren	2,0	5,8	-1,9	3,6	-6,4	3,7
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	6,6	-36,4	-0,6	12,7	1,1	0,4
Verkäufe	0,3	-6,6	8,7	15,8	-15,8	0,4
Rückerstattungen	4,2	-0,6	-8,1	-10,0	3,9	-100,0
EU Zinsbesteuerung	-	-	-	-	-5,3	-7,4
Übrige Entgelte	15,0	17,7	1,1	9,9	-2,3	4,9
Verschiedene Einnahmen	-11,8	-53,6	2,9	54,9	4,3	5,7
Einnahmen aus Liegenschaften	4,9	2,3	2,8	55,4	3,1	0,2
Übrige verschiedene Einnahmen	-12,2	-70,5	3,2	52,2	10,7	23,0
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>61,1</b>	<b>16,3</b>	<b>-5,9</b>	<b>-16,3</b>	<b>12,9</b>	<b>-21,0</b>
Veräusserung von Sachanlagen	33,0	4,7	-14,6	26,1	-11,7	-4,9
Rückzahlung von Darlehen	66,2	17,2	-5,5	-20,2	-10,4	0,9
Übrige Investitionseinnahmen	-2,2	8,9	-9,6	26,7	325,4	-82,8

### B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Einnahmen</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Fiskaleinnahmen</b>	<b>86,8</b>	<b>89,1</b>	<b>90,4</b>	<b>92,3</b>	<b>92,0</b>	<b>93,7</b>
Direkte Bundessteuer	23,7	23,5	24,0	25,2	28,2	28,8
Verrechnungssteuer	8,1	7,7	5,8	7,0	8,1	8,7
Stempelabgaben	5,6	6,4	6,7	5,3	4,6	3,4
Mehrwertsteuer	29,0	32,0	34,8	35,0	32,8	34,6
Übrige Verbrauchssteuern	14,7	14,8	13,8	13,5	11,8	11,3
Mineralölsteuern	11,2	10,9	10,1	9,4	8,2	7,6
Tabaksteuer	3,3	3,6	3,5	4,0	3,5	3,5
Biersteuer	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Verkehrsabgaben	1,0	1,6	2,7	3,4	3,5	3,5
Automobilsteuer	–	0,5	0,7	0,6	0,6	0,6
Nationalstrassenabgabe	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Schwerverkehrsabgabe	0,4	0,4	1,3	2,1	2,4	2,3
Kombinierter Verkehr	–	–	0,1	0,0	–	–
Zölle	3,4	2,4	2,1	1,9	1,7	1,6
Spielbankenabgabe	0,0	0,0	0,2	0,7	0,6	0,5
Lenkungsabgaben	–	0,0	0,2	0,3	0,7	1,3
Lenkungsabgabe VOC	–	–	0,2	0,2	0,2	0,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	0,0	0,0	0,0	0,0	–
Altlastenabgabe	–	–	0,0	0,1	0,1	0,1
Lenkungsabgabe CO2	–	–	–	–	0,4	1,1
Übrige Fiskaleinnahmen	1,2	0,7	0,1	0,0	0,0	0,0
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>1,7</b>	<b>2,4</b>	<b>2,2</b>	<b>1,4</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Gewinnausschüttung SNB	0,4	0,8	1,2	1,7	1,3	0,5
Zunahme des Münzumsatzes	–	–	–	0,0	0,1	0,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	–	0,0	0,2	0,3	0,3
Übrige Regalien und Konzessionen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
<b>Finanzeinnahmen</b>	<b>3,7</b>	<b>3,3</b>	<b>2,3</b>	<b>1,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,8</b>
Zinseinnahmen	3,3	2,5	1,2	0,8	0,8	0,4
Finanzanlagen	1,4	1,2	0,5	0,4	0,1	0,1
Darlehen	1,8	1,2	0,6	0,3	0,2	0,1
Bevorschussung an FinöV-Fonds	–	–	–	0,2	0,3	0,2
Übrige Zinseinnahmen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0
Kursgewinne	–	–	–	0,0	0,2	0,1
Beteiligungseinnahmen	0,3	0,7	1,1	1,1	1,3	1,3
Übrige Finanzeinnahmen	–	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
<b>Übrige laufende Einnahmen</b>	<b>7,9</b>	<b>3,2</b>	<b>2,3</b>	<b>2,7</b>	<b>2,8</b>	<b>2,7</b>
Entgelte	3,2	2,4	2,1	2,4	2,1	1,9
Wehrpflichtersatzabgabe	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2	0,3
Gebühren	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	0,8	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Verkäufe	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
Rückerstattungen	0,7	0,7	0,4	0,4	0,2	0,1
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	0,1	0,2	0,2
Übrige Entgelte	0,4	0,5	0,5	0,7	0,7	0,7
Verschiedene Einnahmen	4,7	0,8	0,1	0,3	0,7	0,8
Einnahmen aus Liegenschaften	0,1	0,1	0,1	0,2	0,6	0,6
Übrige verschiedene Einnahmen	4,5	0,6	0,0	0,0	0,1	0,2
<b>Investitionseinnahmen</b>	<b>0,7</b>	<b>3,1</b>	<b>3,4</b>	<b>0,7</b>	<b>0,6</b>	<b>0,4</b>
Veräusserung von Sachanlagen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Rückzahlung von Darlehen	0,5	2,9	3,2	0,6	0,3	0,3
Übrige Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0

## B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>62 333</b>	<b>61 736</b>	<b>63 700</b>	<b>64 000</b>	<b>67 116</b>	<b>65 243</b>	<b>1 243</b>	<b>1,9</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>9 789</b>	<b>9 940</b>	<b>10 456</b>	<b>10 051</b>	<b>10 705</b>	<b>10 258</b>	<b>206</b>	<b>2,1</b>
Personalausgaben	4 945	5 070	5 459	5 371	5 557	5 467	96	1,8
Personalbezüge	4 024	4 111	4 213	4 334	4 446	4 408	74	1,7
Arbeitgeberbeiträge	804	842	1 127	918	971	948	30	3,3
Arbeitgeberleistungen	47	39	34	35	48	28	-7	-19,4
Übrige Personalausgaben	70	79	85	83	93	82	0	-0,6
Sach- und Betriebsausgaben	3 682	3 873	4 030	3 880	4 315	3 947	67	1,7
Material- und Warenausgaben	39	39	40	50	63	52	2	4,1
Betriebsausgaben	3 233	3 371	3 516	3 376	3 760	3 480	104	3,1
Liegenschaften	282	292	311	323	341	337	14	4,2
Mieten und Pachten	176	170	172	181	190	178	-3	-1,7
Informatik	496	471	477	491	587	483	-8	-1,7
Beratung und Auftragsforschung	222	232	234	241	295	234	-7	-3,0
Betriebsausgaben der Armee	928	967	933	888	976	947	60	6,7
Verluste auf Forderungen	217	287	381	197	188	212	15	7,8
Übrige Betriebsausgaben	913	951	1 008	1 054	1 183	1 088	34	3,2
Betrieblicher Unterhalt	409	464	475	454	491	415	-39	-8,6
Nationalstrassen								
Rüstungsausgaben	1 163	997	968	801	833	844	43	5,4
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	95	86	95	103	120	142	39	38,1
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	307	317	344	309	360	349	40	12,8
Rüstungsmaterial	761	594	529	389	353	353	-36	-9,2
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>42 494</b>	<b>42 882</b>	<b>43 720</b>	<b>44 352</b>	<b>46 503</b>	<b>45 907</b>	<b>1 555</b>	<b>3,5</b>
Anteile Dritter an	8 549	8 687	8 741	8 903	9 616	9 441	538	6,0
Bundeseinnahmen								
Kantonsanteile	4 466	4 477	4 579	4 520	4 918	4 959	440	9,7
Anteile der Sozialversicherungen	3 519	3 734	3 811	3 772	3 941	3 725	-47	-1,3
Rückverteilung	564	477	351	611	757	757	146	23,9
Lenkungsabgaben								
Entschädigungen an Gemeinwesen	856	1 036	1 003	1 040	1 107	1 288	248	23,8
Beiträge an eigene Institutionen	2 971	3 093	2 950	3 024	3 051	3 528	504	16,7
Beiträge an Dritte	14 316	14 594	15 237	15 288	15 986	15 196	-92	-0,6
Finanzausgleich	3 049	3 102	3 178	3 185	3 238	3 238	53	1,7
Internationale Organisationen	1 760	1 824	2 021	1 760	2 034	1 791	31	1,8
Übrige Beiträge an Dritte	9 507	9 668	10 039	10 343	10 714	10 166	-177	-1,7
Beiträge an Sozialversicherungen	15 802	15 472	15 789	16 097	16 743	16 454	357	2,2
AHV / IV / ALV	12 124	11 711	11 981	12 195	12 587	12 329	134	1,1
Übrige Sozialversicherungen	3 677	3 761	3 808	3 902	4 156	4 125	223	5,7
<b>Finanzausgaben</b>	<b>2 605</b>	<b>1 906</b>	<b>2 167</b>	<b>1 951</b>	<b>1 991</b>	<b>1 495</b>	<b>-456</b>	<b>-23,4</b>
Zinsausgaben	2 380	1 736	2 125	1 887	1 977	1 381	-506	-26,8
Anleihen	2 178	1 610	2 024	1 806	1 874	1 338	-467	-25,9
Geldmarktbuchforderungen	5	-	-	-	7	-	-	-
Übrige Zinsausgaben	196	126	101	81	95	42	-39	-47,9
Kursverluste	88	44	30	49	-	111	62	126,9
Kapitalbeschaffungsausgaben	137	53	10	6	14	4	-2	-31,2
Übrige Finanzausgaben	0	73	1	10	0	0	-10	-98,4

**B21 Ausgaben nach Kontengruppen**

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014	
							absolut	%
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 444</b>	<b>7 007</b>	<b>7 357</b>	<b>7 645</b>	<b>7 917</b>	<b>7 583</b>	<b>-62</b>	<b>-0,8</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 270	2 359	2 693	2 838	2 773	2 879	41	1,4
Liegenschaften	637	659	765	732	853	780	48	6,6
Mobilien und Vorräte	230	239	284	214	253	183	-31	-14,4
Nationalstrassen	1 403	1 461	1 644	1 892	1 668	1 916	24	1,3
Immaterielle Anlagen	50	47	39	44	40	27	-17	-37,9
Darlehen	854	480	423	438	437	413	-26	-5,8
Beteiligungen	110	20	23	21	46	64	43	205,0
Eigene Investitionsbeiträge	4 160	4 101	4 179	4 304	4 621	4 200	-103	-2,4
Fonds für	1 401	1 282	1 487	1 410	1 390	1 319	-91	-6,4
Eisenbahngrossprojekte								
Übrige Investitionsbeiträge	2 759	2 819	2 692	2 894	3 231	2 881	-12	-0,4
Durchlaufende Investitionsbeiträge	-	-	-	-	-	-	-	-

## B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>3,4</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>	<b>3,7</b>	<b>1,1</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>0,8</b>	<b>-1,7</b>	<b>-2,6</b>	<b>-0,3</b>	<b>3,7</b>	<b>1,2</b>
Personalausgaben	2,4	0,0	-2,1	0,0	2,6	2,5
Personalbezüge	3,3	0,1	-2,0	0,2	2,4	2,3
Arbeitgeberbeiträge	0,8	-2,4	-0,8	2,1	8,1	4,2
Arbeitgeberleistungen	-4,3	3,3	-7,6	-9,9	-25,1	-11,9
Übrige Personalausgaben	0,1	5,0	15,1	-3,5	5,9	4,2
Sach- und Betriebsausgaben	-0,3	0,6	-2,1	-0,2	6,7	1,8
Material- und Warenausgaben	–	–	78,3	38,5	-3,7	7,1
Betriebsausgaben	-0,3	0,5	-2,2	-0,5	3,7	1,9
Liegenschaften	-2,2	-1,6	-7,0	-15,6	5,2	4,6
Mieten und Pachten	7,5	2,2	-0,6	-0,2	7,2	0,4
Informatik	8,7	0,0	-4,1	13,2	13,9	-0,6
Beratung und Auftragsforschung	5,5	34,0	11,0	4,0	-17,0	1,3
Betriebsausgaben der Armee	-7,8	5,9	-0,9	-3,3	7,0	0,5
Verluste auf Forderungen	–	–	–	–	-0,8	-0,6
Übrige Betriebsausgaben	3,6	-5,4	-4,5	-4,3	5,6	4,5
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	–	0,4
Rüstungsausgaben	-0,8	-9,4	-5,7	-1,6	-0,1	-7,7
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	-10,0	-5,9	13,3	-0,6	-10,0	10,5
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	-5,2	-9,1	0,6	0,1	1,5	3,3
Rüstungsmaterial	1,2	-9,7	-9,4	-2,4	0,9	-17,5
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>4,6</b>	<b>4,2</b>	<b>3,9</b>	<b>2,9</b>	<b>4,8</b>	<b>1,9</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	2,8	12,9	6,4	7,5	-0,2	2,5
Kantonsanteile	2,8	5,1	4,8	7,1	-7,1	2,7
Anteile der Sozialversicherungen	–	–	10,5	7,4	9,2	1,4
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	–	50,7	40,0	7,6
Entschädigungen an Gemeinwesen	-12,0	11,2	1,6	21,8	-3,0	10,7
Beiträge an eigene Institutionen	5,0	-29,3	33,1	5,0	4,1	4,4
Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-0,7	-1,8	10,2	1,5
Finanzausgleich	–	–	–	–	–	1,5
Internationale Organisationen	5,0	7,4	7,3	18,6	7,9	0,4
Übrige Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-1,1	-3,7	3,1	1,7
Beiträge an Sozialversicherungen	6,0	3,0	4,2	2,7	4,2	1,0
AHV / IV / ALV	6,3	4,8	4,3	2,5	4,5	0,4
Übrige Sozialversicherungen	5,5	-1,8	4,0	3,3	3,3	2,9
<b>Finanzausgaben</b>	<b>11,1</b>	<b>4,2</b>	<b>-0,8</b>	<b>2,8</b>	<b>-10,2</b>	<b>-13,0</b>
Zinsausgaben	10,7	3,9	-2,1	4,0	-11,3	-12,7
Anleihen	24,9	8,0	2,5	9,6	-9,9	-11,5
Geldmarktbuchforderungen	34,4	-17,2	-41,4	77,8	-60,3	-100,0
Übrige Zinsausgaben	-2,9	3,4	-7,2	-24,5	-11,4	-31,8
Kursverluste	–	–	–	–	12,8	5,9
Kapitalbeschaffungsausgaben	49,7	17,6	26,5	-25,7	11,4	-58,7
Übrige Finanzausgaben	–	–	–	–	-75,1	42,7
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>-1,0</b>	<b>4,7</b>	<b>5,6</b>	<b>-0,2</b>	<b>4,4</b>	<b>0,5</b>
Sachanlagen und Vorräte	2,2	1,9	-8,6	10,4	26,9	6,1
Liegenschaften	5,3	7,0	-19,3	28,2	1,4	5,2
Mobilien und Vorräte	-0,7	-4,5	3,6	-7,2	-4,0	-5,5
Nationalstrassen	–	–	–	–	–	8,1
Immaterielle Anlagen	–	–	–	3,0	40,6	-14,0
Darlehen	-12,3	-13,2	3,7	13,7	22,8	-16,6
Beteiligungen	-33,3	43,3	102,2	-14,5	33,3	-12,7
Eigene Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-4,3	0,2
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	–	-1,5
Übrige Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-13,7	1,1
Durchlaufende Investitionsbeiträge	–	–	–	–	–	–

**B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen**

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>25,4</b>	<b>22,0</b>	<b>17,6</b>	<b>16,1</b>	<b>16,0</b>	<b>16,0</b>
Personalausgaben	12,1	10,9	8,9	8,5	8,1	8,4
Personalbezüge	9,7	8,8	7,0	7,0	6,7	6,7
Arbeitgeberbeiträge	1,7	1,4	1,2	1,0	1,2	1,5
Arbeitgeberleistungen	0,6	0,7	0,7	0,3	0,1	0,1
Übrige Personalausgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sach- und Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	6,0	6,2
Material- und Warenausgaben	–	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	5,3	5,4
Liegenschaften	1,6	1,5	1,0	0,7	0,5	0,5
Mieten und Pachten	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Informatik	0,5	0,5	0,4	0,4	0,8	0,8
Beratung und Auftragsforschung	0,2	0,4	0,7	0,7	0,4	0,4
Betriebsausgaben der Armee	2,0	1,7	1,7	1,5	1,4	1,5
Verluste auf Forderungen	–	–	–	0,1	0,3	0,4
Übrige Betriebsausgaben	3,1	2,6	1,8	1,5	1,6	1,6
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	0,7	0,7
Rüstungsausgaben	5,5	4,1	2,8	2,4	1,9	1,4
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	1,1	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5
Rüstungsmaterial	4,1	3,1	1,9	1,6	1,2	0,7
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>54,6</b>	<b>57,6</b>	<b>61,8</b>	<b>64,4</b>	<b>66,6</b>	<b>69,4</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7,9	8,9	12,9	14,7	13,0	14,0
Kantonsanteile	7,9	8,2	9,0	10,1	7,6	7,3
Anteile der Sozialversicherungen	–	0,7	3,8	4,3	4,8	5,9
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	0,1	0,2	0,6	0,9
Entschädigungen an Gemeinwesen	0,9	0,8	0,9	1,6	1,4	1,7
Beiträge an eigene Institutionen	6,3	3,7	4,2	4,3	4,7	4,9
Beiträge an Dritte	18,7	21,7	20,7	19,1	22,8	23,7
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,9	5,0
Internationale Organisationen	0,9	1,0	1,2	2,1	2,7	2,9
Übrige Beiträge an Dritte	17,8	20,7	19,6	17,0	15,3	15,8
Beiträge an Sozialversicherungen	20,8	22,4	23,1	24,7	24,7	25,1
AHV / IV / ALV	15,1	17,1	17,5	18,8	18,9	18,9
Übrige Sozialversicherungen	5,7	5,4	5,5	5,9	5,8	6,1
<b>Finanzausgaben</b>	<b>7,2</b>	<b>7,5</b>	<b>7,6</b>	<b>7,3</b>	<b>5,3</b>	<b>3,0</b>
Zinsausgaben	7,0	7,3	7,1	7,0	5,1	2,8
Anleihen	2,8	4,1	4,8	5,8	4,6	2,7
Geldmarktbuchforderungen	1,1	0,5	0,4	0,3	0,1	–
Übrige Zinsausgaben	3,1	2,6	1,9	1,0	0,4	0,1
Kursverluste	–	–	–	0,0	0,1	0,1
Kapitalbeschaffungsausgaben	0,2	0,2	0,5	0,3	0,1	0,0
Übrige Finanzausgaben	–	–	–	0,0	0,0	0,0
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>12,8</b>	<b>12,9</b>	<b>13,1</b>	<b>12,3</b>	<b>12,1</b>	<b>11,6</b>
Sachanlagen und Vorräte	2,1	1,7	1,1	1,3	4,1	4,2
Liegenschaften	1,1	1,0	0,5	0,6	1,0	1,2
Mobilien und Vorräte	1,0	0,7	0,6	0,6	0,5	0,4
Nationalstrassen	–	–	–	–	2,5	2,7
Immaterielle Anlagen	–	–	0,0	0,0	0,1	0,1
Darlehen	3,1	3,3	1,2	0,8	0,9	0,7
Beteiligungen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0
Eigene Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	6,9	6,6
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	2,6	2,2
Übrige Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	4,3	4,4

**B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten**

Mio. CHF	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014	
							absolut	%
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>62 333</b>	<b>61 736</b>	<b>63 700</b>	<b>64 000</b>	<b>67 116</b>	<b>65 243</b>	<b>1 243</b>	<b>1,9</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>2 490</b>	<b>2 501</b>	<b>2 489</b>	<b>2 605</b>	<b>2 744</b>	<b>2 644</b>	<b>39</b>	<b>1,5</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 490	2 501	2 489	2 605	2 744	2 644	39	1,5
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>950</b>	<b>961</b>	<b>1 053</b>	<b>1 023</b>	<b>1 119</b>	<b>1 046</b>	<b>23</b>	<b>2,2</b>
Allgemeines Rechtswesen	77	82	83	82	86	90	9	10,6
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	397	390	427	443	488	447	4	0,8
Grenzkontrollen	314	327	378	331	361	338	7	2,3
Gerichte	161	163	165	167	184	171	3	2,0
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>3 214</b>	<b>2 979</b>	<b>3 292</b>	<b>3 508</b>	<b>3 702</b>	<b>3 717</b>	<b>210</b>	<b>6,0</b>
Politische Beziehungen	720	713	789	766	735	730	-37	-4,8
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	2 358	2 106	2 290	2 491	2 667	2 732	241	9,7
Wirtschaftliche Beziehungen	81	78	212	251	301	256	6	2,2
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	55	82	-	-	-	-	-	-
<b>Landesverteidigung</b>	<b>4 533</b>	<b>4 428</b>	<b>4 789</b>	<b>4 348</b>	<b>4 710</b>	<b>4 466</b>	<b>119</b>	<b>2,7</b>
Militärische Landesverteidigung	4 417	4 306	4 665	4 226	4 590	4 351	126	3,0
Nationale Sicherheitskooperation	116	122	124	122	120	115	-7	-5,8
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>6 509</b>	<b>6 664</b>	<b>6 894</b>	<b>6 952</b>	<b>7 357</b>	<b>7 046</b>	<b>94</b>	<b>1,4</b>
Berufsbildung	751	844	845	857	890	869	12	1,4
Hochschulen	1 891	1 923	2 001	2 121	2 125	2 118	-3	-0,2
Grundlagenforschung	2 506	2 536	2 608	2 749	2 769	2 744	-5	-0,2
Angewandte Forschung	1 331	1 334	1 408	1 193	1 540	1 283	90	7,6
Übriges Bildungswesen	29	28	31	31	33	32	0	1,3
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>429</b>	<b>450</b>	<b>502</b>	<b>490</b>	<b>507</b>	<b>509</b>	<b>19</b>	<b>4,0</b>
Kulturerhaltung	104	116	122	126	131	120	-5	-4,3
Kulturförderung	128	125	125	122	128	124	2	1,7
Sport	153	143	190	177	180	198	20	11,3
Medienpolitik	44	65	65	65	68	67	3	4,1
<b>Gesundheit</b>	<b>210</b>	<b>212</b>	<b>219</b>	<b>226</b>	<b>234</b>	<b>227</b>	<b>1</b>	<b>0,3</b>
Gesundheit	210	212	219	226	234	227	1	0,3
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>20 557</b>	<b>20 668</b>	<b>21 106</b>	<b>21 414</b>	<b>22 367</b>	<b>21 987</b>	<b>572</b>	<b>2,7</b>
Altersversicherung	10 184	10 339	10 621	10 748	11 078	10 894	146	1,4
Invalidenversicherung	4 671	4 821	4 873	4 920	5 160	4 856	-64	-1,3
Krankenversicherung	2 150	2 186	2 215	2 273	2 456	2 475	202	8,9
Ergänzungsleistungen	1 305	1 366	1 389	1 435	1 496	1 460	25	1,7
Militärversicherung	221	213	217	210	223	214	4	1,9
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	941	456	476	499	512	506	6	1,2
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	84	80	95	96	97	82	-15	-15,1
Migration	937	1 145	1 159	1 174	1 285	1 443	269	22,9
Soziale Hilfe und Fürsorge	64	61	59	58	60	57	-1	-1,7
<b>Verkehr</b>	<b>8 062</b>	<b>8 130</b>	<b>8 224</b>	<b>8 429</b>	<b>8 542</b>	<b>8 322</b>	<b>-108</b>	<b>-1,3</b>
Strassenverkehr	2 589	2 841	2 806	3 117	3 061	3 075	-42	-1,4
Öffentlicher Verkehr	5 341	5 129	5 262	5 158	5 284	5 080	-78	-1,5
Luftfahrt	132	160	156	155	197	167	12	8,0

**B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten**

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014	
							absolut	%
<b>Umwelt und Raumordnung</b>	<b>1 151</b>	<b>1 132</b>	<b>1 007</b>	<b>1 210</b>	<b>1 459</b>	<b>1 363</b>	<b>153</b>	<b>12,6</b>
Umwelt	762	696	605	835	1 002	984	148	17,7
Schutz vor Naturgefahren	271	290	265	237	297	229	-8	-3,2
Naturschutz	103	131	122	123	145	135	12	9,7
Raumordnung	14	16	15	15	15	15	0	2,6
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3 663</b>	<b>3 711</b>	<b>3 706</b>	<b>3 693</b>	<b>3 683</b>	<b>3 667</b>	<b>-25</b>	<b>-0,7</b>
Landwirtschaft und Ernährung	3 663	3 711	3 706	3 693	3 683	3 667	-25	-0,7
<b>Wirtschaft</b>	<b>608</b>	<b>519</b>	<b>505</b>	<b>634</b>	<b>740</b>	<b>716</b>	<b>83</b>	<b>13,1</b>
Wirtschaftsordnung	120	137	126	127	142	132	5	3,6
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	234	138	133	132	138	130	-2	-1,7
Energie	254	244	246	374	460	455	81	21,5
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>9 954</b>	<b>9 380</b>	<b>9 916</b>	<b>9 469</b>	<b>9 951</b>	<b>9 533</b>	<b>64</b>	<b>0,7</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	4 300	4 375	4 574	4 335	4 724	4 803	468	10,8
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	2 605	1 904	2 164	1 949	1 989	1 492	-457	-23,5
Finanzausgleich	3 049	3 102	3 178	3 185	3 238	3 238	53	1,7

### B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>3,4</b>	<b>2,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,9</b>	<b>3,7</b>	<b>1,1</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>3,1</b>	<b>2,3</b>	<b>7,5</b>	<b>0,3</b>	<b>3,6</b>	<b>1,5</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	3,6	1,5
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>4,7</b>	<b>0,8</b>	<b>5,8</b>	<b>-1,2</b>	<b>4,0</b>	<b>2,4</b>
Allgemeines Rechtswesen	8,2	-11,9	11,8	-11,7	-0,3	3,9
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	5,7	4,2	9,8	-2,5	6,3	3,0
Grenzkontrollen	1,8	1,3	1,4	0,6	2,8	1,8
Gerichte	6,6	7,7	0,7	7,4	3,3	1,5
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>3,5</b>	<b>1,3</b>	<b>2,5</b>	<b>-0,2</b>	<b>9,0</b>	<b>3,7</b>
Politische Beziehungen	4,7	2,2	4,2	-0,3	4,1	0,3
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1,7	1,5	1,7	3,0	10,9	3,7
Wirtschaftliche Beziehungen	18,0	-1,9	3,3	0,1	3,3	33,2
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	9,7	-0,4	2,5	-38,7	16,1	-100,0
<b>Landesverteidigung</b>	<b>-1,4</b>	<b>-4,1</b>	<b>-1,7</b>	<b>-0,9</b>	<b>1,2</b>	<b>-0,4</b>
Militärische Landesverteidigung	-1,2	-3,7	-1,8	-1,0	1,1	-0,4
Nationale Sicherheitskooperation	-8,2	-18,3	1,6	3,2	5,0	-0,1
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>4,3</b>	<b>1,2</b>	<b>2,6</b>	<b>3,1</b>	<b>6,9</b>	<b>2,0</b>
Berufsbildung	5,3	-3,5	2,6	-0,4	9,7	3,7
Hochschulen	2,3	3,1	2,0	-8,8	4,9	2,9
Grundlagenforschung	7,3	1,0	6,0	22,1	8,1	2,3
Angewandte Forschung	3,7	2,9	0,9	8,4	7,4	-0,9
Übriges Bildungswesen	32,5	-20,4	8,6	-4,0	-16,7	2,3
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>0,5</b>	<b>14,3</b>	<b>2,4</b>	<b>-3,7</b>	<b>-1,7</b>	<b>4,4</b>
Kulturerhaltung	0,9	-3,6	2,0	2,6	2,5	3,7
Kulturförderung	-6,5	18,6	1,6	-9,5	0,9	-0,8
Sport	5,9	4,7	4,5	0,0	2,3	6,5
Medienpolitik	-	87,5	1,8	-5,2	-18,9	11,2
<b>Gesundheit</b>	<b>7,0</b>	<b>0,8</b>	<b>4,5</b>	<b>10,7</b>	<b>-5,5</b>	<b>1,9</b>
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,5	1,9
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>6,0</b>	<b>7,1</b>	<b>3,2</b>	<b>2,6</b>	<b>5,0</b>	<b>1,7</b>
Altersversicherung	5,0	8,9	4,6	3,3	6,3	1,7
Invalidenversicherung	8,6	6,7	6,3	2,7	1,0	1,0
Krankenversicherung	8,4	-2,3	4,2	3,9	-1,3	3,6
Ergänzungsleistungen	-0,7	-0,4	5,8	4,3	16,4	2,8
Militärversicherung	0,8	-1,6	0,5	-2,8	-1,1	-0,8
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	24,2	97,5	-0,7	13,5	32,8	-14,4
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	4,4	19,9	-10,8	-17,9	-6,4	-0,8
Migration	6,3	15,1	-10,0	-4,8	4,3	11,4
Soziale Hilfe und Fürsorge	-11,7	-3,9	20,2	20,5	7,3	-2,9
<b>Verkehr</b>	<b>3,1</b>	<b>0,0</b>	<b>4,1</b>	<b>0,8</b>	<b>2,3</b>	<b>0,8</b>
Strassenverkehr	1,0	-0,1	0,7	-0,9	-1,5	4,4
Öffentlicher Verkehr	4,9	2,1	6,6	2,0	4,3	-1,2
Luftfahrt	6,0	-32,7	12,8	-4,1	10,0	6,1
<b>Umwelt und Raumordnung</b>	<b>-4,1</b>	<b>0,0</b>	<b>5,2</b>	<b>-2,1</b>	<b>13,4</b>	<b>4,3</b>
Umwelt	-1,2	2,4	1,5	0,5	24,2	6,6
Schutz vor Naturgefahren	-4,8	-3,3	8,2	-7,9	1,5	-4,1
Naturschutz	-13,8	5,0	7,5	8,9	-0,9	6,9
Raumordnung	6,7	2,3	15,1	3,8	3,7	2,0
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>3,7</b>	<b>4,7</b>	<b>-2,0</b>	<b>-0,8</b>	<b>0,4</b>	<b>0,0</b>
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,4	0,0
<b>Wirtschaft</b>	<b>-10,4</b>	<b>-3,7</b>	<b>4,6</b>	<b>-6,1</b>	<b>14,2</b>	<b>4,2</b>
Wirtschaftsordnung	8,4	1,2	9,3	7,9	-5,0	2,3
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	-19,7	-2,4	1,9	-14,7	16,1	-13,7
Energie	31,3	-9,8	6,9	-6,9	33,1	15,7
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>6,5</b>	<b>4,8</b>	<b>2,3</b>	<b>5,9</b>	<b>0,5</b>	<b>-1,1</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	2,1	5,6	5,5	8,4	-7,0	2,8
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	11,1	4,2	-0,8	2,8	-10,2	-13,0
Finanzausgleich	-	-	-	-	-	1,5

**B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten**

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen</b>	<b>3,6</b>	<b>3,5</b>	<b>4,1</b>	<b>4,2</b>	<b>4,1</b>	<b>4,0</b>
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1	4,0
<b>Ordnung und öffentliche Sicherheit</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>1,5</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>
Allgemeines Rechtswesen	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7
Grenzkontrollen	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
<b>Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit</b>	<b>5,0</b>	<b>4,5</b>	<b>4,8</b>	<b>4,4</b>	<b>4,6</b>	<b>5,3</b>
Politische Beziehungen	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2	1,2
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	3,2	2,7	2,9	2,9	3,2	3,8
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,3
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	0,5	0,4	0,4	0,2	0,1	0,0
<b>Landesverteidigung</b>	<b>14,3</b>	<b>11,6</b>	<b>9,5</b>	<b>8,4</b>	<b>7,6</b>	<b>7,1</b>
Militärische Landesverteidigung	13,8	11,3	9,3	8,2	7,4	6,9
Nationale Sicherheitskooperation	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
<b>Bildung und Forschung</b>	<b>9,1</b>	<b>8,6</b>	<b>8,6</b>	<b>9,0</b>	<b>10,0</b>	<b>10,8</b>
Berufsbildung	1,3	1,1	1,0	1,0	1,1	1,3
Hochschulen	4,6	4,4	4,4	2,9	3,0	3,2
Grundlagenforschung	1,5	1,5	1,5	3,3	3,8	4,2
Angewandte Forschung	1,6	1,5	1,5	1,8	2,0	2,0
Übriges Bildungswesen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
<b>Kultur und Freizeit</b>	<b>0,7</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>0,9</b>	<b>0,7</b>	<b>0,8</b>
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Kulturförderung	0,2	0,3	0,6	0,2	0,2	0,2
Sport	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3	0,3
Medienpolitik	0,0	0,2	0,3	0,2	0,1	0,1
<b>Gesundheit</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3
<b>Soziale Wohlfahrt</b>	<b>25,5</b>	<b>29,0</b>	<b>29,9</b>	<b>31,3</b>	<b>31,5</b>	<b>33,4</b>
Altersversicherung	9,8	10,8	13,7	14,3	16,5	16,7
Invalidenversicherung	5,6	6,7	7,5	8,4	6,5	7,6
Krankenversicherung	3,7	3,6	3,8	4,1	3,3	3,6
Ergänzungsleistungen	1,2	1,0	1,1	1,3	2,1	2,2
Militärversicherung	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4	0,3
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	2,0	3,0	0,4	0,6	0,9	0,8
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,5	0,7	0,7	0,3	0,2	0,1
Migration	2,0	2,6	2,2	1,7	1,5	1,9
Soziale Hilfe und Fürsorge	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
<b>Verkehr</b>	<b>14,8</b>	<b>14,2</b>	<b>14,0</b>	<b>14,2</b>	<b>13,5</b>	<b>13,0</b>
Strassenverkehr	6,9	6,1	5,9	5,3	4,5	4,6
Öffentlicher Verkehr	7,1	7,9	8,0	8,7	8,8	8,1
Luftfahrt	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3
<b>Umwelt und Raumordnung</b>	<b>1,6</b>	<b>1,4</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>1,6</b>	<b>1,9</b>
Umwelt	0,7	0,7	0,7	0,6	0,9	1,2
Schutz vor Naturgefahren	0,8	0,6	0,8	0,5	0,4	0,4
Naturschutz	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
Raumordnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Landwirtschaft und Ernährung</b>	<b>8,0</b>	<b>8,6</b>	<b>7,6</b>	<b>7,0</b>	<b>6,2</b>	<b>5,8</b>
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,2	5,8
<b>Wirtschaft</b>	<b>1,2</b>	<b>1,0</b>	<b>0,9</b>	<b>0,7</b>	<b>0,9</b>	<b>0,9</b>
Wirtschaftsordnung	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	0,8	0,5	0,5	0,3	0,3	0,2
Energie	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	0,5
<b>Finanzen und Steuern</b>	<b>14,3</b>	<b>14,9</b>	<b>15,7</b>	<b>16,7</b>	<b>17,5</b>	<b>15,0</b>
Anteile an Bundeseinnahmen	7,1	7,4	8,2	9,4	7,3	7,1
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	7,2	7,5	7,6	7,3	5,3	2,9
Finanzausgleich	-	-	-	-	4,9	5,0

**B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2015**

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Rechnung 2015	Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusam- menarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>65 243</b>	<b>2 644</b>	<b>1 046</b>	<b>3 717</b>	<b>4 466</b>	<b>7 046</b>	<b>509</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>10 258</b>	<b>2 235</b>	<b>829</b>	<b>788</b>	<b>3 965</b>	<b>251</b>	<b>134</b>
Personalausgaben	5 467	1 426	720	613	1 511	153	99
Sach- und Betriebsausgaben	3 947	809	110	175	1 610	99	35
Rüstungsausgaben	844	–	–	–	844	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	0	–	–	0	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>45 907</b>	<b>36</b>	<b>158</b>	<b>2 875</b>	<b>110</b>	<b>6 490</b>	<b>337</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	9 441	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 288	–	67	1	20	–	5
Beiträge an eigene Institutionen	3 528	–	4	0	–	2 550	128
Beiträge an Dritte	15 196	36	87	2 874	91	3 940	204
Beiträge an Sozialversicherungen	16 454	–	–	–	–	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>1 495</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 583</b>	<b>369</b>	<b>58</b>	<b>55</b>	<b>391</b>	<b>305</b>	<b>38</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 879	355	11	0	391	196	3
Immaterielle Anlagen	27	14	3	0	–	–	–
Darlehen	413	–	–	9	–	–	–
Beteiligungen	64	–	–	45	–	–	–
Eigene Investitionsbeiträge	4 200	–	44	–	–	108	35

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>227</b>	<b>21 987</b>	<b>8 322</b>	<b>1 363</b>	<b>3 667</b>	<b>716</b>	<b>9 533</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>142</b>	<b>563</b>	<b>655</b>	<b>173</b>	<b>121</b>	<b>199</b>	<b>201</b>
Personalausgaben	72	342	197	115	91	129	–
Sach- und Betriebsausgaben	71	221	458	58	29	70	201
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	–	–	–	–	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>83</b>	<b>21 402</b>	<b>2 050</b>	<b>923</b>	<b>3 433</b>	<b>170</b>	<b>7 840</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 725	357	757	–	–	4 602
Entschädigungen an Gemeinwesen	3	1 161	26	–	1	4	–
Beiträge an eigene Institutionen	14	–	814	1	–	17	–
Beiträge an Dritte	66	128	853	165	3 365	149	3 238
Beiträge an Sozialversicherungen	–	16 388	–	–	66	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>1 492</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>1</b>	<b>21</b>	<b>5 616</b>	<b>267</b>	<b>114</b>	<b>347</b>	<b>–</b>
Sachanlagen und Vorräte	1	0	1 917	2	2	1	–
Immaterielle Anlagen	1	1	6	0	2	0	–
Darlehen	–	20	368	0	15	–	–
Beteiligungen	–	–	18	–	–	–	–
Eigene Investitionsbeiträge	–	–	3 308	265	94	346	–

**B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2014**

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Rechnung 2014	Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internatio- nale Zusam- menarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>64 000</b>	<b>2 605</b>	<b>1 023</b>	<b>3 508</b>	<b>4 348</b>	<b>6 952</b>	<b>490</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>10 051</b>	<b>2 206</b>	<b>807</b>	<b>790</b>	<b>3 835</b>	<b>246</b>	<b>129</b>
Personalausgaben	5 371	1 391	702	611	1 498	149	95
Sach- und Betriebsausgaben	3 880	817	105	180	1 534	97	34
Rüstungsausgaben	801	–	–	–	801	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	-2	–	–	2	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>44 352</b>	<b>30</b>	<b>152</b>	<b>2 692</b>	<b>132</b>	<b>6 330</b>	<b>320</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	8 903	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 040	–	62	–	17	–	5
Beiträge an eigene Institutionen	3 024	–	4	0	–	2 513	128
Beiträge an Dritte	15 288	30	85	2 691	115	3 817	187
Beiträge an Sozialversicherungen	16 097	–	–	–	–	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>1 951</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>–</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>7 645</b>	<b>366</b>	<b>64</b>	<b>26</b>	<b>381</b>	<b>376</b>	<b>41</b>
Sachanlagen und Vorräte	2 838	350	14	–	381	192	1
Immaterielle Anlagen	44	16	6	1	–	–	1
Darlehen	438	–	–	4	–	–	–
Beteiligungen	21	–	–	21	–	–	–
Eigene Investitionsbeiträge	4 304	–	45	–	–	183	39

Fortsetzung Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
<b>Ordentliche Ausgaben</b>	<b>226</b>	<b>21 414</b>	<b>8 429</b>	<b>1 210</b>	<b>3 693</b>	<b>634</b>	<b>9 469</b>
<b>Eigenausgaben</b>	<b>140</b>	<b>529</b>	<b>698</b>	<b>171</b>	<b>121</b>	<b>191</b>	<b>189</b>
Personalausgaben	70	335	193	111	91	124	–
Sach- und Betriebsausgaben	70	193	504	60	31	67	189
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	–	–	–	–	–	–	–
<b>Laufende Transferausgaben</b>	<b>84</b>	<b>20 854</b>	<b>2 045</b>	<b>783</b>	<b>3 433</b>	<b>166</b>	<b>7 332</b>
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 772	373	611	–	–	4 147
Entschädigungen an Gemeinwesen	3	921	26	–	2	4	–
Beiträge an eigene Institutionen	14	–	346	1	–	17	–
Beiträge an Dritte	67	136	1 300	171	3 360	145	3 185
Beiträge an Sozialversicherungen	–	16 026	–	–	72	–	–
<b>Finanzausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>1 949</b>
<b>Investitionsausgaben</b>	<b>3</b>	<b>32</b>	<b>5 687</b>	<b>255</b>	<b>138</b>	<b>276</b>	<b>–</b>
Sachanlagen und Vorräte	1	0	1 894	2	2	1	–
Immaterielle Anlagen	0	2	17	0	1	0	–
Darlehen	–	30	356	3	46	–	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Eigene Investitionsbeiträge	1	–	3 421	250	89	276	–

**B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital** (ohne Spezialfonds)

Mio. CHF		Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Einlage (+) / Entnahme (-)
<b>Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital, Stand</b>		<b>1 179</b>	<b>1 026</b>	<b>1 010</b>	<b>-169</b>
<b>VOC / HEL-Lenkungsabgabe</b>		<b>253</b>	<b>243</b>	<b>242</b>	<b>-11</b>
606	E1100.0111/112/113 Lenkungsabgaben auf VOC	118	125	125	
606	E1400.0101 Zinsen auf Lenkungsabgabe VOC	1	2	0	
810	A2300.0100 Rückverteilung Lenkungsabgabe VOC	-130	-136	-136	
<b>CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung und Technologiefonds</b>		<b>58</b>	<b>-28</b>	<b>-36</b>	<b>-94</b>
606	E1100.0121 (Teil) CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung	505	535	526	
606	E1100.0121 (Teil) CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen, Technologiefonds	-	25	25	
606	E1400.0114 (Teil) Zinsen auf CO <sub>2</sub> -Abgabe Brennstoffe	0	1	0	
810	A2400.0105 (Teil) Zinsen auf CO <sub>2</sub> -Abgabe Brennstoffe	0	-1	-	
810	A2300.0112 Rückverteilung CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	-478	-621	-621	
810	A4300.0150 Einlage Technologiefonds	-25	-25	-25	
<b>CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm</b>		<b>27</b>	<b>-14</b>	<b>-18</b>	<b>-45</b>
606	E1100.0121 (Teil) CO <sub>2</sub> -Abgabe auf Brennstoffen	253	280	276	
606	E1400.0114 (Teil) Zinsen auf CO <sub>2</sub> -Abgabe Brennstoffe	0	0	0	
810	A2400.0105 (Teil) Zinsen auf CO <sub>2</sub> -Abgabe Brennstoffe	0	0	0	
810	A4300.0146 Gebäudesanierungsprogramm	-211	-	-	
805	A4300.0126 Erneuerbare Energien im Gebäudebereich	-39	-321	-321	
<b>Sanktion CO<sub>2</sub>-Verminderung PW, Infrastrukturfonds</b>		<b>7</b>	<b>8</b>	<b>22</b>	<b>16</b>
805	E1100.0124 (Teil) Sanktion CO <sub>2</sub> -Verminderung Personenwagen	0	4	22	
805	E1400.0116 (Teil) Zinsen auf Sanktion CO <sub>2</sub> -Verminderung Personenwagen	0	0	0	
806	E5300.0113 (Teil) Sanktion CO <sub>2</sub> -Verminderung Personenwagen	1	1	2	
805	A2400.0106 Zinsen Rückerstattung auf Sanktion CO <sub>2</sub> -Verminderung PW	0	-	-	
805	A2100.0001 (Teil) Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	-1	-1	0	
805	A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	0	-	0	
806	A6100.0001 (Teil) Funktionsaufwand (Globalbudget)	-1	-1	-1	
806	A8400.0102 Einlage aus Sanktion CO <sub>2</sub> -Verminderung Personenwagen	-	-3	-7	
<b>Spielbankenabgabe</b>		<b>593</b>	<b>585</b>	<b>557</b>	<b>-36</b>
417	E1100.0122 Spielbankenabgabe	285	300	272	
417	A2300.0113 Spielbankenabgabe für die AHV	-329	-308	-308	
<b>Altlastenfonds</b>		<b>144</b>	<b>137</b>	<b>146</b>	<b>2</b>
810	E1100.0100 Altlastenabgabe	42	36	42	
810	A2310.0131 Sanierung von Altlasten	-41	-42	-39	
810	A2100.0001 (Teil) Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge	-1	-1	-1	
<b>Bundeskriegstransportversicherung</b>		<b>55</b>	<b>55</b>	<b>55</b>	<b>0</b>
724	E1300.0010 (Teil) Entgelte	0	0	0	
724	A2119.0001 (Teil) Übriger Betriebsaufwand	0	0	0	
<b>Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern</b>		<b>32</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>0</b>
318	E1400.0102 Fonds Familienzulagen Landwirtschaft	1	1	1	
318	A2310.0332 (Teil) Familienzulagen Landwirtschaft	-1	-1	-1	
<b>Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung (ab 2007)</b>		<b>9</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>-1</b>
808	E5200.0100 Konzessionsabgaben Programmveranstalter	2	3	3	
808	A6210.0145 Beitrag Medienforschung	-1	-2	-1	
808	A6210.0146 Archivierung Programme	0	0	0	
808	A6210.0148 Neue Technologie Rundfunk	-1	-2	-2	
<b>Filmförderung</b>		<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
306	E1300.0146 Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter Einnahmeanteil	0	0	0	
306	A2310.0454 Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter	-1	-1	0	

**B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital** (ohne Spezialfonds)

Fortsetzung

Mio. CHF		Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Einlage (+) / Entnahme (-)	
<b>Krankenversicherung</b>						
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Krankenversicherung (5%)	910	953	903	0
606	E1100.0109 (Teil)	Schwerverkehrsabgabe, ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	140	225	225	
316	A2310.0110 (Teil)	Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	-1 050	-1 178	-1 128	
<b>Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung</b>						
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 323	2 452	2 306	0
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Zuschlag 0,4% für die IV	1 119	1 181	1 111	
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	476	496	472	
606	E1100.0102	Tabaksteuer	2 257	2 170	2 198	
601	E1200.0101	Reingewinn Alkoholverwaltung	236	241	230	
318	A2310.0327 (Teil)	Leistungen des Bundes an die AHV	}			
318	A2310.0328 (Teil)	Leistungen des Bundes an die IV				
318	A2310.0329 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur AHV				
318	A2310.0384 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur IV				
318	A2310.0453 (Teil)	Sonderbeitrag an die IV-Zinsen				
605	A2300.0105	Mehrwertsteuerprozent für die AHV	-2 323	-2 452	-2 306	
605	A2300.0111	Mehrwertsteuerzuschlag für die IV	-1 119	-1 181	-1 111	

**B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital**

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Einlage (+) / Entnahme (-)
<b>Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital, Stand</b>	<b>5 279</b>	<b>5 602</b>	<b>5 607</b>	<b>328</b>
<b>Spezialfinanzierung Strassenverkehr</b>	<b>1 809</b>	<b>1 601</b>	<b>1 540</b>	<b>-269</b>
Einnahmen	3 769	3 822	3 596	
Ausgaben	-3 996	-4 030	-3 864	
<b>Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FHAL/WTO</b>	<b>3 398</b>	<b>3 936</b>	<b>3 985</b>	<b>587</b>
606 E1100.0110 (Teil) Einfuhrzölle	594	538	587	
<b>Spezialfinanzierung Luftverkehr</b>	<b>72</b>	<b>65</b>	<b>82</b>	<b>10</b>
606 E1100.0104 (Teil) Mineralölsteuer auf Treibstoffen	21	21	20	
606 E1100.0105 (Teil) Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	28	28	27	
803 A6210.0152 Technische Sicherheitsmassnahmen	-25	-29	-27	
803 A6210.0153 Umweltschutz-Massnahmen	-1	-14	-7	
803 A6210.0154 Nicht-hoheitliche Sicherheitsmassnahmen	-1	-14	-3	
803 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	-	-	0	
<b>Überwachung Tierseuchen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
708 E1100.0123 Schlachtabgabe	3	3	3	
341 A2310.0500 Überwachung Tierseuchen	-3	-3	-3	

### B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Mio. CHF	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
<b>Einnahmen</b>	<b>3 769</b>	<b>3 822</b>	<b>3 596</b>	<b>-173</b>	<b>-4,6</b>
606 A2111.0141 Aufwandentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-33	-34	-35	-2	5,3
606 A2119.0001 Übriger Betriebsaufwand; Verkauf und Kontrolle Nationalstrassenabgabe	-2	-4	-2	0	0,5
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 465	1 486	1 390	-75	-5,1
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 955	1 982	1 850	-106	-5,4
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	364	370	373	9	2,4
802 E3200.0001 Rückzahlung Darlehen Terminalanlagen	8	6	5	-3	-35,5
806 E5100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	10	10	10	0	-4,7
806 E7100.0001 Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget); Erlös Restparzellen Nationalstrasse	1	6	5	4	291,3
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen Bahnhofparkanlagen	0	0	0	0	0,0
<b>Ausgaben</b>	<b>3 996</b>	<b>4 030</b>	<b>3 864</b>	<b>-132</b>	<b>-3,3</b>
<b>Nationalstrassen (ohne Infrastrukturfonds)</b>	<b>1 650</b>	<b>1 608</b>	<b>1 574</b>	<b>-76</b>	<b>-4,6</b>
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget); Betrieb	346	357	347	1	0,3
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget); Unterhalt/Ausbau	1 304	1 251	1 227	-77	-5,9
<b>Infrastrukturfonds</b>	<b>1 029</b>	<b>992</b>	<b>992</b>	<b>-37</b>	<b>-3,6</b>
806 A8400.0100 Jährliche Einlage Infrastrukturfonds	1 029	992	992	-37	-3,6
<b>Hauptstrassen</b>	<b>174</b>	<b>175</b>	<b>175</b>	<b>1</b>	<b>0,6</b>
806 A8300.0107 Hauptstrassen	174	175	175	1	0,6
<b>Übrige werkgebundene Beiträge</b>	<b>471</b>	<b>523</b>	<b>475</b>	<b>4</b>	<b>0,9</b>
802 A2310.0214 Abgeltung alpenquerender kombinierter Verkehr	163	158	157	-6	-3,9
802 A2310.0215 Autoverlad	2	2	2	0	0,0
802 A2310.0450 Abgeltung nicht-alpenquerender Schienengüterverkehr	14	10	9	-6	-38,6
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	2	1	1	-1	-39,7
802 A4300.0121 Anschlussgleise	18	16	16	-2	-9,9
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	266	298	287	21	7,8
802 A4300.0141 Terminalanlagen	6	37	3	-2	-42,8
<b>Nicht werkgebundene Beiträge</b>	<b>373</b>	<b>379</b>	<b>357</b>	<b>-16</b>	<b>-4,2</b>
806 A6200.0152 Allgemeine Strassenbeiträge	365	371	350	-15	-4,2
806 A6200.0153 Kantone ohne Nationalstrassen	7	8	7	0	-4,2
<b>Forschung und Verwaltung</b>	<b>154</b>	<b>180</b>	<b>153</b>	<b>-2</b>	<b>-1,1</b>
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	153	175	152	-1	-0,4
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	2	5	1	-1	-62,1
<b>Umweltschutz</b>	<b>98</b>	<b>108</b>	<b>91</b>	<b>-7</b>	<b>-7,2</b>
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	1	1	1	0	-1,1
810 A2310.0134 Wald	50	48	46	-3	-6,9
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	20	21	20	1	3,6
810 A4300.0139 Lärmschutz	28	38	23	-4	-15,6
<b>Heimat- und Landschaftsschutz</b>	<b>15</b>	<b>15</b>	<b>15</b>	<b>0</b>	<b>3,3</b>
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	11	11	11	0	1,9
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	2	2	2	0	12,9
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	0	0,0
<b>Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten</b>	<b>32</b>	<b>50</b>	<b>32</b>	<b>0</b>	<b>-0,3</b>
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	32	50	32	0	-0,3
<b>Saldo</b>	<b>-227</b>	<b>-207</b>	<b>-269</b>	<b>-41</b>	
<b>Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr</b>	<b>1 809</b>	<b>1 601</b>	<b>1 540</b>	<b>-269</b>	<b>-14,8</b>



## C01 Ertrag nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>65 693</b>	<b>64 041</b>	<b>65 136</b>	<b>64 877</b>	<b>67 504</b>	<b>67 259</b>	<b>2 382</b>	<b>3,7</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>60 096</b>	<b>58 288</b>	<b>60 338</b>	<b>60 188</b>	<b>63 755</b>	<b>62 689</b>	<b>2 501</b>	<b>4,2</b>
Direkte Bundessteuer	17 891	18 342	18 353	17 975	20 369	20 125	2 150	12,0
Verrechnungssteuer	5 961	3 835	5 442	5 631	5 314	6 117	486	8,6
Stempelabgaben	2 857	2 136	2 143	2 148	2 425	2 393	245	11,4
Mehrwertsteuer	21 642	22 050	22 561	22 608	23 770	22 453	-155	-0,7
Übrige Verbrauchssteuern	7 341	7 543	7 414	7 342	7 328	7 029	-313	-4,3
Mineralölsteuer	5 020	5 033	5 005	4 972	5 045	4 717	-255	-5,1
Tabaksteuer	2 208	2 397	2 295	2 257	2 170	2 198	-59	-2,6
Biersteuer	113	113	113	113	113	114	1	0,7
Verkehrsabgaben	2 323	2 293	2 242	2 212	2 290	2 224	12	0,6
Automobilsteuer	408	412	369	354	390	393	40	11,2
Nationalstrassenabgabe	360	352	356	364	370	373	9	2,4
Schwerverkehrsabgabe	1 555	1 529	1 517	1 493	1 530	1 457	-36	-2,4
Zölle	1 046	1 044	1 059	1 068	950	1 056	-13	-1,2
Spielbankenabgabe	376	329	308	285	300	272	-14	-4,8
Lenkungsabgaben	660	716	816	916	1 006	1 018	102	11,1
Lenkungsabgabe VOC	127	125	129	118	125	125	8	6,4
Altlastenabgabe	35	35	38	42	36	42	1	1,9
Lenkungsabgabe CO2	498	556	649	757	845	850	93	12,3
Übriger Fiskalertrag	-	-	-	3	3	3	0	-1,1
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 403</b>	<b>995</b>	<b>845</b>	<b>525</b>	<b>634</b>	<b>1 152</b>	<b>627</b>	<b>119,4</b>
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	269	267	242	236	241	230	-6	-2,7
Gewinnausschüttung SNB	833	333	333	-	167	667	667	-
Zunahme des Münzumschlags	54	144	19	22	23	19	-4	-17,1
Ertrag aus Kontingentsversteigerungen	213	217	216	239	180	204	-35	-14,7
Übrige Regalien und Konzessionen	34	34	35	27	23	33	6	21,2
<b>Finanzertrag</b>	<b>2 136</b>	<b>2 842</b>	<b>1 892</b>	<b>2 040</b>	<b>1 076</b>	<b>1 348</b>	<b>-692</b>	<b>-33,9</b>
Zinsertrag	376	359	246	246	271	276	30	12,1
Finanzanlagen	18	40	19	12	10	65	53	435,2
Darlehen	78	64	57	72	106	67	-5	-6,8
Bevorschussung an FinöV-Fonds	193	176	165	158	150	139	-18	-11,7
Übriger Zinsertrag	88	79	4	5	5	5	1	12,2
Kursgewinne	169	107	85	57	-	130	73	128,1
Beteiligungsertrag	1	0	0	0	0	0	0	-12,1
Zunahme von Equitywerten	1 256	2 285	1 457	1 701	804	888	-814	-47,8
Übriger Finanzertrag	334	92	104	35	1	55	19	54,6
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 880</b>	<b>1 852</b>	<b>1 967</b>	<b>2 065</b>	<b>1 884</b>	<b>1 882</b>	<b>-183</b>	<b>-8,9</b>
Entgelte	1 192	1 255	1 325	1 293	1 322	1 185	-108	-8,3
Wehrpflichtersatzabgabe	157	160	163	174	165	173	-1	-0,4
Gebühren	225	243	253	246	249	260	14	5,6
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	76	78	73	76	73	78	1	1,8
Verkäufe	102	92	96	111	120	102	-8	-7,6
Rückerstattungen	118	131	133	113	120	-	-113	-100,0
EU Zinsbesteuerung	97	114	139	115	118	71	-43	-37,8
Übrige Entgelte	415	436	469	458	477	501	43	9,3
Verschiedener Ertrag	689	598	642	771	562	696	-75	-9,7
Liegenschaftenertrag	365	386	398	369	364	365	-4	-1,0
Übriger verschiedener Ertrag	323	211	244	403	199	332	-71	-17,7
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>178</b>	<b>64</b>	<b>94</b>	<b>59</b>	<b>154</b>	<b>188</b>	<b>129</b>	<b>217,7</b>

**C02 Aufwand nach Kontengruppen**

Mio. CHF	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014	
							absolut	%
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>62 680</b>	<b>62 336</b>	<b>65 109</b>	<b>63 880</b>	<b>66 673</b>	<b>65 993</b>	<b>2 113</b>	<b>3,3</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>12 230</b>	<b>12 304</b>	<b>13 429</b>	<b>12 674</b>	<b>13 188</b>	<b>12 681</b>	<b>7</b>	<b>0,1</b>
Personalaufwand	4 923	5 060	5 476	5 409	5 557	5 450	41	0,8
Personalbezüge	4 023	4 111	4 213	4 337	4 446	4 409	72	1,7
Arbeitgeberbeiträge	804	843	1 126	922	971	945	22	2,4
Arbeitgeberleistungen	47	38	59	74	48	29	-45	-60,5
Übriger Personalaufwand	49	68	79	76	93	67	-9	-11,4
Sach- und Betriebsaufwand	3 983	4 029	4 830	4 237	4 546	4 122	-115	-2,7
Material- und Warenaufwand	192	138	150	202	191	204	2	0,9
Betriebsaufwand	3 386	3 424	4 201	3 587	3 864	3 500	-88	-2,4
Liegenschaften	465	414	512	533	426	367	-166	-31,1
Mieten und Pachten	160	164	169	181	190	177	-4	-2,1
Informatik	496	472	479	490	587	488	-3	-0,6
Beratung und Auftragsforschung	225	230	235	240	295	234	-6	-2,5
Betriebsaufwand der Armee	929	968	932	887	976	947	60	6,8
Abschreibungen auf Forderungen	190	221	409	161	188	190	29	18,1
Übriger Betriebsaufwand	921	955	1 465	1 097	1 202	1 098	1	0,1
Betrieblicher Unterhalt	404	467	480	447	491	418	-29	-6,5
Nationalstrassen								
Rüstungsaufwand	1 163	997	970	799	833	843	44	5,5
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	95	86	95	103	120	142	39	38,1
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	307	317	345	308	360	348	40	13,0
Rüstungsmaterial	761	594	530	388	353	353	-35	-9,1
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 162	2 218	2 153	2 229	2 252	2 266	37	1,7
Gebäude	528	555	509	573	544	625	53	9,2
Nationalstrassen	1 416	1 425	1 441	1 468	1 502	1 467	-1	-0,1
Übrige Abschreibungen	218	238	203	188	206	174	-14	-7,5
<b>Transferaufwand</b>	<b>46 994</b>	<b>47 332</b>	<b>48 838</b>	<b>49 028</b>	<b>51 443</b>	<b>51 137</b>	<b>2 109</b>	<b>4,3</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 549	8 687	8 741	8 903	9 616	9 441	538	6,0
Kantonsanteile	4 466	4 477	4 579	4 520	4 918	4 959	440	9,7
Anteile der Sozialversicherungen	3 519	3 734	3 811	3 772	3 941	3 725	-47	-1,3
Rückverteilung	564	477	351	611	757	757	146	23,9
Lenkungsabgaben								
Entschädigungen an Gemeinwesen	856	1 015	1 005	1 038	1 107	1 291	253	24,4
Beiträge an eigene Institutionen	2 971	3 093	2 950	3 024	3 051	3 522	498	16,5
Beiträge an Dritte	14 317	14 619	15 286	15 215	15 985	15 848	633	4,2
Finanzausgleich	3 049	3 102	3 178	3 185	3 238	3 238	53	1,7
Internationale Organisationen	1 762	1 825	2 096	1 684	2 033	1 799	115	6,9
Übrige Beiträge an Dritte	9 506	9 692	10 012	10 346	10 714	10 810	465	4,5
Beiträge an Sozialversicherungen	15 754	15 399	16 295	16 155	16 668	16 401	246	1,5
AHV / IV / ALV	12 126	11 712	11 842	12 195	12 587	12 329	134	1,1
Übrige Sozialversicherungen	3 628	3 687	4 452	3 960	4 081	4 072	112	2,8
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 160	4 101	4 177	4 303	4 621	4 200	-103	-2,4
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	386	417	385	390	395	433	43	11,1

**C02 Aufwand nach Kontengruppen**

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
<b>Finanzaufwand</b>	<b>3 428</b>	<b>2 664</b>	<b>2 578</b>	<b>2 174</b>	<b>2 041</b>	<b>2 157</b>	<b>-17</b>	<b>-0,8</b>
Zinsaufwand	2 669	2 406	2 128	1 978	1 941	1 878	-101	-5,1
Anleihen	2 481	2 297	2 039	1 905	1 846	1 843	-62	-3,3
Geldmarktbuchforderungen	6	0	–	–	9	–	–	–
Übriger Zinsaufwand	182	109	89	73	87	35	-38	-52,5
Kursverluste	88	44	30	49	–	111	62	126,9
Kapitalbeschaffungsaufwand	116	104	90	80	100	76	-3	-4,0
Abnahme von Equitywerten	440	–	303	–	–	53	53	–
Übriger Finanzaufwand	116	110	28	67	0	39	-27	-40,9
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>27</b>	<b>37</b>	<b>264</b>	<b>4</b>	<b>1</b>	<b>18</b>	<b>14</b>	<b>306,6</b>

### C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	2011-2015
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>3,4</b>	<b>-2,5</b>	<b>1,7</b>	<b>-0,4</b>	<b>4,0</b>	<b>3,7</b>	<b>0,6</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>4,1</b>	<b>-3,0</b>	<b>3,5</b>	<b>-0,2</b>	<b>5,9</b>	<b>4,2</b>	<b>1,1</b>
Direkte Bundessteuer	0,0	2,5	0,1	-2,1	13,3	12,0	3,0
Verrechnungssteuer	37,9	-35,7	41,9	3,5	-5,6	8,6	0,7
Stempelabgaben	0,1	-25,2	0,3	0,2	12,9	11,4	-4,3
Mehrwertsteuer	4,7	1,9	2,3	0,2	5,1	-0,7	0,9
Übrige Verbrauchssteuern	-3,4	2,8	-1,7	-1,0	-0,2	-4,3	-1,1
Verkehrsabgaben	5,1	-1,3	-2,3	-1,3	3,5	0,6	-1,1
Zölle	-3,1	-0,2	1,5	0,9	-11,1	-1,2	0,2
Verschiedener Fiskalertrag	-8,3	1,0	7,5	7,2	8,7	7,3	5,7
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1,5</b>	<b>-29,1</b>	<b>-15,0</b>	<b>-37,9</b>	<b>20,8</b>	<b>119,4</b>	<b>-4,8</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>-12,7</b>	<b>33,1</b>	<b>-33,4</b>	<b>7,8</b>	<b>-47,2</b>	<b>-33,9</b>	<b>-10,9</b>
Beteiligungsertrag	177,9	-70,8	-21,8	0,6	-12,6	-12,1	-32,9
Zunahme von Equitywerten	-31,8	82,0	-36,3	16,8	-52,7	-47,8	-8,3
Übriger Finanzertrag	45,2	-36,6	-21,8	-22,3	-19,6	36,0	-14,9
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>4,3</b>	<b>-1,5</b>	<b>6,2</b>	<b>5,0</b>	<b>-8,7</b>	<b>-8,9</b>	<b>0,0</b>
Entgelte	-5,3	5,3	5,6	-2,4	2,2	-8,3	-0,1
Verschiedener Ertrag	26,6	-13,2	7,5	20,1	-27,1	-9,7	0,3
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>31,7</b>	<b>-63,8</b>	<b>46,3</b>	<b>-37,2</b>	<b>160,9</b>	<b>217,7</b>	<b>1,4</b>
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>5,5</b>	<b>-0,5</b>	<b>4,4</b>	<b>-1,9</b>	<b>4,4</b>	<b>3,3</b>	<b>1,3</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>1,6</b>	<b>0,6</b>	<b>9,1</b>	<b>-5,6</b>	<b>4,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,9</b>
Personalaufwand	2,1	2,8	8,2	-1,2	2,7	0,8	2,6
Sach- und Betriebsaufwand	-2,2	1,2	19,9	-12,3	7,3	-2,7	0,9
Rüstungsaufwand	16,2	-14,3	-2,7	-17,6	4,2	5,5	-7,7
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	0,9	2,6	-2,9	3,5	1,0	1,7	1,2
<b>Transferaufwand</b>	<b>6,7</b>	<b>0,7</b>	<b>3,2</b>	<b>0,4</b>	<b>4,9</b>	<b>4,3</b>	<b>2,1</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	11,0	1,6	0,6	1,9	8,0	6,0	2,5
Entschädigungen an Gemeinwesen	6,1	18,6	-1,0	3,4	6,6	24,4	10,8
Beiträge an eigene Institutionen	4,2	4,1	-4,6	2,5	0,9	16,5	4,3
Beiträge an Dritte	5,2	2,1	4,6	-0,5	5,1	4,2	2,6
Beiträge an Sozialversicherungen	8,7	-2,3	5,8	-0,9	3,2	1,5	1,0
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	-3,3	-1,4	1,9	3,0	7,4	-2,4	0,2
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	49,0	8,0	-7,6	1,3	1,1	11,1	2,9
<b>Finanzaufwand</b>	<b>3,9</b>	<b>-22,3</b>	<b>-3,2</b>	<b>-15,7</b>	<b>-6,1</b>	<b>-0,8</b>	<b>-10,9</b>
Zinsaufwand	-8,1	-9,9	-11,6	-7,0	-1,9	-5,1	-8,4
Abnahme von Equitywerten	363,9	-100,0	-	-100,0	-	-	-41,2
Übriger Finanzaufwand	5,9	-19,3	-42,9	32,3	-48,8	16,0	-8,3
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>22,1</b>	<b>35,2</b>	<b>622,6</b>	<b>-98,3</b>	<b>-80,4</b>	<b>306,6</b>	<b>-9,3</b>

**C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen**

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>91,5</b>	<b>91,0</b>	<b>92,6</b>	<b>92,8</b>	<b>94,4</b>	<b>93,2</b>
Direkte Bundessteuer	27,2	28,6	28,2	27,7	30,2	29,9
Verrechnungssteuer	9,1	6,0	8,4	8,7	7,9	9,1
Stempelabgaben	4,3	3,3	3,3	3,3	3,6	3,6
Mehrwertsteuer	32,9	34,4	34,6	34,8	35,2	33,4
Übrige Verbrauchssteuern	11,2	11,8	11,4	11,3	10,9	10,5
Verkehrsabgaben	3,5	3,6	3,4	3,4	3,4	3,3
Zölle	1,6	1,6	1,6	1,6	1,4	1,6
Verschiedener Fiskalertrag	1,6	1,6	1,7	1,9	1,9	1,9
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>2,1</b>	<b>1,6</b>	<b>1,3</b>	<b>0,8</b>	<b>0,9</b>	<b>1,7</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>3,3</b>	<b>4,4</b>	<b>2,9</b>	<b>3,1</b>	<b>1,6</b>	<b>2,0</b>
Beteiligungsertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zunahme von Equitywerten	1,9	3,6	2,2	2,6	1,2	1,3
Übriger Finanzertrag	1,3	0,9	0,7	0,5	0,4	0,7
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>2,9</b>	<b>2,9</b>	<b>3,0</b>	<b>3,2</b>	<b>2,8</b>	<b>2,8</b>
Entgelte	1,8	2,0	2,0	2,0	2,0	1,8
Verschiedener Ertrag	1,0	0,9	1,0	1,2	0,8	1,0
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>0,3</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>19,5</b>	<b>19,7</b>	<b>20,6</b>	<b>19,8</b>	<b>19,8</b>	<b>19,2</b>
Personalaufwand	7,9	8,1	8,4	8,5	8,3	8,3
Sach- und Betriebsaufwand	6,4	6,5	7,4	6,6	6,8	6,2
Rüstungsaufwand	1,9	1,6	1,5	1,3	1,2	1,3
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	3,4	3,6	3,3	3,5	3,4	3,4
<b>Transferaufwand</b>	<b>75,0</b>	<b>75,9</b>	<b>75,0</b>	<b>76,8</b>	<b>77,2</b>	<b>77,5</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	13,6	13,9	13,4	13,9	14,4	14,3
Entschädigungen an Gemeinwesen	1,4	1,6	1,5	1,6	1,7	2,0
Beiträge an eigene Institutionen	4,7	5,0	4,5	4,7	4,6	5,3
Beiträge an Dritte	22,8	23,5	23,5	23,8	24,0	24,0
Beiträge an Sozialversicherungen	25,1	24,7	25,0	25,3	25,0	24,9
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	6,6	6,6	6,4	6,7	6,9	6,4
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6	0,7
<b>Finanzaufwand</b>	<b>5,5</b>	<b>4,3</b>	<b>4,0</b>	<b>3,4</b>	<b>3,1</b>	<b>3,3</b>
Zinsaufwand	4,3	3,9	3,3	3,1	2,9	2,8
Abnahme von Equitywerten	0,7	–	0,5	–	–	0,1
Übriger Finanzaufwand	0,5	0,4	0,2	0,3	0,1	0,3
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>	<b>0,4</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

**C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2015**

Mio. CHF	Total Rechnung 2015	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	WBF	UVEK
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>67 259</b>	<b>23</b>	<b>93</b>	<b>113</b>	<b>375</b>	<b>160</b>	<b>65 977</b>	<b>324</b>	<b>194</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>62 689</b>	–	–	–	<b>272</b>	–	<b>62 349</b>	<b>3</b>	<b>66</b>
Direkte Bundessteuer	20 125	–	–	–	–	–	20 125	–	–
Verrechnungssteuer	6 117	–	–	–	–	–	6 117	–	–
Stempelabgaben	2 393	–	–	–	–	–	2 393	–	–
Mehrwertsteuer	22 453	–	–	–	–	–	22 453	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 029	–	–	–	–	–	7 029	–	–
Verkehrsabgaben	2 224	–	–	–	–	–	2 224	–	–
Zölle	1 056	–	–	–	–	–	1 056	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 292	–	–	–	272	–	952	3	66
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>1 152</b>	–	–	–	–	–	<b>915</b>	<b>204</b>	<b>33</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>1 348</b>	–	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1 330</b>	<b>15</b>	<b>1</b>
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	888	–	–	–	–	–	888	–	–
Übriger Finanzertrag	460	–	1	1	0	0	443	15	1
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>1 882</b>	<b>23</b>	<b>92</b>	<b>112</b>	<b>104</b>	<b>160</b>	<b>1 195</b>	<b>102</b>	<b>95</b>
Entgelte	1 185	20	41	92	90	71	715	76	82
Verschiedener Ertrag	696	3	51	20	14	88	481	26	13
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>188</b>	–	–	–	–	–	<b>188</b>	–	–
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>65 993</b>	<b>383</b>	<b>3 171</b>	<b>16 870</b>	<b>2 275</b>	<b>4 849</b>	<b>16 229</b>	<b>12 216</b>	<b>10 000</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>12 681</b>	<b>383</b>	<b>746</b>	<b>577</b>	<b>637</b>	<b>4 617</b>	<b>2 685</b>	<b>523</b>	<b>2 512</b>
Personalaufwand	5 450	316	562	377	394	1 714	1 319	368	400
Sach- und Betriebsaufwand	4 122	67	184	195	207	1 761	944	145	621
Rüstungsaufwand	843	–	–	–	–	843	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 266	1	1	5	36	299	423	10	1 491
<b>Transferaufwand</b>	<b>51 137</b>	–	<b>2 425</b>	<b>16 293</b>	<b>1 638</b>	<b>232</b>	<b>11 368</b>	<b>11 693</b>	<b>7 487</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	9 441	–	–	–	308	–	8 019	–	1 114
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 291	–	1	39	1 143	78	–	1	30
Beiträge an eigene Institutionen	3 522	–	0	92	25	–	–	2 546	859
Beiträge an Dritte	15 848	–	2 405	201	118	143	3 349	8 453	1 178
Beiträge an Sozialversicherungen	16 401	–	–	15 937	–	–	–	464	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 200	–	–	24	44	11	–	186	3 935
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	433	–	19	–	–	–	–	43	371
<b>Finanzaufwand</b>	<b>2 157</b>	–	–	–	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2 157</b>	–	<b>0</b>
Zinsaufwand	1 878	–	–	–	–	0	1 878	–	0
Abnahme von Equitywerten	53	–	–	–	–	–	53	–	–
Übriger Finanzaufwand	226	–	–	–	0	0	226	–	0
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>18</b>	–	–	–	–	–	<b>18</b>	–	–

**C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2014**

Mio. CHF	Total Rechnung 2014	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	WBF	UVEK
<b>Ordentlicher Ertrag</b>	<b>64 877</b>	<b>23</b>	<b>44</b>	<b>112</b>	<b>399</b>	<b>149</b>	<b>63 529</b>	<b>392</b>	<b>228</b>
<b>Fiskalertrag</b>	<b>60 188</b>	–	–	–	<b>285</b>	–	<b>59 859</b>	<b>3</b>	<b>41</b>
Direkte Bundessteuer	17 975	–	–	–	–	–	17 975	–	–
Verrechnungssteuer	5 631	–	–	–	–	–	5 631	–	–
Stempelabgaben	2 148	–	–	–	–	–	2 148	–	–
Mehrwertsteuer	22 608	–	–	–	–	–	22 608	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 342	–	–	–	–	–	7 342	–	–
Verkehrsabgaben	2 212	–	–	–	–	–	2 212	–	–
Zölle	1 068	–	–	–	–	–	1 068	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 204	–	–	–	285	–	875	3	41
<b>Regalien und Konzessionen</b>	<b>525</b>	–	–	–	–	–	<b>259</b>	<b>239</b>	<b>27</b>
<b>Finanzertrag</b>	<b>2 040</b>	–	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2 016</b>	<b>19</b>	<b>3</b>
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	1 701	–	–	–	–	–	1 701	–	–
Übriger Finanzertrag	338	–	0	1	0	0	315	19	3
<b>Übriger Ertrag</b>	<b>2 065</b>	<b>23</b>	<b>44</b>	<b>111</b>	<b>114</b>	<b>149</b>	<b>1 336</b>	<b>131</b>	<b>158</b>
Entgelte	1 293	21	43	106	103	86	765	79	90
Verschiedener Ertrag	771	2	1	4	11	63	570	52	67
<b>Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital</b>	<b>59</b>	–	–	–	–	–	<b>59</b>	–	–
<b>Ordentlicher Aufwand</b>	<b>63 880</b>	<b>370</b>	<b>3 016</b>	<b>16 626</b>	<b>2 030</b>	<b>4 782</b>	<b>15 779</b>	<b>11 377</b>	<b>9 900</b>
<b>Eigenaufwand</b>	<b>12 674</b>	<b>370</b>	<b>764</b>	<b>574</b>	<b>611</b>	<b>4 560</b>	<b>2 738</b>	<b>522</b>	<b>2 534</b>
Personalaufwand	5 409	312	560	372	385	1 703	1 329	360	389
Sach- und Betriebsaufwand	4 237	58	202	197	184	1 814	981	151	650
Rüstungsaufwand	799	–	–	–	–	799	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 229	1	2	5	42	243	429	11	1 495
<b>Transferaufwand</b>	<b>49 028</b>	–	<b>2 251</b>	<b>16 052</b>	<b>1 419</b>	<b>222</b>	<b>10 863</b>	<b>10 856</b>	<b>7 366</b>
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8 903	–	–	–	329	–	7 590	–	984
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 038	–	–	38	899	70	–	2	28
Beiträge an eigene Institutionen	3 024	–	0	92	26	–	–	2 509	396
Beiträge an Dritte	15 215	–	2 255	195	119	142	3 273	7 574	1 656
Beiträge an Sozialversicherungen	16 155	–	–	15 696	–	–	–	459	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 303	–	–	31	45	9	–	258	3 960
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	390	–	-4	–	–	–	–	53	341
<b>Finanzaufwand</b>	<b>2 174</b>	–	<b>0</b>	–	–	<b>0</b>	<b>2 173</b>	–	<b>0</b>
Zinsaufwand	1 978	–	0	–	–	0	1 978	–	0
Übriger Finanzaufwand	195	–	–	–	–	0	195	–	–
<b>Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital</b>	<b>4</b>	–	–	–	–	–	<b>4</b>	–	–



## D01 Bilanz im Detail

Mio. CHF	2011	2012	2013	2014	2015	Differenz zu 2014	
						absolut	%
<b>Aktiven</b>	<b>104 526</b>	<b>108 968</b>	<b>111 183</b>	<b>110 924</b>	<b>112 022</b>	<b>1 098</b>	<b>1,0</b>
<b>Finanzvermögen</b>	<b>29 526</b>	<b>32 543</b>	<b>34 459</b>	<b>32 904</b>	<b>33 574</b>	<b>670</b>	<b>2,0</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>14 674</b>	<b>18 132</b>	<b>20 213</b>	<b>18 852</b>	<b>21 443</b>	<b>2 590</b>	<b>13,7</b>
<b>Flüssige Mittel und kurzfristige Geldanlagen</b>	<b>5 544</b>	<b>9 311</b>	<b>11 221</b>	<b>9 030</b>	<b>10 587</b>	<b>1 558</b>	<b>17,3</b>
Kasse	5	5	5	5	11	6	121,5
Post	136	161	176	106	95	-11	-10,1
Bank	4 873	8 396	10 096	8 459	10 482	2 023	23,9
Kurzfristige Geldanlagen	530	750	945	460	-	-460	-100,0
<b>Forderungen</b>	<b>5 862</b>	<b>6 163</b>	<b>6 460</b>	<b>6 572</b>	<b>6 270</b>	<b>-302</b>	<b>-4,6</b>
Steuer- und Zollforderungen	4 611	5 073	5 427	5 179	4 901	-277	-5,4
Kontokorrente	1 027	863	841	939	939	0	0,0
Andere Forderungen	192	197	164	422	399	-22	-5,3
Übrige Forderungen	32	29	28	33	30	3	-7,7
<b>Kurzfristige Finanzanlagen</b>	<b>1 959</b>	<b>1 504</b>	<b>1 551</b>	<b>2 551</b>	<b>3 577</b>	<b>1 026</b>	<b>40,2</b>
Festgelder	1 800	1 400	1 475	1 840	1 000	-840	-45,7
Darlehen	-	-	-	500	2 400	1 900	380,0
Positive Wiederbeschaffungswerte	153	102	76	211	177	-34	-16,2
Übrige Anlagen	6	2	0	0	0	0	0,0
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>1 308</b>	<b>1 153</b>	<b>981</b>	<b>700</b>	<b>1 009</b>	<b>309</b>	<b>44,1</b>
Zinsen	29	23	20	29	28	-1	-2,6
Disagio	294	238	208	196	156	-40	-20,3
Übrige aktive Rechnungsabgrenzung	986	892	754	475	825	350	73,6
<b>Anlagevermögen</b>	<b>14 852</b>	<b>14 411</b>	<b>14 245</b>	<b>14 051</b>	<b>12 131</b>	<b>-1 920</b>	<b>-13,7</b>
<b>Langfristige Finanzanlagen</b>	<b>14 683</b>	<b>14 241</b>	<b>14 245</b>	<b>14 051</b>	<b>12 077</b>	<b>-1 974</b>	<b>-14,0</b>
Darlehen an Arbeitslosenversicherung	6 000	5 000	4 200	2 800	200	-2 600	-92,9
Übrige Darlehen	920	1 220	1 870	2 890	3 020	130	4,5
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	7 763	8 021	8 175	8 361	8 857	496	5,9
<b>Forderungen ggü. zweckgeb. Fonds im Fremdkapital</b>	<b>170</b>	<b>170</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>54</b>	<b>54</b>	<b>-</b>
Lenkungsabgaben	170	170	-	-	54	54	-
<b>Verwaltungsvermögen</b>	<b>75 000</b>	<b>76 426</b>	<b>76 724</b>	<b>78 021</b>	<b>78 448</b>	<b>428</b>	<b>0,5</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>284</b>	<b>277</b>	<b>305</b>	<b>260</b>	<b>186</b>	<b>-75</b>	<b>-28,7</b>
<b>Vorräte</b>	<b>284</b>	<b>277</b>	<b>305</b>	<b>260</b>	<b>186</b>	<b>-75</b>	<b>-28,7</b>
Vorräte aus Kauf	266	259	293	247	167	-80	-32,4
Vorräte aus Eigenfertigung	18	18	12	13	18	5	42,0
<b>Anlagevermögen</b>	<b>74 716</b>	<b>76 149</b>	<b>76 419</b>	<b>77 760</b>	<b>78 263</b>	<b>502</b>	<b>0,6</b>
<b>Sachanlagen</b>	<b>52 176</b>	<b>52 325</b>	<b>52 642</b>	<b>53 172</b>	<b>53 714</b>	<b>542</b>	<b>1,0</b>
Mobilien	321	314	332	312	297	-15	-4,8
Anlagen im Bau	10 096	11 616	11 439	11 927	13 252	1 325	11,1
Aktivierte Einlagen in Sonderrechnungen	1 709	1 362	1 321	1 419	1 633	213	15,0
Liegenschaften	12 752	12 505	12 426	12 581	12 573	-9	-0,1
Nationalstrassen	27 294	26 515	27 122	26 929	25 956	-973	-3,6
Anzahlungen auf Sachanlagen	4	13	3	4	4	0	-1,2
<b>Immaterielle Anlagen</b>	<b>204</b>	<b>210</b>	<b>201</b>	<b>212</b>	<b>220</b>	<b>8</b>	<b>3,8</b>
Software	73	90	84	103	94	-9	-9,1
Anlagen im Bau	128	120	117	109	114	5	4,6
Übrige immaterielle Anlagen	3	-	-	-	12	12	-
<b>Darlehen</b>	<b>3 621</b>	<b>3 482</b>	<b>3 372</b>	<b>3 266</b>	<b>3 159</b>	<b>-106</b>	<b>-3,3</b>
Allgemeine Verwaltung	2	2	2	1	1	0	12,6
Beziehungen zum Ausland	797	843	825	803	794	-9	-1,1
Soziale Wohlfahrt	1 865	1 783	1 720	1 625	1 500	-125	-7,7
Verkehr	7 934	8 282	8 714	9 208	9 421	213	2,3
Landwirtschaft	2 521	2 576	2 628	2 673	2 689	15	0,6
Übrige Volkswirtschaft	1 263	1 161	1 157	1 119	1 063	-56	-5,0
Wertberichtigung Darlehen des Verwaltungsvermögens	-10 761	-11 164	-11 674	-12 164	-12 309	-145	-1,2

**D01 Bilanz im Detail**

Fortsetzung

Mio. CHF	2011	2012	2013	2014	2015	Differenz zu 2014	
						absolut	%
<b>Beteiligungen</b>	<b>18 714</b>	<b>20 132</b>	<b>20 204</b>	<b>21 111</b>	<b>21 169</b>	<b>58</b>	<b>0,3</b>
Namhafte Beteiligungen	18 692	20 110	20 182	21 088	21 146	58	0,3
Übrige Beteiligungen	890	942	952	971	1 009	38	3,9
Wertberichtigung Beteiligungen	-867	-920	-929	-948	-986	-38	-4,0

**D01 Bilanz im Detail**  
Fortsetzung

Mio. CHF	2011	2012	2013	2014	2015	Differenz zu 2014	
						absolut	%
<b>Passiven</b>	<b>104 526</b>	<b>108 968</b>	<b>111 183</b>	<b>110 924</b>	<b>112 022</b>	<b>1 098</b>	<b>1,0</b>
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>33 988</b>	<b>37 205</b>	<b>37 533</b>	<b>37 475</b>	<b>36 918</b>	<b>-557</b>	<b>-1,5</b>
<b>Laufende Verbindlichkeiten</b>	<b>14 151</b>	<b>15 096</b>	<b>15 980</b>	<b>16 225</b>	<b>16 107</b>	<b>-118</b>	<b>-0,7</b>
Kontokorrente	10 102	10 208	4 116	4 115	4 841	726	17,6
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1 467	1 580	1 350	1 385	744	-641	-46,3
Steuer- und Zollverbindlichkeiten	–	–	6 369	5 684	5 573	-111	-1,9
Verwaltete Stiftungen	73	75	62	68	53	-15	-22,2
Übrige laufende Verbindlichkeiten	2 509	3 234	4 084	4 973	4 896	-78	-1,6
<b>Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten</b>	<b>14 333</b>	<b>16 435</b>	<b>15 556</b>	<b>13 565</b>	<b>10 021</b>	<b>-3 545</b>	<b>-26,1</b>
Geldmarkt	10 610	13 006	12 377	10 399	6 943	-3 456	-33,2
Sparkasse Bundespersonal	3 155	3 030	2 955	2 988	2 866	-122	-4,1
Negative Wiederbeschaffungswerte	568	399	225	166	203	37	22,3
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	–	–	–	12	9	-4	-29,5
<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>5 203</b>	<b>5 377</b>	<b>5 696</b>	<b>6 903</b>	<b>10 017</b>	<b>3 113</b>	<b>45,1</b>
Zinsen	1 885	1 841	1 659	1 511	1 456	-55	-3,6
Agio	1 932	2 603	2 763	2 995	3 524	529	17,6
Abgrenzung Subventionen	267	271	105	108	755	647	600,4
Abgrenzung Verrechnungssteuer	863	424	783	1 929	3 746	1 817	94,2
Übrige passive Rechnungsabgrenzung	256	239	386	360	535	175	48,7
<b>Kurzfristige Rückstellungen</b>	<b>301</b>	<b>297</b>	<b>301</b>	<b>781</b>	<b>773</b>	<b>-7</b>	<b>-0,9</b>
Rückstellungen Restrukturierungen	20	20	24	26	35	9	34,6
Rückstellungen Leistungen an Arbeitnehmer	263	252	245	239	224	-14	-6,1
Übrige kurzfristige Rückstellungen	18	25	32	516	514	-2	-0,4
<b>Langfristiges Fremdkapital</b>	<b>97 939</b>	<b>96 763</b>	<b>97 658</b>	<b>96 239</b>	<b>95 853</b>	<b>-387</b>	<b>-0,4</b>
<b>Langfristige Finanzverbindlichkeiten</b>	<b>82 032</b>	<b>80 876</b>	<b>80 101</b>	<b>79 006</b>	<b>77 678</b>	<b>-1 328</b>	<b>-1,7</b>
Bundeseigene Unternehmungen	1 880	1 370	770	300	100	-200	-66,7
Anleihen	80 049	79 290	79 105	78 443	77 275	-1 168	-1,5
Eidg. Technische Hochschulen ETH	94	99	104	109	124	16	14,4
Von Dritten mitfinanzierte Investitionen	9	28	35	40	55	14	35,9
Übrige mittel- und langfristige Schulden	–	89	87	114	124	10	8,9
<b>Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen</b>	<b>2 133</b>	<b>1 754</b>	<b>1 610</b>	<b>1 691</b>	<b>1 881</b>	<b>190</b>	<b>11,3</b>
Infrastrukturfonds	2 133	1 754	1 610	1 691	1 881	190	11,3
<b>Langfristige Rückstellungen</b>	<b>12 478</b>	<b>12 862</b>	<b>14 528</b>	<b>14 210</b>	<b>14 577</b>	<b>367</b>	<b>2,6</b>
Rückstellungen Verrechnungssteuer	8 200	8 700	9 200	9 200	9 700	500	5,4
Übrige langfristige Rückstellungen	4 278	4 162	5 328	5 010	4 877	-133	-2,7
<b>Verbindlichkeiten ggü. zweckgebundenen Fonds im FK</b>	<b>1 296</b>	<b>1 272</b>	<b>1 419</b>	<b>1 332</b>	<b>1 716</b>	<b>385</b>	<b>28,9</b>
Lenkungsabgaben	255	262	355	345	264	-81	-23,3
Spezialfonds im Fremdkapital	90	93	185	153	653	500	327,0
Übrige zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	952	917	878	834	799	-35	-4,2
<b>Eigenkapital</b>	<b>-27 400</b>	<b>-24 999</b>	<b>-24 008</b>	<b>-22 790</b>	<b>-20 748</b>	<b>2 042</b>	<b>9,0</b>
<b>Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital</b>	<b>3 803</b>	<b>4 418</b>	<b>4 891</b>	<b>5 279</b>	<b>5 607</b>	<b>328</b>	<b>6,2</b>
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	2 028	2 078	2 036	1 809	1 540	-269	-14,8
Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FHAL/WTO	1 711	2 256	2 805	3 398	3 985	587	17,3
Übrige zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	64	85	51	72	82	10	13,9
<b>Spezialfonds im Eigenkapital</b>	<b>1 301</b>	<b>1 278</b>	<b>1 256</b>	<b>1 280</b>	<b>1 296</b>	<b>16</b>	<b>1,3</b>
<b>Reserven aus Globalbudget</b>	<b>176</b>	<b>225</b>	<b>221</b>	<b>187</b>	<b>180</b>	<b>-8</b>	<b>-4,1</b>
Allgemeine Reserven aus Globalbudget	40	40	28	18	20	1	5,5
Zweckgebundene Reserven aus Globalbudget	137	185	193	169	160	-9	-5,1
<b>Übriges Eigenkapital</b>	<b>–</b>	<b>0</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>Bilanzfehlbetrag</b>	<b>-32 681</b>	<b>-30 920</b>	<b>-30 377</b>	<b>-29 536</b>	<b>-27 832</b>	<b>1 705</b>	<b>5,8</b>
Bilanzfehlbetrag	-32 681	-30 920	-30 377	-29 536	-27 832	1 705	5,8

**D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten**

CHF	2014			2015		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
<b>Darlehen</b>	<b>15 429 329 610-12</b>	<b>163 800 786</b>	<b>3 265 528 824</b>	<b>15 467 886 563-12</b>	<b>308 548 128</b>	<b>3 159 338 436</b>
<b>202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten</b>	<b>388 325 318</b>	<b>-125 518 500</b>	<b>262 806 818</b>	<b>382 900 286</b>	<b>-123 997 400</b>	<b>258 902 886</b>
Darlehen an die FIPOI	384 836 880	-125 518 500	259 318 380	379 632 396	-123 997 400	255 634 996
Darlehen Weltpostverein	2 254 555	–	2 254 555	1 878 795	–	1 878 795
Darlehen für Ausrüstung	1 233 883	–	1 233 883	1 389 095	–	1 389 095
<b>420 Bundesamt für Migration</b>	<b>22 823 300</b>	<b>–</b>	<b>22 823 300</b>	<b>20 748 300</b>	<b>–</b>	<b>20 748 300</b>
Darlehen für Unterkünfte Asylsuchende (AsylG Art. 90)	22 823 300	–	22 823 300	20 748 300	–	20 748 300
<b>704 Staatssekretariat für Wirtschaft</b>	<b>1 463 290 004</b>	<b>-478 232 000</b>	<b>985 058 004</b>	<b>1 407 968 691</b>	<b>-467 413 220</b>	<b>940 555 470</b>
Regionalentwicklung	800 217 829	-133 239 805	666 978 024	748 459 690	-123 796 295	624 663 395
SGH Darlehen für Hotelerneuerung und -entschuldung	87 071 082	-87 071 082	–	87 071 082	-87 071 082	–
SGH Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Darlehen	148 625 000	-148 625 000	–	148 625 000	-148 625 000	–
Indonesien, Mischkredit	18 983 334	-7 593 334	11 390 000	15 583 333	-6 233 334	9 350 000
SOFI Studienfinanzierungsfonds	18 200 555	-18 200 555	–	18 200 555	-18 200 555	–
Darlehen BG Mitte, Bürgschaften für KMU	8 000 000	–	8 000 000	8 000 000	–	8 000 000
Darlehen Kurs- und Erholungszentrum Fiesch	3 815 000	–	3 815 000	3 690 000	–	3 690 000
Konsolidierungsabkommen, Pakistan III	3 589 635	-1 435 854	2 153 781	3 589 635	-1 435 854	2 153 781
Konsolidierungsabkommen, Bangladesch I	343 551	-137 420	206 131	305 378	-122 151	183 227
Darlehen SIFEM	374 444 018	-81 928 950	292 515 068	374 444 018	-81 928 950	292 515 068
<b>708 Bundesamt für Landwirtschaft</b>	<b>2 673 476 789</b>	<b>-2 673 476 789</b>	<b>–</b>	<b>2 688 923 071</b>	<b>-2 688 923 071</b>	<b>–</b>
Kanton Bern	431 339 378	-431 339 378	–	431 339 626	-431 339 626	–
Kanton Luzern	281 362 847	-281 362 847	–	282 592 918	-282 592 918	–
Kanton St. Gallen	221 072 405	-221 072 405	–	221 072 405	-221 072 405	–
Kanton Freiburg	209 235 611	-209 235 611	–	209 238 536	-209 238 536	–
Kanton Waadt	219 787 532	-219 787 532	–	223 187 532	-223 187 532	–
Kanton Zürich	183 420 330	-183 420 330	–	183 417 402	-183 417 402	–
Kanton Graubünden	171 058 100	-171 058 100	–	171 059 838	-171 059 838	–
Kanton Thurgau	134 167 598	-134 167 598	–	134 170 524	-134 170 524	–
Kanton Aargau	127 351 914	-127 351 914	–	128 952 051	-128 952 051	–
Kanton Wallis	77 626 706	-77 626 706	–	77 633 022	-77 633 022	–
Kanton Jura	73 042 485	-73 042 485	–	75 995 072	-75 995 072	–
Kanton Schwyz	71 723 798	-71 723 798	–	71 724 393	-71 724 393	–
Kanton Solothurn	85 372 832	-85 372 832	–	85 473 026	-85 473 026	–
Kanton Neuenburg	69 641 402	-69 641 402	–	74 743 423	-74 743 423	–
Kanton Basel-Land	49 168 544	-49 168 544	–	49 171 317	-49 171 317	–
Kanton Tessin	37 713 534	-37 713 534	–	37 714 844	-37 714 844	–
Kanton Schaffhausen	40 585 680	-40 585 680	–	40 586 946	-40 586 946	–
Kanton Appenzell A.Rh.	37 130 045	-37 130 045	–	38 136 225	-38 136 225	–
Kanton Obwalden	30 028 485	-30 028 485	–	30 040 066	-30 040 066	–
Kanton Appenzell I.Rh.	27 747 252	-27 747 252	–	27 747 935	-27 747 935	–
Kanton Uri	19 842 318	-19 842 318	–	19 843 903	-19 843 903	–
Kanton Zug	21 483 457	-21 483 457	–	21 504 219	-21 504 219	–
Kanton Nidwalden	21 197 513	-21 197 513	–	21 197 513	-21 197 513	–
Kanton Glarus	19 503 519	-19 503 519	–	19 506 830	-19 506 830	–
Kanton Genf	12 873 507	-12 873 507	–	12 873 507	-12 873 507	–

**D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung

CHF	2014			2015		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
<b>725 Bundesamt für Wohnungswesen</b>	<b>1 602 302 165</b>	<b>-183 795 485</b>	<b>1 418 506 680</b>	<b>1 479 325 450</b>	<b>-171 631 467</b>	<b>1 307 693 983</b>
Hypothekendarlehen an WBG aus Bundesmitteln	532 350 700	-9 170 497	523 180 203	493 189 053	-4 686 140	488 502 913
Darlehen Gemeinnützige Wohnbauträger	522 419 380	-8 839 358	513 580 022	540 613 100	-20 064 452	520 548 648
Grundverbilligungsvorschüsse Mietwohnungen	269 428 298	-98 223 203	171 205 095	207 223 627	-83 372 863	123 850 764
Hypothekendarlehen an WBG aus Mitteln Publica	154 421 033	–	154 421 033	137 253 128	–	137 253 128
Darlehen preisgünstiger Wohnraum gem. WEG BBVM	85 270 184	-53 336 408	31 933 776	78 875 626	-49 281 993	29 593 633
Zedierte Forderungen EGW	17 782 524	-14 226 019	3 556 505	15 787 994	-14 226 019	1 561 975
Reserven Dachorganisationen	13 905 910	–	13 905 910	–	–	–
Hypothekendarlehen an ETH-Professoren	6 724 136	–	6 724 136	6 382 922	–	6 382 922
<b>802 Bundesamt für Verkehr</b>	<b>8 030 257 937</b>	<b>-7 533 968 012</b>	<b>496 289 925</b>	<b>8 379 234 769</b>	<b>-7 931 281 709</b>	<b>447 953 060</b>
SBB AG	3 606 050 571	-3 604 669 804	1 380 767	3 759 385 382	-3 758 244 018	1 141 364
Rhätische Bahn RhB	1 277 195 162	-1 132 266 644	144 928 518	1 330 501 004	-1 201 101 499	129 399 505
BLS Netz AG	458 599 535	-458 599 535	–	498 599 534	-498 599 534	–
BLS AG	252 050 779	-213 489 830	38 560 949	246 979 194	-213 489 830	33 489 364
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	294 082 673	-275 534 466	18 548 207	323 777 436	-307 579 275	16 198 161
Zentralbahn zb	233 832 856	-232 251 542	1 581 314	258 557 578	-257 251 541	1 306 037
Schweizerische Südostbahn SOB	200 318 941	-187 008 062	13 310 879	205 120 753	-193 785 580	11 335 173
Transports Publics Fribourgeois TPF	160 379 793	-150 074 015	10 305 778	142 980 128	-133 667 729	9 312 399
Regionalverkehr Bern-Solothurn RBS	128 541 060	-105 878 247	22 662 813	136 388 339	-116 169 765	20 218 574
Appenzeller Bahnen AB	102 295 714	-77 999 484	24 296 230	112 171 765	-89 724 008	22 447 757
Métro Lausanne-Ouchy SA	193 373 089	-193 373 089	–	193 373 089	-193 373 089	–
Transports Publics du Chablais SA, TPC	72 114 534	-58 280 355	13 834 179	76 887 326	-64 284 747	12 602 579
Montreux-Oberland-Bahn MOB	95 223 712	-86 124 100	9 099 612	107 579 587	-99 376 982	8 202 605
Baselland Transport AG	65 292 887	-55 357 898	9 934 989	76 026 261	-67 132 981	8 893 280
Aare Seeland Mobil AG	74 595 904	-67 646 101	6 949 803	78 596 696	-72 306 721	6 289 975
Berner Oberland-Bahnen BOB	48 225 722	-45 600 778	2 624 944	52 421 933	-50 149 948	2 271 985
Transports de Martigny et Régions SA, TMR	70 488 467	-64 117 576	6 370 891	73 994 036	-67 955 872	6 038 164
Chemin de fer du Jura CJ	46 451 019	-38 413 273	8 037 746	46 930 585	-39 378 386	7 552 199
Chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher LEB	48 429 467	-46 187 725	2 241 742	48 094 145	-46 233 084	1 861 061
Wynental- und Suhrentalbahn WSB	25 713 632	-20 942 106	4 771 526	27 564 397	-23 299 206	4 265 191
Ferrovie Autolinee Regionali Ticinesi FART	19 869 826	-10 034 798	9 835 028	19 907 566	-10 789 888	9 117 678
Sihltahl-Zürich-Uetliberg-Bahn SZU	21 983 423	-17 904 537	4 078 886	21 627 461	-17 904 537	3 722 924
Transports Montreux-Vevey-Riviera MVR	29 137 815	-25 313 282	3 824 533	32 519 186	-29 341 300	3 177 886
Travys SA	27 988 728	-24 850 414	3 138 314	33 481 629	-30 337 183	3 144 446
Transports Régionaux Neuchâtelois TRN SA	17 302 501	-11 872 764	5 429 737	26 126 920	-20 838 641	5 288 279
BDWM Transport AG	17 718 080	-17 718 080	–	18 259 430	-18 259 430	–
Ferrovie Luganesi SA	14 995 469	-14 120 361	875 108	14 893 565	-14 120 361	773 204
ÖBB	23 724 200	-23 724 200	–	23 724 200	-23 724 200	–
Société des transports de la région Bières-Apples-Morges	24 526 237	-22 399 547	2 126 690	24 524 256	-22 794 095	1 730 161
Chemin de fer Nyon-St.Cergue-Morez NStCM	20 418 678	-18 524 121	1 894 557	22 737 178	-21 147 794	1 589 384
Thurbo AG	28 583 412	-28 389 414	193 998	28 565 563	-28 389 414	176 149
Städtische Verkehrsbetriebe Bern	29 959 435	-29 959 435	–	29 959 435	-29 959 435	–
Diverse KTU	168 631 609	-131 804 001	36 827 608	160 434 616	-127 033 208	33 401 408
Termi SA	100 001 700	-37 356 000	62 645 700	95 104 834	-37 356 000	57 748 834
Übriger öffentlicher Verkehr	32 161 307	-6 182 428	25 978 879	31 439 762	-6 182 428	25 257 334

**D02 Darlehen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung

CHF	2014			2015		
	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert	Anschaffungswert	Wertberichtigung	Bilanzwert
<b>803 Bundesamt für Zivilluftfahrt</b>	<b>1 177 718 418</b>	<b>-1 168 810 000</b>	<b>8 908 418</b>	<b>1 041 695 387</b>	<b>-925 301 260</b>	<b>116 394 128</b>
Darlehen Swissair	1 168 810 000	-1 168 810 000	–	1 033 901 260	-925 301 260	108 600 000
Basel: Objekt 2+4	635 926	–	635 926	321 110	–	321 110
Basel: Objekt 21	1 503 860	–	1 503 860	1 380 276	–	1 380 276
Basel: Objekt 10	1 249 671	–	1 249 671	1 141 299	–	1 141 299
Basel: Objekt 1	903 680	–	903 680	811 039	–	811 039
Basel: Objekt 8	943 743	–	943 743	871 865	–	871 865
Basel: Objekt 3	863 248	–	863 248	791 930	–	791 930
Basel: Objekt 22	649 517	–	649 517	582 931	–	582 931
Basel: Objekt 7	547 113	–	547 113	497 148	–	497 148
Birrfeld	185 865	–	185 865	125 133	–	125 133
Basel: Objekt 23	287 068	–	287 068	257 639	–	257 639
Bern: Objekt 2	202 625	–	202 625	181 852	–	181 852
Basel: Objekt 11	166 735	–	166 735	151 209	–	151 209
Sion	86 544	–	86 544	58 265	–	58 265
Montricher I	137 500	–	137 500	123 000	–	123 000
Schänis I	176 974	–	176 974	173 974	–	173 974
Courtelary	62 619	–	62 619	42 311	–	42 311
Schänis II	124 000	–	124 000	122 000	–	122 000
Basel: Objekt 9	81 961	–	81 961	75 226	–	75 226
Bern: Objekt 1	49 941	–	49 941	40 344	–	40 344
Basel: Objekt 17	42 802	–	42 802	39 191	–	39 191
Basel: Objekt 18	7 027	–	7 027	6 386	–	6 386
<b>806 Bundesamt für Strassen</b>	<b>360 000</b>	<b>–</b>	<b>360 000</b>	<b>160 000</b>	<b>–</b>	<b>160 000</b>
Parking Simplon Gare SA, Lausanne	360 000	–	360 000	160 000	–	160 000
<b>810 Bundesamt für Umwelt</b>	<b>70 775 679</b>	<b>–</b>	<b>70 775 679</b>	<b>66 930 609</b>	<b>–</b>	<b>66 930 609</b>
Investitionskredit an die Forstwirtschaft	70 775 679	–	70 775 679	66 930 609	–	66 930 609

**D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten**

	31.12.2014	31.12.2015			Kapital- anteil (in %)	
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert		Bilanzwert
CHF						
<b>Beteiligungen</b>	<b>21 110 668 605</b>	<b>12 250 910 021</b>	<b>-986 250 440</b>	<b>9 904 261 024</b>	<b>21 168 920 605</b>	
<b>Namhafte Beteiligungen</b>	<b>21 088 162 605</b>	<b>11 242 233 580</b>		<b>9 904 261 024</b>	<b>21 146 494 605</b>	
<b>601 Eidgenössische Finanzverwaltung</b>	<b>21 088 162 605</b>	<b>11 242 233 580</b>		<b>9 904 261 024</b>	<b>21 146 494 605</b>	
SBB	11 151 300 000	9 000 000 000		2 520 700 000	11 520 700 000	100,0
Die Schweizerische Post	5 430 000 000	1 300 000 000		3 996 000 000	5 296 000 000	100,0
RUAG Schweiz AG	975 500 000	340 000 000		562 000 000	902 000 000	100,0
BLS Netz AG	342 100 000	335 172 078		7 527 922	342 700 000	50,1
Skyguide	349 500 000	139 913 750		237 986 250	377 900 000	100,0
Swisscom	2 700 350 352	26 535 500		2 503 846 852	2 530 382 352	51,0
SIFEM AG	139 412 253	100 612 253		76 200 000	176 812 253	100,0
<b>Übrige Beteiligungen</b>	<b>22 506 000</b>	<b>1 008 676 440</b>	<b>-986 250 440</b>		<b>22 426 000</b>	
<b>202 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten</b>	<b>–</b>	<b>573 550 832</b>	<b>-573 550 832</b>		<b>–</b>	
Beteiligung Entwicklungsbank Europarat	–	16 422 250	-16 422 250		–	1,6
Int. Bank Wiederaufbau + Entwicklung IBRD	–	305 358 080	-305 358 080		–	1,6
Asiatische Entwicklungsbank AsDB	–	37 232 244	-37 232 244		–	0,8
Internationale Finanz-Corporation IFC	–	56 139 572	-56 139 572		–	1,7
Afrikanische Entwicklungsbank AfDB	–	94 072 973	-94 072 973		–	1,5
Interamerikanische Entwicklungsbank IDB	–	33 482 477	-33 482 477		–	0,5
Europäischer Fonds Südost-Europa EFSE	–	12 393 653	-12 393 653		–	3,9
Interamerik. Investitionsgesellschaft IIC	–	12 104 058	-12 104 058		–	1,5
Multilaterale Invest.-Garantieagentur MIGA	–	6 345 525	-6 345 525		–	1,3
<b>301 Generalsekretariat EDI</b>	<b>9 600 000</b>	<b>9 600 000</b>	<b>–</b>		<b>9 600 000</b>	
Swissmedic	9 500 000	9 500 000	–		9 500 000	65,5
Pro Helvetia	100 000	100 000	–		100 000	100,0
<b>316 Bundesamt für Gesundheit</b>	<b>–</b>	<b>21 000</b>	<b>-21 000</b>		<b>–</b>	
Ludwig-Institut für Krebsforschung AG	–	1 000	-1 000		–	
NAGRA	–	20 000	-20 000		–	2,9
<b>525 Verteidigung</b>	<b>51 000</b>	<b>51 000</b>	<b>–</b>		<b>51 000</b>	
Tätsch	51 000	51 000	–		51 000	
<b>543 armasuisse Immobilien</b>	<b>10 000</b>	<b>49 000</b>	<b>-39 000</b>		<b>10 000</b>	
Gasverbund Seeland Lyss	–	34 000	-34 000		–	1,8
AVAG Thun	10 000	10 000	–		10 000	0,3
Thermoboils SA Pruntrut	–	4 000	-4 000		–	0,4
Elektrizitätswerk Altdorf	–	1 000	-1 000		–	0,0
<b>601 Eidgenössische Finanzverwaltung</b>	<b>1 061 000</b>	<b>8 059 200</b>	<b>-6 998 200</b>		<b>1 061 000</b>	
Hotel Bellevue-Palace Immobilien AG	–	6 398 200	-6 398 200		–	100,0
Refuna AG	–	600 000	-600 000		–	8,0
SAPOMP Wohnbau AG	1 061 000	1 061 000	–		1 061 000	100,0
<b>606 Eidgenössische Zollverwaltung</b>	<b>36 000</b>	<b>36 000</b>	<b>–</b>		<b>36 000</b>	
Wohnbaugenossenschaft a l'En, Samedan	36 000	36 000	–		36 000	20,4
<b>620 Bundesamt für Bauten und Logistik</b>	<b>–</b>	<b>1 448 917</b>	<b>-1 448 917</b>		<b>–</b>	
71 Park St. Corp., New York	–	902 997	-902 997		–	
Kiinteistö Oy, Helsingin	–	–	–		–	
Bostadsaktiebolaget, Blaklinten	–	303 100	-303 100		–	
Lake Shore Drive Build, Chicago	–	182 750	-182 750		–	
642 Park Av. Corp., New York	–	55 470	-55 470		–	
WBG Neuhaus	–	3 600	-3 600		–	
Murifeld	–	1 000	-1 000		–	

### D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten

Fortsetzung

	31.12.2014	31.12.2015			Kapital- anteil (in %)
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert	
CHF					
<b>704 Staatssekretariat für Wirtschaft</b>	–	<b>233 399 505</b>	<b>-233 399 505</b>		–
EBRD - Europäische Bank für Wiederaufbau + Entwicklung	–	227 399 505	-227 399 505		2,8
SGH, Schweiz. Gesellschaft für Hotelkredit, Anteilscheine	–	6 000 000	-6 000 000		50,0
<b>708 Bundesamt für Landwirtschaft</b>	<b>160 000</b>	<b>7 097 800</b>	<b>-6 937 800</b>		<b>160 000</b>
Käseunion in Liquidation	–	6 937 800	-6 937 800		100,0
Identitas AG	160 000	160 000	–		51,0
<b>710 Agroscope</b>	–	<b>1 700</b>	<b>-1 700</b>		–
ALP Posieux/Anteilscheine Trocknungsge- nossenschaft Sensebezirk	–	1 000	-1 000		–
ART Tänikon /Anteilschein Genossenschaft Koll.	–	600	-600		–
Getreidesammelstelle Strass-Frauenfeld	–				–
ART Tänikon /Anteilschein Wohnbauge- nossenschaft Lilienthal Guntershausen	–	100	-100		–
<b>725 Bundesamt für Wohnungswesen</b>	<b>11 588 000</b>	<b>11 633 000</b>	<b>-125 000</b>		<b>11 508 000</b>
Logis Suisse Holding	3 544 000	3 544 000	–		4,2
Alloggi Ticino SA	5 399 000	5 399 000	–		35,5
Wohnstadt Bau+Verwaltungsgenossenschaft	500 000	500 000	–		16,4
Wohnstadt AG (WFG)	1 000 000	1 000 000	–		16,4
Soc. Coop. Rom. De Caution Immob. CRCI	600 000	600 000	–		76,4
GEMIWO Gemeinnützige Mietwohn AG	100 000	100 000	–		8,3
GEMIWO Gemeinnützige Mietwohn AG (WFG)	180 000	100 000	–		8,3
GEWO ZH Ost	125 000	250 000	-125 000		2,4
Hyp.-Bürg.Gen. (HBW)	140 000	140 000	–		70,0
<b>802 Bundesamt für Verkehr</b>	–	<b>163 728 487</b>	<b>-163 728 487</b>		–
Rhätische Bahn RhB	–	25 000 000	-25 000 000		43,1
Zentralbahn zb	–	19 350 000	-19 350 000		16,1
BLS AG	–	17 240 608	-17 240 608		21,7
Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG	–	11 050 000	-11 050 000		76,7
Montreux-Oberland-Bahn MOB	–	8 913 000	-8 913 000		43,1
Regionalverkehr Bern-Solothurn RBS	–	7 040 000	-7 040 000		26,4
Appenzeller Bahnen AB	–	6 134 400	-6 134 400		39,3
Berner Oberland-Bahnen BOB	–	4 400 000	-4 400 000		35,7
Forchbahn FB	–	4 000 000	-4 000 000		32,8
Aare Seeland Mobil AG Asm	–	3 720 000	-3 720 000		36,2
Transports Publics Fribourgeois TPF	–	3 700 000	-3 700 000		–
Transports Publics Fribourgeois Infrastructure TPFI	–	18 139 924	-18 139 924		66,5
Chemin de fer du Jura CJ	–	3 623 000	-3 623 000		33,4
Wynental- und Suhrentalbahn WSB	–	3 500 000	-3 500 000		34,4
Schweizerische Südostbahn SOB	–	3 197 400	-3 197 400		35,8
BDWM Transport AG	–	3 136 000	-3 136 000		30,3
Transports de Martigny et Régions SA, TMR	–	2 934 040	-2 934 040		43,2
Ferrovie Autolinee Regionali Ticinesi FART	–	2 900 000	-2 900 000		34,1
Sihltahl-Zürich-Uetliberg-Bahn SZU	–	2 700 300	-2 700 300		27,8
Matterhorn Gotthard Verkehrs AG	–	2 496 675	-2 496 675		16,6
Baselland Transport AG BLT	–	2 100 000	-2 100 000		5,6
Frauenfeld-Wil-Bahn FW	–	1 695 300	-1 695 300		37,4
Transports Publics du Chablais SA, TPC	–	1 586 560	-1 586 560		18,1
Travys SA	–	1 131 580	-1 131 580		17,2
Transports Montreux-Vevay-Riviera MVR	–	985 000	-985 000		17,1
Chemin de fer Lausanne-Echallens-Bercher LEB	–	975 000	-975 000		42,9
Chemin de fer Nyon-St.Cergue-Morez NStCM	–	912 500	-912 500		28,4
Société des Forces Motrices de l'Avançon FMA	–	–	–		–
Com. Générale de Navigation sur le Lac Léman CGN	–	–	–		–

**D03 Beteiligungen nach Verwaltungseinheiten**

Fortsetzung

	31.12.2014	31.12.2015			Kapital- anteil (in %)	
	Bilanzwert	Anschaf- fungswert/ Nominalkapital	Wertbe- richtigung	Veränderung Equitywert		Bilanzwert
CHF						
Waldenburgerbahn WB	–	600 000	-600 000		–	24,4
Morges-Bière-Cossonay MBC	–	350 000	-350 000		–	34,4
Ferrovie Luganesi/Lugano Ponte Tresa FLP	–	120 000	-120 000		–	10,0
Matterhorn Gotthard Bahn AG	–	97 200	-97 200		–	38,9
Brienzer Rothorn Bahn	–	–	–		–	

#### D04 Kurz- und langfristige Schulden

Mio. CHF	2011	2012	2013	2014	2015	Differenz zu 2014	
						absolut	%
<b>Bruttoschulden</b>	<b>110 516</b>	<b>112 406</b>	<b>111 638</b>	<b>108 797</b>	<b>103 805</b>	<b>-4 991</b>	<b>-4,6</b>
<b>Kurzfristige Schulden</b>	<b>28 484</b>	<b>31 530</b>	<b>31 537</b>	<b>29 791</b>	<b>26 128</b>	<b>-3 663</b>	<b>-12,3</b>
Laufende Verbindlichkeiten	14 151	15 096	15 980	16 225	16 107	-118	-0,7
Kontokorrente	10 102	10 208	4 116	4 115	4 841	726	17,6
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1 467	1 580	1 350	1 385	744	-641	-46,3
Steuer- und Zollverbindlichkeiten	–	–	6 369	5 684	5 573	-111	-1,9
Verwaltete Stiftungen	73	75	62	68	53	-15	-22,2
Übrige laufende Verbindlichkeiten	2 509	3 234	4 084	4 973	4 896	-78	-1,6
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	14 333	16 435	15 556	13 565	10 021	-3 545	-26,1
Geldmarkt	10 610	13 006	12 377	10 399	6 943	-3 456	-33,2
Sparkasse Bundespersonal	3 155	3 030	2 955	2 988	2 866	-122	-4,1
Negative Wiederbeschaffungswerte	568	399	225	166	203	37	22,3
Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	–	–	–	12	9	-4	-29,5
<b>Langfristige Schulden</b>	<b>82 032</b>	<b>80 876</b>	<b>80 101</b>	<b>79 006</b>	<b>77 678</b>	<b>-1 328</b>	<b>-1,7</b>
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	82 032	80 876	80 101	79 006	77 678	-1 328	-1,7
Bundeseigene Unternehmungen	1 880	1 370	770	300	100	-200	-66,7
Anleihen	80 049	79 290	79 105	78 443	77 275	-1 168	-1,5
Von Dritten mitfinanzierte ETH-Bauten	94	99	104	109	124	16	14,4
Von Dritten mitfinanzierte Investitionen	9	28	35	40	55	14	35,9
Übrige mittel- und langfristige Schulden	–	89	87	114	124	10	8,9

**E01 Geld- und Kapitalmarktschulden sowie Selbstkostensätze**

	Total		Geldmarktschulden		Kapitalmarktschulden	
	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %	Mio. CHF	Selbstkosten %
2015	92 670	1,9	15 395	-0,4	77 275	2,4
2014	89 142	2,2	10 399	-0,1	78 743	2,5
2013	92 252	2,3	12 377	-0,1	79 875	2,7
2012	93 666	2,5	13 006	-0,2	80 660	2,9
2011	92 539	2,7	10 610	-0,3	81 929	3,2
2010	92 559	2,9	9 181	0,1	83 378	3,2
2009	94 807	3,0	6 947	0,0	87 859	3,3
2008	104 614	3,0	12 129	0,5	92 485	3,3
2007	106 125	3,2	10 391	2,2	95 734	3,3
2006	109 525	3,2	13 806	1,7	95 719	3,4
2005	112 290	3,0	16 692	0,8	95 598	3,4

Hinweis: ab 2015 inklusive Depotkonten und Sparkasse Bundespersonal

## E02 Offenlegung der ausstehenden Geldmarktschulden

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Aufnahme	Emissions- preis/Zins	Bilanzwert 2015	Marktwert 2015
<b>Total</b>				<b>7 042,9</b>	<b>7 053,5</b>
<b>Geldmarktbuchforderungen</b>				<b>6 942,9</b>	<b>6 952,4</b>
07.01.2016	3618104	08.01.2015	100,254	900,2	900,3
14.01.2016	3618144	15.10.2015	100,233	405,2	405,3
21.01.2016	3618145	22.10.2015	100,238	383,1	383,3
28.01.2016	3618146	29.10.2015	100,241	203,2	203,3
04.02.2016	3618147	05.11.2015	100,230	330,5	330,8
11.02.2016	3618148	12.11.2015	100,261	541,4	541,9
18.02.2016	3618136	20.08.2015	100,431	438,2	438,6
25.02.2016	3618150	26.11.2015	100,322	269,0	269,3
03.03.2016	3618151	03.12.2015	100,386	497,0	497,7
10.03.2016	3618152	10.12.2015	100,279	395,7	396,3
17.03.2016	3618153	17.12.2015	100,241	327,9	328,4
24.03.2016	3618154	24.12.2015	100,242	360,3	360,9
31.03.2016	3618155	31.12.2015	100,234	428,3	429,1
07.04.2016	3618143	08.10.2015	100,405	501,7	502,7
19.05.2016	3618149	19.11.2015	100,518	594,4	596,0
07.07.2016	3618130	09.07.2015	101,000	367,1	368,4
<b>Festgelder</b>				<b>100,0</b>	<b>101,2</b>
SERV					
13.07.2016		13.07.2011	0,84%	100,0	101,2

### E03 Offenlegung der ausstehenden Anleihen

Fälligkeit Mio. CHF	Valoren-Nr.	Coupon	Laufzeit	Kündbarkeit	Freie Eigen- quoten	Bilanzwert 2015	Marktwert 2015
<b>Eidgenössische CHF Anleihen</b>					<b>4 352</b>	<b>77 274,7</b>	<b>95 126,1</b>
12.03.2016	1563345	2,50%	2003–2016	–	190	6 713,8	6 889,4
12.10.2016	2285961	2,00%	2005–2016	–	300	2 666,8	2 737,3
05.06.2017	644842	4,25%	1997–2017	–	160	5 600,1	6 145,0
08.01.2018	1522166	3,00%	2003–2018	–	200	6 836,0	7 571,4
12.05.2019	1845425	3,00%	2004–2019	–	155	5 844,1	6 702,3
06.07.2020	2190890	2,25%	2005–2020	–	105	4 595,9	5 256,9
28.04.2021	11199981	2,00%	2010–2021	–	170	4 088,5	4 699,7
25.05.2022	12718101	2,00%	2011–2022	–	310	3 193,3	3 726,0
11.02.2023	843556	4,00%	1998–2023	–	–	4 557,7	6 133,7
11.06.2024	12718117	1,25%	2012–2024	–	200	3 143,4	3 552,4
24.07.2025	18424999	1,50%	2013–2025	–	300	2 467,4	2 855,3
28.05.2026	22439698	1,25%	2014–2026	–	300	1 087,1	1 236,9
27.06.2027	3183556	3,25%	2007–2027	–	365	1 663,9	2 299,0
08.04.2028	868037	4,00%	1998–2028	–	–	5 612,5	8 427,7
27.05.2030	22439717	0,50%	2015–2030	–	300	563,1	588,6
22.06.2031	12718102	2,25%	2011–2031	–	182	1 874,2	2 461,5
08.04.2033	1580323	3,50%	2003–2033	–	40	3 592,7	5 588,6
08.03.2036	2452496	2,50%	2006–2036	–	220	3 283,0	4 657,1
27.06.2037	12718119	1,25%	2012–2037	–	270	3 378,7	3 939,6
30.04.2042	12718116	1,50%	2012–2042	–	250	3 271,8	4 053,0
06.01.2049	975519	4,00%	1999–2049	–	285	1 363,7	2 769,6
25.06.2064	22439700	2,00%	2014–2064	–	50	1 877,3	2 835,2

#### E04 Nettozinslast

	Nettozinslast		Zinsausgaben	Zinseinnahmen
	% ordentliche Einnahmen	Mio. CHF	Mio. CHF	Mio. CHF
2015	1,6	1 099	1 381	282
2014	2,6	1 657	1 887	230
2013	2,9	1 888	2 125	237
2012	2,2	1 382	1 736	353
2011	3,1	2 011	2 380	369
2010	3,9	2 474	2 834	360
2009	4,3	2 600	3 135	535
2008	4,6	2 945	3 660	715
2007	5,5	3 185	3 849	664
2006	6,4	3 515	3 993	478
2005	6,3	3 242	3 577	335
2004	5,9	2 876	3 167	292
2003	6,3	2 964	3 293	329
2002	6,9	3 274	3 764	490
2001	5,4	2 645	3 394	749
2000	5,4	2 759	3 489	730
1999	6,8	2 905	3 586	681
1998	5,2	2 281	3 345	1 063
1997	5,0	1 940	3 079	1 139
1996	4,0	1 591	2 922	1 331
1995	4,4	1 641	3 080	1 440
1994	4,9	1 793	3 079	1 287
1993	4,3	1 411	2 486	1 076
1992	4,7	1 651	2 546	895
1991	3,9	1 310	2 050	740
1990	3,6	1 180	1 832	652

#### E05 Derivative Finanzinstrumente

Mio. CHF	Nominalwert		Marktwert		Positiver Wiederbeschaffungswert		Negativer Wiederbeschaffungswert	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015
<b>Derivative Finanzinstrumente</b>	<b>3 727</b>	<b>3 315</b>	<b>44</b>	<b>-27</b>	<b>211</b>	<b>177</b>	<b>-166</b>	<b>-203</b>
<b>Zinsinstrumente</b>	<b>900</b>	<b>650</b>	<b>-152</b>	<b>-141</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-152</b>	<b>-141</b>
Zinsswaps	900	650	-152	-141	-	-	-152	-141
Optionen	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Devisen</b>	<b>2 827</b>	<b>2 665</b>	<b>196</b>	<b>115</b>	<b>211</b>	<b>177</b>	<b>-15</b>	<b>-62</b>
Terminkontrakte	2 827	2 665	196	115	211	177	-15	-62
Optionen	-	-	-	-	-	-	-	-

**F01 Personalbezüge, Arbeitgeberbeiträge und Personalbestand\***

	Total		Personal zu Lasten von Personalkrediten		Personal zu Lasten von Sachkrediten		Personal zu Lasten FLAG- Verwaltungseinheiten		Personal zu Lasten Behörden, Kommissionen und Richter	
	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE	Aufwand Mio. CHF	Bestand FTE
2015	5 286	34 935	4 103	28 202	151	743	954	5 908	79	82
2014	5 178	34 772	4 033	28 137	142	761	923	5 792	79	82
2013	5 033	33 892	3 934	27 528	131	672	890	5 611	78	81
2012	4 898	33 309	3 819	26 873	120	690	883	5 666	76	81
2011	4 779	33 054	3 729	26 774	119	669	857	5 531	74	80
2010	4 740	33 312	3 703	26 945	126	626	835	5 661	78	80
2009	4 675	33 056	3 684	26 865	114	581	804	5 532	73	78
2008	4 361	32 398	3 453	26 412	105	590	734	5 320	69	76
2007	4 256	32 105	3 449	26 712	102	569	638	4 750	67	74
2006	4 110	32 163	3 571	28 533	121	753	352	2 815	66	62
2005	4 111	33 290	3 591	29 639	117	889	336	2 710	67	52
2004	4 188	34 155	3 675	30 499	114	874	333	2 733	65	49
2003	4 148	34 619	3 675	31 187	106	782	306	2 616	61	34
2002	4 079	33 662	3 618	30 433	107	745	298	2 484	56	–
2001	3 890	32 498	3 455	29 421	98	695	284	2 382	52	–
2000	3 619	31 269	3 284	28 758	38	334	253	2 177	45	–

\* exkl. Arbeitgeberleistungen und übriger Personalaufwand

## F02 Personalaufwand im Detail

Mio. CHF	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Voranschlag 2015	Rechnung 2015	Differenz zu R 2014 absolut	%
<b>Personalaufwand</b>	<b>5 060</b>	<b>5 476</b>	<b>5 409</b>	<b>5 557</b>	<b>5 450</b>	<b>41</b>	<b>0,8</b>
<b>Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten</b>	<b>4 940</b>	<b>5 345</b>	<b>5 267</b>	<b>5 401</b>	<b>5 300</b>	<b>32</b>	<b>0,6</b>
<b>Legislative</b>	<b>72</b>	<b>74</b>	<b>75</b>	<b>78</b>	<b>76</b>	<b>0</b>	<b>0,3</b>
Entschädigungen für Parlamentarier	36	37	38	39	37	0	-1,1
Personalaufwand	35	36	37	38	38	1	2,4
Übriger Personalaufwand	–	–	–	–	–	–	–
<b>Judikative</b>	<b>138</b>	<b>140</b>	<b>143</b>	<b>150</b>	<b>146</b>	<b>3</b>	<b>2,2</b>
Bezüge Bundesrichter	39	40	41	41	41	0	1,0
Personalaufwand	98	99	101	107	104	3	3,1
Übriger Personalaufwand	1	1	2	2	1	0	-25,0
<b>Exekutive</b>	<b>4 621</b>	<b>4 752</b>	<b>4 896</b>	<b>4 948</b>	<b>4 977</b>	<b>82</b>	<b>1,7</b>
Bezüge BR und BK	4	4	4	4	4	0	0,0
Bezüge Kommissionen	1	1	1	1	1	0	0,0
Personalaufwand	4 494	4 616	4 758	4 790	4 841	82	1,7
Personalaufwand Lokalpersonal EDA	60	64	65	74	65	0	0,0
Übriger Personalaufwand	61	67	67	80	66	-1	-0,7
<b>Global- und Spezialkredite</b>	<b>57</b>	<b>322</b>	<b>98</b>	<b>154</b>	<b>42</b>	<b>-55</b>	<b>-56,7</b>
Globalkredite	–	–	–	38	–	–	–
Arbeitgeberbeiträge zentral	–	250	1	45	–	-1	-100,0
Arbeitgeberleistungen	57	72	97	70	42	-54	-56,3
<b>Umstrukturierungen</b>	<b>53</b>	<b>58</b>	<b>56</b>	<b>70</b>	<b>59</b>	<b>3</b>	<b>5,6</b>
Sozialplan	4	3	0	7	1	0	66,7
Vorruhestandsurlaub	49	55	55	64	58	3	5,2
<b>Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten</b>	<b>120</b>	<b>131</b>	<b>142</b>	<b>156</b>	<b>151</b>	<b>9</b>	<b>6,1</b>
Aufwand für befristet angestelltes Personal	120	131	142	156	151	9	6,1
<b>Personalausgaben</b>	<b>5 070</b>	<b>5 459</b>	<b>5 371</b>	<b>5 557</b>	<b>5 467</b>	<b>96</b>	<b>1,8</b>

### Hinweise:

- Globalkredite: Beinhaltet Lernende, Erwerbsbehinderte, Hochschulpraktikanten und Lohnmassnahmen.
- Arbeitgeberbeiträge zentral: Diese Beträge werden vom EPA zentral eingestellt und mit der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert. Der Wert für den Voranschlag 2015 stellt somit die noch verbleibenden Mittel nach der Dezentralisierung dar.
- Die Arbeitgeberleistungen umfassen: Arbeitgeberzusatzleistungen gemäss Verordnung über die Leistungen bei vorzeitigem Altersrücktritt von Bediensteten in besonderem Dienstverhältnis (SR 510.24); Berufsunfall und Berufsinvalidität, Pensionskassenverpflichtungen, Altlasten PKB (Prozessrisiken), Überbrückungsrenten nach BPV Art. 88f, BPV Art. 116c sowie die Rentenleistungen an die Magistratspersonen und deren Hinterlassene, inkl. Lohnfortzahlungen Arbeitgeberbeiträge

**F03 Höchstbezüge 2015 nach Lohnklassen**

Lohnklassen	100% (Höchstbeträge) Jahresgehalt in Fr.	Bruttobezüge im Monat (1/13) in Fr.	Lohnerhöhungen ab 1.1.2015 in Fr.
1	2	3	4
1	61 619	4 740	Lohnentwicklung nach Art. 39 BPV:
2	62 618	4 817	
3	63 629	4 895	Beurteilungsstufen
4	64 639	4 972	
5	66 513	5 116	4 = 4,0 % - 5,0 %
6	69 608	5 354	3 = 2,5 % - 3,5 %
7	72 693	5 592	2 = 1,0 % - 2,0 %
8	75 745	5 827	1 = -2,0 % - 0,0 %
9	78 874	6 067	
10	81 988	6 307	
11	85 068	6 544	
12	88 224	6 786	
13	91 433	7 033	
14	94 734	7 287	
15	98 662	7 589	
16	102 649	7 896	
17	106 924	8 225	
18	112 016	8 617	
19	117 082	9 006	
20	122 157	9 397	
21	127 227	9 787	
22	132 313	10 178	
23	138 773	10 675	
24	147 248	11 327	
25	154 952	11 919	
26	162 683	12 514	
27	170 403	13 108	
28	178 153	13 704	
29	187 008	14 385	
30	200 658	15 435	
31	209 800	16 138	
32	218 956	16 843	
33	237 344	18 257	
34	255 951	19 689	
35	274 731	21 133	
36	293 717	22 594	
37	312 889	24 068	
38	375 779	28 906	

Hinweis: Ortszuschlag und Betreuungszulage sind in den Bezügen nicht inbegriffen.

